

Stenographisches Protokoll

28. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Montag, 22. Mai 2006

Inhalt

Fragestunde (S. 2540)

Tagesordnung (S. 2559)

Erweiterung und Neureihung der Tagesordnung (S. 2558)

1. Ldtgs.Zl. 15-4/29:

Bericht und Antrag für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Verfassungsgesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Abg. Mag. Ragger (S. 2559)

Redner: Ing. Scheuch (S. 2559), Mag. Dr. Kaiser (S. 2561), Mag. Grilc (S. 2562), Holub (S. 2564), Markut (S. 2565), Dr. Haider (S. 2566), Schwager (S. 2570), Lutschounig (S. 2571), Dipl.-Ing. Gallo (S. 2572), Mag. Lesjak (S. 2574), Ing. Rohr (S. 2575)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 2577)

2. Ldtgs.Zl. 22-29/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend die Aufnahme von BewerberInnen in den Landesdienst; Bericht gemäß § 11 Abs. 3 des Kärntner Objektivierungsgesetzes (Zeitraum: November 2005 bis Jänner 2006)

Berichterstatter: Mag. Ragger (S. 2577)

Mehrheitliche Annahme (F ja, SPÖ ja, ÖVP nein, Grüne nein; Abg. Schwager nein) (S. 2578)

3. Ldtgs.Zl. 203-7/29:

Debatte zur Anfragebeantwortung von Landesrat Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc betreffend Umfahrung Bad St. Leonhard

Redner: Holub (S. 2578), Markut (S. 2579), Mag. Ragger (S. 2581), Ing. Hueter (S. 2582), Holub (S. 2583), Tauschitz (S. 2583), Schlagholz (S. 2584), Dörfler (S. 2585)

4. Ldtgs.Zl. 184-5/29:

Debatte zur Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend Errichtung einer Anlaufstelle für Opfer von Zwangsprostitution und illegalem Frauenhandel

Redner: Mag. Lesjak (S. 2589), Warmuth (S. 2591), Dr. Prettnner (S. 2592), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 2593)

Zur Geschäftsordnung: Dipl.-Ing. Gallo (S. 2594)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Dr. Kaiser (S. 2594)

5. Ldtgs.Zl. 144-5/29:

Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend Antidiskriminierung

Verlesung der schriftlichen Anfrage durch den Schriftführer (S. 2594)

Mitteilung des Einlaufes (S. 2597)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 2597)

B) Schriftliche Anfrage (S. 2598)

Beginn: Montag, 22.5.2006, 15.04 Uhr □ □

Ende: Montag, 22.5.2006, 19.13 Uhr

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d: 35

E n t s c h u l d i g t: Abg. Schober

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Dr. Schantl**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 28. Sitzung des Kärntner Landtages und

eröffne diese. Wie Sie aus den übermittelten Einladungen ersehen konnten, findet heute eine sogenannte „verlangte“ Landtagssitzung statt. Gemäß § 44 Abs. 2 K-LTGO haben die Antragsteller die Erörterung eines Dringlichkeitsantrages betreffend die Sicherung des Kärntner Wassers angekündigt.

Weiters, Hohes Haus, enthält die Tagesordnung alle offenen und zu beratenden Verhandlungsgegenstände. Es wird aufgrund zwischenzeitlicher Beratungen heute auch noch eine Erweiterung der Tagesordnung erfolgen. Die heutige Sitzung wurde fristgerecht einberufen. Entschuldigt hat sich niemand für die heutige Sitzung, der Landtag ist beschlussfähig. (*Abg. KO Mag. Dr. Kaiser: Abg. Schober hat sich entschuldigt!*) Wir kommen nun zur Fragestunde.

Fragestunde

Ich rufe die 1. Anfrage auf

1. Ldtgs.Zl. 210/M/29: Anfrage des Abgeordneten Tauschitz an Landeshauptmann Dr. Haider

Der Herr Landeshauptmann ist leider noch nicht hier. Ich kann sie nicht aufrufen. Ich werde das das nächste Mal noch einmal versuchen.

Ich möchte auch die Regierungsmitglieder herzlich begrüßen, den Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz, Frau Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut, Herrn Landesrat Dörfler und Herrn Landesrat Dr. Schantl sowie die Bundesräte, habe ich noch nicht begrüßt, und MitarbeiterInnen des Amtes sowie Zuhörerinnen und

Zuhörer und die Medienvertreter. Ich komme somit dann zur 2. Anfrage.

2. Ldtgs.Zl. 219/M/29: Anfrage des Abgeordneten Willeger an Landesrat Dr. Schantl

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Willegger** (F):

Hochgeschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Einen schönen Nachmittag Ihnen allen! Die Kärntner Heilmasseur leisten in allen Kärntner Krankenanstalten hervorragende Arbeit. Und es ist endlich einmal an der Zeit, sie als Fachkräfte einzustufen.

Willegger

Sehr geehrter Herr Landesrat Dr. Schantl! Wann wird es soweit sein?

Landesrat **Dr. Schantl** (SPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin bei Ihnen, dass die Heilmasseure hervorragende Arbeit in den Krankenanstalten leisten, die auch entsprechend entlohnt werden muss und so auch die Einstufung dementsprechend erfolgen soll. Derzeit erfolgt die Einstufung als Sanitäts-Hilfsdienst. Aufgrund einer Gesetzesänderung und Reformierung der Berufsbilder, ist es nunmehr auch dem Gesetz folgend notwendig, sie als Fachkräfte einzustufen.

Der Zentralbetriebsrat der Krankenanstalten hat hier diesbezüglich schon eine Anfrage an die KABEG-Betriebsgesellschaft gestellt. Das ist in engen Verhandlungen und auch hier wird Bereitschaft bekundet, diese Heilmasseure als Fachkräfte einzustufen. Die finalen Verhandlungen werden in den nächsten ein, zwei, drei Wochen erfolgen und die dementsprechende Einstufung der Fachkräfte dann vorgenommen werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht! Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen! (*Abg. Willegger: Keine Zusatzfrage! Nein, danke!*) Dann kommen wir zur nächsten und können das Pult frei machen für die nächste Anfrage.

3. Ldtgs.Zl. 221/M/29: Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landesrat Ing. Rohr

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Geschätzter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte VertreterInnen der Medien! Im Hinblick auf das

Gesamtausmaß des geplanten Ravensburger Spielelandes in Döbriach wurde vom Naturschutzbeirat die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert. Auch entsprechend dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom September 2004 ist eine UVP notwendig. Damals war das ja so, dass das Spieleland geteilt werden sollte, um die Umweltverträglichkeitsprüfung zu umgehen. Laut Medienberichten hat aber der Herr Landeshauptmann angekündigt, dass es noch im Jänner 2006 alle Verträge geben, alle Verträge zum Ravensburger Projekt unterschrieben sein werden. Dementsprechend könnte noch im Frühling 2006 – also jetzt – der Baubeginn sein. Und die Frage ist daher, ob und wann eine UVP überhaupt durchgeführt wird.

Daher meine Frage: Welche Maßnahmen wurden seit dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes im September 2004 gesetzt, damit für das Ravensburger Spieleland eine UVP durchgeführt wird?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ja, geschätzte Frau Abgeordnete! Herr Präsident! Geschätzte Damen, meine Herren auf der Regierungsbank! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist irgendwie ganz interessant, dass da immer wieder Projekte, die von Zeit zu Zeit angekündigt werden – nicht von meiner Person – da sie eh schon de facto in Umsetzung begriffen sind, immer bei mir als Fragesteller landen. Aber das ist kein Problem, ich werde Ihnen versuchen, die Fakten zu Ihrer Frage zu liefern.

Tatsache ist, dass für das Projekt Ravensburger in der geplanten Dimension sehr wohl eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Ich habe den Projektanten schon von Anbeginn – bevor man also versucht hat, diese UVP mit einem Feststellungsverfahren und einer Teilung des Projektes, zu umgehen – geraten, dass es vernünftiger wäre, von Haus aus eine Umweltverträglichkeitsprüfung anzustreben. Mein Rat wurde nicht gehört. So hat der Naturschutzbeirat sich dann sozusagen auch entsprechend artikuliert und er hat allerdings dann wieder seinen Wunsch, oder seinen Beschluss, eine Umweltverträglichkeitsprüfung abzuhalten, zurückgezogen. Der Umweltsenat auf der Bundesebene hat

Ing. Rohr

letztlich entschieden, dass der Bescheid, der ursprünglich von der BH Spittal ergangen ist, nämlich, dass keine UVP erforderlich wäre, falsch ist und, dass in jedem Fall eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu machen wäre.

Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass sich seit dem Zeitpunkt im Wesentlichen nicht mehr viel getan hat. Ab und zu habe ich Gelegenheit gehabt, den Herrn Direktor Steinberger von der Volksbank Oberkärnten, der dieses Projekt ja sehr lobbyiert hat, bei Veranstaltungen zu treffen. Jedesmal wieder habe ich bei ihm nachgefragt, wann er denn kommen wird, nachdem er mir versprochen hat, dass das Projekt sozusagen neu bearbeitet wird, neu die Grundlagen dafür aufgestellt werden, dass das Ravensburger Spieleland in Döbriach umgesetzt wird. Immer wieder wurde mir gesagt, dass in den nächsten Monaten diese Umweltverträglichkeitsprüfung, der Antrag bei der zuständigen Behörde in Klagenfurt eingereicht wird. Bis jetzt verzögert sich noch. Ich kann Ihnen berichten, dass das letzte Gespräch – glaube ich – vor 14 Tagen stattgefunden hat. Und der Herr Direktor Steinberger aber auch gebeten hat, nachdem er sozusagen mit Investoren und Projektpartnern und –trägern in Verhandlung ist, die Öffentlichkeit zu meiden, was die Vorbereitung dieses Projektes betrifft, weil er nicht noch einmal will, dass dieses Projekt mehr oder weniger durch die Medien in einer Diskussion wie es eigentlich nicht wirklich sinnvoll war gezogen wird.

Sie erinnern sich alle. Man hat das Projekt großartig plakatiert, man hat die entsprechenden Anträge gestellt. Und am Ende hat man dann von der Bundesseite, vom Umweltsenat eine Absage bekommen. Ich denke, das ist einem Projekt sicherlich nicht dienlich und förderlich, daher ist es gut, wenn die nötige Zeit vorhanden ist, ein Projekt gründlich vorzubereiten. So wurde mir das in jedem Fall von dem, der das Projekt lobbyiert, vom Herrn Direktor Steinberger, zumindest vermittelt. Und, wenn dann die Entscheidungsgrundlagen am Tisch sind, dann werden die entsprechenden Anträge kommen und dann bin ich überzeugt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung auch durchaus dem Projekt genügend Chancen geben wird, dass eine Machbarkeit herauskommen wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der Sozialdemokraten auch nicht. Seitens der ÖVP auch nicht. Dann hat die Anfragerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen! *(Abg. Mag. Lesjak: Ich habe keine Zusatzfrage mehr!)*

Danke schön! Damit, Hohes Haus, ist die 3. Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage 4.

4. Ldtgs.Zl. 222/M/29: Anfrage des Abgeordneten Holub an Landesrat Ing. Rohr

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf der Homepage des Umweltbundesamtes werden täglich Luftgüteberichte veröffentlicht. Im Jänner 2006 gab es erhebliche Überschreitungen des Schwefeldioxid Halbstunden-Mittelwertes an der Mess-Stelle Wietersdorf Pemberg.

Daher meine Frage an den Herrn Landesrat Rohr: Welche Maßnahmen haben Sie gegen die konkret zu benennenden Ursachen für Überschreitungen des Schwefeldioxid Halbstunden-Mittelwertes an der Mess-Stelle Wietersdorf Pemberg gesetzt?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Holub! Vorweg möchte ich sagen, dass wir – am letzten Freitag glaube ich war es, ja, am letzten Freitag – eine Investition von 46 Millionen Euro in Klein St. Paul getätigt durch die Wietersdorfer & Peggauer Zementwerke eröffnet haben, weil die Zement- und Klinkerproduktion dort auf den technisch letzten Stand adaptiert wurde, weil Sekundärbrennstoffe auch im Verbrennungs- und Erzeugungsprozess von Zement mit eingebracht werden können. Und ich kann ihnen sagen, dass wir mit UVB-Bescheid vom 15.12.2003 diese Kapazitätsausweitung der Klinkerproduktion und der thermi-

Ing. Rohr

schen Abfallverwertung genehmigt haben. Nach der entsprechenden baulichen und technischen Errichtung der Anlage wurde erstmals am 14.12.2005 der Betrieb in Form eines Gewährleistungsbetriebes, oder man könnte auch auf gut Deutsch sagen, eines Probetriebes aufgenommen.

Diese Art der Inbetriebnahme einer neuen Produktionsanlage entspricht auch den üblichen Vorgängen, dass Anlagen vor Anzeige und vor Aufnahme des konsensfähig genehmigten Betriebes einer Abnahme- und Gewährleistungsprüfung unterzogen werden.

Aufgrund der Umstellung des Verfahrens der Klinkerherstellung von der bisher eingesetzten Technologie mittels „Lepol-Rost“ auf ein so genanntes Wärmetauscherverfahren sind in der Folge Probleme bei der Ausscheidung von Schwefeldioxid-SO₂ aufgetreten. Diese haben zu bestimmten Tageszeiten zu einer Überschreitung von Halbstunden-Mittelwerten an der Immissionskontrollmess-Stelle Pemberg geführt. Seitens der Umweltabteilung wurde unverzüglich mit dem Verantwortlichen der Wietersdorfer & Peggauer Kontakt aufgenommen, um die Möglichkeit der Senkung des SO₂-Ausstoßes entsprechend auszuloten. Es wurde die Umsetzung folgender Maßnahmen auch festgelegt:

Nämlich der Einsatz von Rohstoffen mit möglichst geringem Schwefelgehalt, die Reduktion der Produktionsleistung auf das verfahrenstechnisch erforderliche Ausmaß, die technische Adaptierung zur Eindüsung von Kalk in den Rauchgasstrom, die Installierung von zusätzlichen Ventilatoren am Kaminkopf und ein Immissionsniveau von SO₂ von maximal 200 Milligramm pro Kubikmeter ist einzuhalten.

Anhand der Tagesproduktionskontrolle konnte von der Umweltabteilung die Umsetzung dieser Maßnahmen nachvollzogen werden. Und dem Verlauf der Halbtages-Mittelwerte nach dem 18.1.2006 ist bis heute zu entnehmen, dass sich die Immissionsituation weitgehend beruhigt hat. Es ist zu keinen weiteren Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte mehr gekommen. Es hat auch am 18.1.2006 eine Besprechung stattgefunden, wobei der Wietersdorfer & Peggauer GmbH die Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges mit entsprechendem Termin 15.3.2006 aufgetragen wurde. Dieser Maßnahmenkatalog liegt in der Zwischenzeit vor und wurde auch von den zu-

ständigen Sachverständigen geprüft.

Die allenfalls erforderlichen Maßnahmen werden in der weiteren Folge von der Behörde aufgetragen. Das heißt: Aufgrund der Besprechung wurden Maßnahmen definiert, die jetzt von den Sachverständigen auch auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen sind und dann von der Bescheid ausstellenden Behörde entsprechend rechtlich aufgetragen werden.

Das ist also die Situation in Wietersdorf. Ich glaube, dass das Werk wirklich technisch am neuesten Stand ist und man kann wirklich froh sein darüber, dass es auch in Randregionen Betriebe und Industrieunternehmen gibt, die in der heutigen Zeit und trotz der globalen Marktsituation investieren und das in einer Größenordnung von 46 Millionen Euro und damit der Region 230 Arbeitsplätze sichern. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, bitte sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Geschätzter Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landesrat! Diese Mess-Stelle in Wietersdorf Pemberg ist ja nicht die einzige in Kärnten.

Ich frage Sie daher: Wie sehen die Ergebnisse dieser Mess-Stelle im Verhältnis zu den anderen Mess-Stellen in Kärnten aus?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich denke, diese Frage ist nicht ad hoc zu beantworten. Aber Sie haben durchaus die Möglichkeit, sich im Internet in der Umweltabteilung entsprechend kundig zu machen. Dort sind alle Mess-Stellen in Kärnten und ihre Messergebnisse ausgewiesen. Ich würde Sie bitten, sich der Mühe zu unterziehen und sich mit dem Internet auf der Homepage der Umweltabteilung zu befassen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht! Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Landesrat! Sie sprechen von einem Maßnahmenkatalog. Ist in diesem Maßnahmenkatalog auch die vermehrte Staubentwicklung oder besser gesagt, das Entgegenwirken dieser Staubentwicklung, weil es dort ja wenig asphaltierte Straßen gibt, vorgesehen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

(LR Dörfler: Warum wollen die Grünen asphaltierte Straßen? Sie wollen ja nur alles Natur! Das ist ja neu! Unglaublich!) Herr Kollege Holub! Ich war also bei der Eröffnung und ich war auch am hundert Meter hohen Turm in Wietersdorf, der sozusagen das neue Industriedenkmal im Görtschitztal ist. Und dort hat man auch feststellen können aus der Vogelperspektive oder der Flugperspektive, dass man im Werk sehr bemüht ist, die Flächen so zu befestigen, dass nach Möglichkeit die Staubbelastung gering gehalten wird. Das ist jetzt ein rein optischer Ausdruck, der zu sehen war.

Ich kann aber allerdings der Behörde nicht vorgehen. Die Maßnahmen, die die Behörde letztlich den Betreibern vorschreiben wird, die werden von mir auch als zuständiger Referent dann dem Betrieb verordnet werden. Es ist die Behörde derzeit dabei, diesen Maßnahmenkatalog entsprechend mit den Sachverständigen zu erarbeiten und die entsprechenden Auflagen zu definieren. Dieser Maßnahmenkatalog steht mir, weil noch nicht endgültig, noch nicht zur Verfügung. Ich werde Ihnen den aber gerne zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die 4. Anfrage erledigt! Bevor ich zur 5. komme, möchte ich den Hohen Landtag noch

informieren, dass beabsichtigt ist, die Enquete betreffend des Feinstaubes - es ist ja ein Antrag gestellt worden, um Zusammenarbeit mit der Frau Stadträtin Dr. Mathiaschitz aus Klagenfurt - durchzuführen, die zu Beginn des nächsten Jahres einen Kongress in dieser Frage veranstalten möchte. Und es ist sinnvoll, wenn wir uns dort einklicken, um auch diese Frage dann in einem größeren Rahmen besprechen zu können. Ich berichte, dass die nächste Enquete jetzt in Vorbereitung über die Verkehrs-, Nahverkehrs- und Verkehrssituation in Kärnten ist, die wir im frühen Herbst abhalten werden.

Nun kommen wir zur Anfrage 5:

5. Ldtgs.Zl. 223/M/29: Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Landesrat Dr. Schantl

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Landesrat! Ihr Parteivorsitzender Dr. Gusenbauer hat die Bundesregierung kritisiert, nachdem sie eine Einschaltung zur Gratulation unserer Olympioniken in den Zeitungen gemacht haben.

Ich frage Sie daher: Aus welchen Mitteln bzw. Budgetpositionen wurde das Gratulationsinserat der Kärntner Olympioniken finanziert?

Landesrat **Dr. Schantl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Hohes Haus! Die Budgetmittel, also die Mittel stammen aus den Werbemitteln für den Kärntner Sport.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokraten eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der ÖVP? – Das ist nicht der Fall! Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte sie zu stellen, falls gewünscht!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Ist es notwendig als Sportreferent mit Photos und Inseraten den seit Jahrzehnten stattfindenden Landesjugendschitag in den Zeitungen zu bewerben, was vorher noch kein Referent gemacht hat? Und jetzt stelle ich für mich die konkrete Frage:

Wie hoch waren die Positionen, die Ausgaben für diese Bewerbung bzw. für die Einschaltung in den Medien? (*Vorsitzender: Das waren zwei Anfragen!*) Eine Frage abschließend, habe ich gesagt! (*Vorsitzender: Aha, die abschließende. Gut!*)

Landesrat **Dr. Schantl** (SPÖ):

Die Kosten für diese Einschaltungen entsprechen den üblichen, die also in Kärnten für diese Werbeinserate bezahlt werden. Das müsste gerade Ihnen vom BZÖ bestens bekannt sein! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 5 erledigt.

6. Ldtgs.Zl. 225/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Zellot an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Verehrte Zuhörer! Meine geschätzten Damen und Herren! Jugendbeschäftigung und sinnvolle Freizeitbeschäftigung ist eigentlich ein Schlagwort für unsere Jugend.

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin: Warum bekommt der Aktiv-Klub der Jugend, Pogöriacher Straße 29 A in Villach, keine Förderung für ihr Jugendprojekt?

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Hoher Landtag! Für diesen Subventionsantrag erging eine negative Stellungnahme der zuständigen Fachabteilung. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht der Fall. Dann bitte eine Zusatzfrage noch zu stellen!

Abgeordneter **Zellot** (F):

Ja, geschätzter Herr Präsident! Aufgrund Ihrer Antwort, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, stelle ich fest, sind Sie zuständig und bei Ihnen bleiben im Budget genügend budgetäre Mittel zum Jahresabschluss übrig!

Wieso geben Sie dieser Jugend, dieser Frau, die für die sinnvolle Jugendbeschäftigung in Villach intensiv arbeitet, keine budgetären Mittel?

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Ich zitiere aus der fachlichen Stellungnahme der zuständigen Abteilung: „... das nach den Kriterien des Projektes Aktiv-Klub der Jugend nicht den inhaltlichen Kriterien und den wirtschaftlichen Anforderungen eines Jugendzentrums entspricht. Von einer weiteren Förderung sollte daher Abstand genommen werden.“ Und ich halte mich an die fachlichen Empfehlungen meiner Abteilung. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 6 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage

Dipl.-Ing. Freunschlag**7. Ldtgs.Zl. 226/M/29:****Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich ersuche, dass der Herr Landeshauptmann vom Vorzimmer ins Hauptzimmer kommt. (*Der Vorsitzende wartet ab, bis Landeshauptmann Dr. Haider den Sitzungssaal betritt. – Zwiegespräche im Hause.*) Bitte um Verständnis, dass man noch ein paar Sekunden wartet. Nachdem er im Hause ist, sollte er auch die Fragen beantworten. (*Es herrscht Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause.*)

So! Die Anfrage 7 des Herrn Abgeordneten Schwager. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann, irgendwie passt diese Anfrage zur heutigen Sondersitzung. Weil wo uns nichts gehört, da haben wir dann auch wenig zu reden.

Und zwar, vor etlichen Jahren schon, wurde den Mölltaler Gemeinden versprochen, dass es Verhandlungen bezüglich der Talschaftsverträge seitens der Landesregierung gibt. Dem gegenüber steht, und da muss ich dazusagen, dass diese Anfrage schon das dritte Monat unterwegs ist hier im Hause! Und vor etlichen Monaten hat sich der Herr Direktor Dr. Schröfelbauer der Austrian Hydro Power zu Wort gemeldet und in einer eher schroffen Art und Weise das Ansinnen zurückverwiesen. Und deshalb meine Anfrage:

Wie kommt das Land Kärnten zu den Talschaftsverträgen mit der Austrian Hydro Power für die Mölltaler Gemeinden?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bemühungen des Landes um eine Lösung auch im Interesse der Obermölltaler Gemeinden im Zusammenhang mit Wassernutzung für die Energiewirtschaft sind nach wie vor intakt. Es wird auch entsprechend chancenreich verhandelt. Die Zielsetzung ist, dass wir, sage ich, etwa 20 bis 30 Millionen in einen Fonds verhandeln

wollen, aus dem dann die entsprechenden laufenden Zahlungen an die Gemeinden als Strukturhilfe gemacht werden können.

Schröfelbauer von der Austrian Hydro Power hat kurzfristig geglaubt, ohne das Land Kärnten auszukommen und hat also mitgeteilt, dass er Gletscherschliff aus dem Margaritzen-Stausee nach Salzburg transportieren wird. Das ist ein großer Irrtum, weil er in Wirklichkeit eine entsprechende behördliche Bewilligung braucht, um zum Teil auch über Nationalparkgebiet eine entsprechende Verbringung des Gletscherschliffs vornehmen zu können. Diese Bewilligung wird er sicherlich nicht bekommen, weil wir gegen jede Form von Einbauten sind, die den Abtransport von Gletscherschliff in dieser Weise ermöglichen würden. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir durchaus eine Möglichkeit haben, den Verbund und damit die Austrian Hydro Power zu Verhandlungen zu veranlassen. Ich habe als Nationalparkreferent in der Zwischenzeit den Auftrag gegeben – nachdem die Einbauten am Sandersee konsenslos erfolgt sind -, es gibt für die Steinschlichtung am Sandersee, mitten im Nationalparkgebiet, keine behördliche Bewilligung, obwohl es Kunstbauten sind, die dort hinein gestellt worden sind. Das widerspricht also dem Nationalparkgesetz. Daher habe ich den Auftrag gegeben, bis zur Jahresmitte diese Einbauten zu beseitigen. Das stellt den Verbund vor ein nahezu unlösbares Problem. Mit diesen Voraussetzungen gehe ich jetzt einmal davon aus, dass sie wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren werden. Wenn sie diese 30.000 Kubikmeter Gletscherschliff wegbringen müssen, der dort illegal durch die Steinschlichtung, die illegal ist und die im Sandersee angelaufen ist, dann haben sie wahrscheinlich ein Vielfaches der Kosten, die sie den Mölltaler Gemeinden zahlen sollten, um einen solchen Fonds einzurichten.

Daher ist es durchaus auch im Interesse beider Verhandlungspartner, sowohl des Verbundkonzerns wie auch des Landes Kärnten, dass wir hier eine Verhandlungslösung versuchen, um damit Geld nach Kärnten zu bringen und den Verbund zu verhalten, sich endlich so zu verhalten, wie er in Tirol und in andere Bereichen mit Talschaftsverträgen bisher schon gehandelt hat. (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Klubobmann Abgeordneter Scheuch, bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Nachdem ja aus verschiedenen Medienberichten und auch auf Grund der aktuellen politischen Diskussion bekannt ist, dass die AHP ein Teil des Verbundes ist und sich der Verbund mit der OMV fusionieren möchte und somit letztendlich auch auf Bundesebene es Strömungen gibt, die eine 51-Prozent-Beanteiligung von Stromgesellschaften abschaffen möchte: Inwiefern haben auch wir hier dann betreffend der Talschaftsverträge letztendlich Nachteile zu erwarten, falls es nicht gelingen sollte, diesen Abwehrkampf für das Kärntner Wasser zu führen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das war auch die Motivation, hier den Landtag in einer Sondersitzung zu befassen und den um eine Gesetzesänderung zu ersuchen. Es war auch die Motivation, warum wir von Kärnten aus eine außerordentliche Tagung der Landeshauptleutekonferenz für morgen beantragt haben und der derzeitige Vorsitzende, der Landeshauptmann von Niederösterreich, das auch unverzüglich einberufen hat, weil in der Zwischenzeit Tirol, Niederösterreich, Wien, Kärnten und die Steiermark in jedem Fall gegen diesen geplanten Deal auftreten. Heute habe ich gelesen, dass auch die Salzburger Landeshauptfrau sich ebenfalls unserer Linie anschließt, das heißt wir werden morgen die Möglichkeit haben, nach dem Entschluss hier im Kärntner Landtag auch eine entsprechende politische Meinungsbildung in der Landeshauptleutekonferenz durchzuführen, damit klar ist, dass dieser OMV-Verbund-Deal so nicht kommt. Denn er ist sicherlich durch die Fusion bzw. durch die angekündigten Synergien nicht gerechtfertigt, sondern es würde wahrscheinlich eine Situation entstehen, dass so wie der Benzinpreis durch die OMV eigentlich sehr hoch

gehalten ist, weil sie ganz bewusst – wie wir in den letzten Tagen gehört haben –, durch Leitungen etwa bei Gasleitungen und bei Ölleitungen verhindern, von der Konkurrenz, damit sie quasi am Markt monopolartig den Preis bestimmen können. Genauso würde es dann beim Strom dazu führen, dass der Strompreis künstlich hoch gehalten wird; was für die Wirtschaft schlecht ist, für den Wirtschaftsstandort schlecht ist und für die Konsumenten schlecht ist.

Ich halte es daher für sehr gescheit, dass wir von Kärnten aus hier den Stein ins Rollen gebracht haben. Ich sage auch, dass gut ist, dass der Landtag – so wie ich gehört habe – geschlossen sich zur Initiative verpflichtet hat, seine Mehrheiten an der Elektrizitätsgesellschaft zu erhalten (mit 51 Prozent) und das auch in die Verfassung zu nehmen, weil wir damit natürlich unser Wasser auch nachhaltig schützen. Es hat immer welche gegeben, die gesagt haben: „Das ist alles nicht so wichtig, weil wenn es um Kraftwerke geht, heißt das ja noch nicht, dass das Wasser weg ist.“ Das ist ein Unsinn, weil ja mit jedem Kraftwerk Wasserrechte verbunden sind, Ableitungen verbunden sind, der Besitz von Technik ist, Quellen verbunden sind, und und und. Daher ist natürlich ein Zugriff auf unser Wasser gegeben, und das wollen wir in der Form nicht.

Ich glaube, dass die Kärntner hier politisch ein sehr gutes Beispiel geben, wenn sie heute, am Beginn dieser Diskussion, bereits selbst in der Verfassung eine entsprechende Verankerung vornehmen. Das würde auch verhindern, dass der Verbund-Konzern sich aus seiner Verantwortung herauszieht, uns im Wege der Austrian Hydro Power auch für die Talschaftsverträge Entschädigungen zu zahlen. Weil wenn wir sie nicht mehr greifbar machen und wenn auch politisch kein Einfluss mehr gegeben ist, dann können sie die herausziehen und haben die Möglichkeit, uns dann nicht im Regen stehen zu lassen. Das wollen wir nicht! Wir haben noch, umgekehrt, viel mehr Möglichkeiten, wenn dem Mehrheitseigentümer Republik und den Ländern ihre Kraftwerkgesellschaften bleiben, auch politisch Einfluss zu nehmen. Wir haben gleichzeitig über die Behördenverfahren und über die Stellung als Wasserrechtsbehörde, Gewerberechtsbehörde, Betriebsanlagenbehörde natürlich auch die entsprechenden Auflagen zu verfügen. Denn ich brauche Ihnen nichts erzählen: Wenn wir heute hergehen würden und wir würden alle

Dr. Haider

Bescheide, die die Kraftwerksbetreiber in Kärnten haben – ob Verbund, Sondergesellschaft Tauernkraftwerk oder auch KELAG -, und wir würden penibel alle Bescheide auf die Einhaltung überprüfen, was denn von den Auflagen, die bei der Konzessionserteilung verfügt worden sind, alles realisiert worden ist, dann haben wir ausreichend Grundlage, sofort Kraftwerksbetriebe schließen zu lassen.. Das heißt die Kraftwerksgesellschaften sollen sich im Grunde genommen warm anziehen und sollen nicht (*Einwand von LR Ing. Rohr*) - ja, selbstverständlich! – die Möglichkeit schaffen, hier Geschäfte zu machen, mit internationalen Kapitalgebern. Das haben wir bei der BAWAG erlebt, das haben wir beim ÖGB erlebt. Wir wollen nicht von den Heuschrecken mit unserem Wasser gefressen werden! (*1. LHStv. Dr. Strutz: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion. – Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Vorsitzenden Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Der Herr Abgeordnete Vouk hat eine Zusatzfrage. (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. – LH Dr. Haider. Raubtierkapitalisten! – Abg. Ing. Scheuch: Der regt sich am meisten auf! - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Der Herr Abgeordnete Vouk hat eine Zusatzfrage!*) Darf ich um die nötige Aufmerksamkeit bitten, Herr Klubobmann! Danke vielmals! Dafür lade ich Sie das nächste Mal ein, wenn Sie durchreisen, dann kriegen Sie ein gutes Veldener Wasser. Ja, berechtigt hat sich Landesrat Rohr aufge-regt, wenn Sie zugehört hätten!

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem mein Herz für den Tourismus schlägt und ich natürlich auch die Täler sehr, sehr schätze, die wir letztendlich unseren Gästen auch mitverkaufen und für die Bevölkerung es sehr wichtig ist, dass diese Talschaftsverträge abgeschlossen

werden, weil damit letztendlich die Infrastruktur verbessert werden könnte. Ich habe schon Plakate gesehen, wo das also schon fast vor dem Abschluss gestanden ist, so ist das auf den Plakaten suggeriert worden und Sie haben gesagt, Herr Landeshauptmann, Sie werden alle Chancen ausnützen, wo wünsche ich Ihnen, das Sie wirklich die Chancen für die Bevölkerung ausnützen.

Jetzt frage ich Sie: Ist Ihnen ein Projekt bekannt, in dem die Austrian Hydro Power um die Verbringung des Gletscherschiffs angesucht hat?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Austrian Hydro Power hat ein entsprechendes Projekt, dass sie den Gletscherschliff nach Kaprun hinüber verbringen will. Das würde also meines Erachtens jetzt vom Energieaufwand, das über so weite Strecken zu transportieren, nicht wirklich sinnvoll sein. Ganz abgesehen davon, dass man auch unsere behördlichen Bewilligungen brauchen wird und wir auch allein das, wie ich vorhin gesagt habe, benützen werden, um sie an den Verhandlungstisch zurück zu bringen. Genauso mit den Auflagen! Wenn Auflagen im Zuge von Konzessionen erteilt worden sind, dann weiß ich nicht, warum sich der Umweltreferent aufregt, dass ich Auflagen kontrollieren will, ob sie eingehalten sind, dann muss man auch von Zeit zu Zeit schauen, ob die Auflagen auch eingehalten worden sind. Denn es macht ja keinen Sinn, wenn ich so eine Auflage erteile und die Behörde dann sagt: „Das müsst ihr jetzt erfüllen.“ – und dann ist zwei Jahre, drei Jahre, fünf Jahre keine Kontrolle. Dann schwimmt am Margaritzen-Stausee oben ein Giftgas verursachender Bagger. (*LR Ing. Rohr: Giftgas?*) Ja, oder halt Abgas verursachender Bagger. Es ist das erste Mal in der Geschichte, dass ich erlebe, dass ein Umweltreferent dafür ist, dass Umweltverschmutzung im Nationalparkgebiet geschafft wird. Das ist ja das Beste! (*Beifall von der F-Fraktion. - Abg. Mag. Ebner: Bravo! Ungeheuerlich! – LR Ing. Rohr: Giftgas? – Abg. Ing. Scheuch richtet einen Zwischenruf an LR Ing. Rohr.*) Du bist zwar ein würdiger Abfallreferent, weil du dich offenbar für diese Dinge interessierst – aber du sollst für den Umweltschutz auch etwas tun, lieber Kollege!

Denn im Grunde genommen sind das genau die Probleme. Die Austrian Hydro Power hat bisher

Dr. Haider

geglaubt, zwar mit allen Konzessionen leben zu können, aber uns nichts zahlen zu müssen. Wir haben uns verpflichtet, dass wir in dieser Periode die Talschaftsverträge zustande bringen bzw. einen Fonds, der wie diese Talschaftsverträge es in anderen Bundesländern vorsehen, ausgestattet wird. Das werden wir tun! Und ich bitte dich, Kollege Rohr, geh zu deinem Kollegen Schröfelbauer und sage ihm, er soll an den Verhandlungstisch zurückkehren, dann würdest du mehr für Kärnten erreichen, als gegen die Umweltauflagen zu protestieren. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Klubobmann Ing. Scheuch, ich möchte ersuchen, dass die Anfragebeantwortung korrekterweise von allen gehört wird, damit hier nicht ständig eine unterbrechende Diskussion entsteht, indem man auch andere Regierungsmitglieder hier in diese Mehrheitsdebatte einbezieht. Das gilt übrigens natürlich für alle.

Hat die ÖVP eine Zusatzfrage? – Ich bitte Herrn Abgeordneten Lutschounig, diese zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie als Eigentümerversreter der KELAG werden der KELAG natürlich schon eine große Freude erweisen, indem Sie meinen, dass Sie Bescheide, die auferlegt worden sind, nicht eingehalten werden.

Meine konkrete Frage an Sie, weil Sie ja meinen, dass es Verträge geben soll, wie sie in Tirol und Salzburg auch sind, die sind allerdings vor der Errichtung gemacht worden, wie es auch sein sollte, bevor ein Projekt umgesetzt werden soll. Bei uns ist es umgekehrt: nachher begehrt.

Glauben Sie, dass Sie in Ihrer Amtszeit noch diesen Erfolg vermelden werden können, dass es diese Talschaftsverträge für diese Region Mölltal geben wird?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich wäre es richtig gewesen, so wie in den anderen

Ländern vorzugehen, insbesondere in Tirol – bei Salzburg weiß ich nicht, wie es dort gehandhabt ist. Aber es war leider nicht in meiner Verantwortung, weil bisher doch andere in diesen Bereichen zuständig waren. Ich will jetzt nicht polemisieren, um zu sagen, ich könnte es mir jetzt leicht machen. Aber es ist dies versäumt worden. Kärnten war hier zu großzügig gegenüber der Energiewirtschaft. Man war sehr froh, dass die Ausbaumaßnahmen stattgefunden haben. Das ist das gleiche wie bei der Infrastruktur bei den Autobahnen. Wenn man bedenkt, wir sind eines der ganz wenigen Bundesländern, wo etwa bei der Tauernautobahn das Land Kärnten ein paar hundert Millionen Eigenanteil gesetzt hat, damit wir es kriegen. Der Präsident sagt, 450 Millionen Schilling haben wir damals gesetzt, damit wir es vorzeitig kriegen, *(Abg. Lutschounig: Bei der Koralmbahn auch!)* bei der Koralmbahn detto. Aber das wird ja jetzt ein Prinzip, das heißt die Bundesländer müssen überall dort, wo jetzt neue Eisenbahnstrecken gebaut werden, einen Eigenbeitrag leisten. Es muss auch in Tirol jetzt beim Brenner-Basistunnel das Land Tirol einen Eigenbeitrag leisten, weil das ohne das nicht mehr geht. Aber früher war es so, dass Autobahnen gebaut worden sind, von Wien nach Westen, ohne dass die Länder zahlungspflichtig wurden. Wir haben also etwas hinein zahlen müssen, damit wir es schneller bekommen, um unsere Infrastruktur herzustellen.

Und es war sicherlich bei den Kraftwerken natürlich auch so. Wir sollten also jetzt die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen, weil das können wir eh nicht mehr einholen. Aber, ich glaube, dass die Unterstützung von allen Seiten notwendig ist und ich bin auch sehr optimistisch, dass wir im Laufe dieser jetzigen Periode auch unser Ziel erreichen, für die Oberkärntner Gemeinden eine Lösung nach dem Modell oder ähnlich gelagert wie die Gemeinden in Tirol, zu erreichen. Die Dimension, in welcher Größenordnung wir das schaffen werden, kann ich auch nicht sagen, aber es sollten jedenfalls etliche Millionen sein, die dann in diesem Topf drinnen liegen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wünscht der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? – (Abg. Schwager bejaht dies.)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Ich habe nicht gedacht, dass meine simple Anfrage zu solchen Emotionen in diesem Hause führt. (Heiterkeit bei Abg. Holub.) Aber wir haben heute eh noch einen Tagesordnungspunkt, wo wir über das dann weitersprechen können.

Aber eine Anfrage direkt zu diesen Talschaftsverträgen habe ich noch. Und zwar gibt es da schon eine Planung. Du hast gesagt. Strukturhilfe für die Mölltaler Gemeinden. Gibt es da schon irgendeine Idee, wenn wir das Geld kriegen sollten, um die Aufteilung, dass möglichst viele Bürger des Mölltales dann in den Genuss dieser Strukturhilfe kommen? Bitte!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Natürlich ist es so, dass diese Anfrage bewusst auch Emotionen bringt, denn in Wirklichkeit denken viele daran, dass sie in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt hätten, wirklich für Kärnten auch das zu regeln, dort wo sie wirklich an der Macht waren, um es zu tun. Aber, wir werden das irgendwie im Nachhinein zustande bringen, und ich bin sicher, dass es dann keinen großen Streit gibt, wenn das Geld da ist, sondern dann sind alle wahrscheinlich parat, um beim Verteilen zu helfen. Ich nehme es einmal den Herrn Abgeordneten in Notiz, dass er auch im Verteilungsprozess mitwirken möchte. (LR Dörfler: Er ist aber Drautaler! – Beifall von der F-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 7 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 8.

8. Ldtgs.Zl. 227/M/29: Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren! Vorweg ein Ja meinerseits und unsererseits zu Leistungen an Mütter ohne Eigenpension bis zu einer gewissen Höhe. Ein Ja zu solchen Leistungen, fußend auf einer klaren rechtlichen Basis, auf einem klaren rechtlichen Anspruch und zwar im Rahmen der zur Beschlussfassung vorliegenden Kärntner Lebenssicherung. 2: Vor Weihnachten und in den Folgetagen und –wochen sind viele Mütter nach Klagenfurt in die Landesregierung oder zu den Bezirksverwaltungsstellen gepilgert, um etwas in Anspruch zu nehmen, was viele von ihnen brauchen. Zu manchen dieser Mütter sind auch BZÖ-Funktionäre gepilgert, um ihnen das in ihren eigenen vier Wänden quasi privat auszuhändigen. Aber den Sinn der Frage – den zitiere ich jetzt – der auch aufschlussreich sein kann über die Budgetierung der in Aussicht gestellten künftigen Leistungen. Wieviele Kärntner Mütter haben aufgrund der Auszahlungslisten bis Ende März eine Mütterpension erhalten?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben die von Ihnen gewünschte Regelung, eine Zahlung an Mütter, die älter als 60 Jahre sind, Kinder groß gezogen haben und ohne Pensionsversorgung da stehen, in der Zwischenzeit auch formalrechtlich beschlossen. Es gibt eine entsprechende Richtlinie im Rahmen der Privatwirtschaftsförderung des Landes Kärnten, beschlossen vor einigen Regierungssitzungen. Es ist auch für den Nachtragsvoranschlag die entsprechende Deckung vorgesehen und wir da also die Möglichkeit schaffen, dass wir für diese Mütter die älter als 60 Jahre sind, keinen eigenen Pensionsanspruch haben, eine entsprechende monatliche Unterstützung geben, die gemäß den Richtlinien auch einen Rechtsanspruch darauf haben. Es müssen also die Richtlinien eingehalten werden

Dr. Haider

und dann hat jemand einen Anspruch, das zu bekommen. Ich glaube, dass das sicherlich eine gute und erfolgreiche Sache ist, denn wir haben schon zu Weihnachten oder vor Weihnachten beim Probegalopp gesehen, dass sehr, sehr viele Frauen potenziell davon betroffen sind, dass sie ohne Eigenversorgung dastehen; insbesondere im ländlichen Raum, ja, sind es sehr viele Frauen gewesen.

In Kärnten kann man davon ausgehen, dass rund 15.000 Frauen über 60 Jahre ohne Versorgung existieren. Wenn man die Leistungen, die Kinder findet, dann sind etwa 10.000 bis 11.000 Frauen davon betroffen. Mit Stichtag 31.3. haben wir bei dieser Pilotaktion, die durchgeführt worden ist, 11.073 Antragstellerinnen gehabt und insgesamt 1.660.950,- Euro ausbezahlt. Das ist, glaube ich, eine schöne Summe. Das heißt, es sind also fast 24 Millionen alte österreichische Schillinge, die zur Kaufkraftstärkung dieser Mütter herangezogen worden sind. Und die Mütter haben sich gefreut und es gab sehr, sehr viel Engagement, sage ich, der regionalen Politik. Es haben eigentlich Mandatäre aus allen Gemeinderatsfraktionen bei dieser Auszahlung mitgewirkt. Wir haben sogar eine Gemeinderätin aus Arriach gehabt, von der Sozialdemokratischen Partei, die zu allen Auszahlungsterminen in Oberkärnten mitgefahren ist und auch organisiert hat, dass Leute hinkommen können, weil sie von dieser Idee und von dieser Aktion begeistert war. Und wir haben Aktionen ... (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Zellot: Hört! Hört! – Hört! Hört!*) Wir haben Aktionen der ÖVP gehabt, etwa in Bleiburg unten, wo man einen eigenen Sprechtag der ÖVP organisiert hat, damit die Mütter, die beim offiziellen Auszahlungstermin nicht Zeit haben, sie dann wenigstens über die ÖVP Hilfe (*Abg. Ing. Hueter: Genau das Gegenteil!*) bekommen.

Ich denke, wir haben damit eine richtige Maßnahme gesetzt und ich möchte doch ersuchen, bei der politischen Diskussion dann nicht zu sagen: Das war nicht in Ordnung, die Auszahlung! Denn sonst hätten sich ja die anderen Fraktionen nicht so massiv bemüht, an dieser Auszahlung direkt dabei zu sein. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Frau Abgeordnete Knicek, ich bitte sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Kärnten war ja schon einmal erfolgreicher Vorreiter bei der österreichischen Umsetzung des Kindergeldes. Könnten Sie sich auch eine österreichweite Umsetzung der Mütterpension vorstellen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Vorstellen kann ich's mir, ja! Und zwar ist es immer interessant, dass jene, die es ablehnen, die dann, wenn es realisiert ist meistens die sind, die am meisten Propaganda dafür machen. Also, beim Kindergeld wissen wir – das war sehr umstritten – auch in Kärnten. Wir haben es dann hier in Kärnten möglich gemacht und plötzlich waren in Kärnten alle dafür, dass wirs machen. Und als es dann österreichweit gekommen ist, wo man auch zuerst so gelacht hat, wie hier im Landtag einige, dann waren plötzlich auch in Österreich alle dafür, dass es gemacht werden soll. Und, wenn ich daran denke, dass der Bundeskanzler bei der Nationalratswahl 1999 noch vom „ungedeckten Scheck“ beim Kindergeld gesprochen hat und dann, eine Periode später, in der Wahlwerbung die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes als größte Leistung genannt hat, dann sieht man, was ein politischer Erziehungsprozess alles Positive bewirken kann. (*Lang anhaltender Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Ja? Ich bitte aufzuzeigen, damit ich weiß, wo der Abgeordnete hinget. Entweder hinaus oder zum Pult. (*Dies löst Heiterkeit im Hause aus.*) Herr Abgeordneter Hueter ist am Wort!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Hoher Landtag! Nach diesen Lobhuldigungen des Herrn Landeshauptmannes ist mir jetzt dazu eine Frage eingefallen. (*Einwand von Abg. Ing. Scheuch.*) Die Auszahlungsmodalitäten haben in Oberkärnten – soweit ich informiert bin – ganz andere Auswüchse angenommen. Und zwar ganz konkret meine Frage. Der Altbürgerbürgermeister von Irschen, bitte gehört einer Fraktion an – will ich nicht beurteilen – ist mit der Vollmacht ausgestattet hier im Bürgerbüro gewesen, ist abgewiesen worden. Konkret wurden diese Auszahlungen dann vor Ort von BZÖ-Funktionären in Irschen und Oberdrauburg vorgenommen. Also, wie passt das jetzt mit dem, was Sie vorher gesagt haben, zusammen?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Wir haben generell Vollmachten die vorgelegt worden sind und die über drei Vollmachten hinausgegangen sind, nicht akzeptiert, weil wir nicht das Risiko steuern wollten, dass hier Missbrauch damit betrieben wird. Wir haben also dort, wo viele Vollmachten vorgelegt worden sind – bis zu drei – ausgezahlt. Und das hat für einen BZÖ-Funktionär gegolten, das hat für die ÖVP gegolten und für SPÖ gegolten! Und ich sage noch einmal: Wenn ihr eure Gemeindefunktionäre fragt, es war ein jeder eingeladen, dort mit hinzukommen. Und es sind ja auch viele mitgekommen von allen Fraktionen, weil vor allem auch die Seniorenorganisationen sehr aktiv waren. Und bei den Senioren ist ja dann die Parteipolitik doch nicht mehr so im Vordergrund, sondern da hilft einer dem anderen. Das war eigentlich auch sehr schön und ich habe sehr viele vom Seniorenbund und von den Sozialdemokraten gesehen, die einfach mitgewirkt haben. Dass der frühere Bürgermeister da mit 47 Vollmachten ... (*Einwand aus der ÖVP-Fraktion.*) nein, nein mit 47 Vollmachten ist er dahergekommen. Aber das können wir sicher nicht machen, weil da müssen wir ihm dann einen gesicherten Geldtransport mitgeben, damit er nach Irschen fahren kann. Und das Risiko ist zu groß und die Kosten wären also zu groß. (*Heiterkeit in der F-Fraktion. – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird noch eine Zusatzfrage des Fragestellers gewünscht, bitte! (*Abg. Schlagholz: Ja!*)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann! Ich selbst war nicht mit einer Vollmacht ausgestattet, hatte auch nicht die Absicht so etwas zu tun, aber, können Sie ausschließen, dass es zu keinen Doppelauszahlungen bzw. zu Leistungen an Mütter, die über eine Eigenpension über den Ausgleichszulagenrichtsatz verfügen, gekommen ist?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Es hat unter den 11.000 Antragstellungen sicherlich einige Fälle gegeben, wo es Doppelbeantragungen gegeben hat oder, wo die Richtlinien nicht eingehalten worden sind. Und in dem Ausmaß als sie uns bekannt sind, sind auch die entsprechenden Rückforderungen getätigt worden. (*Beifall gebend Abg. Lobnig: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, Hohes Haus, ist die 8. Anfrage erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 9.

9. Ldtgs.Zl. 229/M/29: Anfrage des Abgeordneten Ing. Haas an Landesrat Dörfler

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Nachdem der Herr Bäckermeister und oberster Wirtschaftskammerer Kärntens sich laut Medienberichten und seinen Aussendungen, gegen die Ausführung von Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen an Kärntner Straßen ausgesprochen hat bzw. diese Baumaßnahme derzeit als nicht

Ing. Haas

sinnvoll bezeichnet hat, nun meine Anfrage:
Welche Maßnahmen sind zur Bekämpfung des Lärms im Jahre 2006 auf Kärntens Straßen geplant bzw. werden umgesetzt?

Landesrat **Dörfler** (F):

Hoher Landtag! Herr Abgeordneter! Der Bäckermeister, da meinst du wahrscheinlich den Wirtschaftskammerpräsidenten Pacher, der in der Tat, am 14. April 2006, die Aktivitäten zum Thema Lärmschutz heftig kritisiert hat. Er meint: „Sündteure Lärmschutzwände werden vorzugsweise an menschenleeren Straßen errichtet!“ Also der semmelbackende oder ex-backende Präsident hat ja schon bei der Maut bewiesen, dass er nichts für Anrainer übrig hat, denn es hat ja seinerzeit die Sozialpartneraktion gegeben, die Tauernautobahn-Sondermaut abzuschaffen. Und ich habe das seinerzeit „verkehrspolitischen Hirnriss“ genannt. Denn, wenn wir den einzigen Nord/Süd-Alpenübergang mautfrei machen würden, dann können wir uns ausrechnen, dass wir hunderttausende LKWs mehr durch Kärnten schleußen. Und da hat mich ja auch der Herr Bürgermeister Köfer sehr überrascht, wie er den Antrag oder die Ansage seiner Parteiobfrau Schaunig vor etlichen Wochen, man solle die Tauernautobahn-Sondermaut abschaffen, unterstützt und gleichzeitig gestern die Autobahn sperrt. Das ist eine sensationelle Umweltverkehrspolitik. Das einleitend dazu.

Der Herr Wirtschaftskammerpräsident und Semmelbäcker kritisiert ja auch – wie nennt er es – ah, Entschuldigung – „bierfröhliche Spatenstichfeiern!“ (*Mehrere Einwände aus der ÖVP-Fraktion. – Lärm im Hause.*) Wir haben gerade mit dem Herrn Bürgermeister einen „bierfröhlichen“ Spatenstich gefeiert. Spatenstichfeiern sind dazu da, um sich erstens über Projekte zu freuen und zweitens auch Anrainer zu informieren. Und ich habe noch keinen Bürgermeister dieses Landes gesehen, der sich nicht über ein Projekt gefreut hat und wo wir – ich betone es – gemeinsam, egal welcher Fraktion er angehört, diese Spatenstichfeiern auch durchführen, weil sie für mich eine wichtige Bürger-, Medien- und Bauinformation sind. Und, wenn der Herr Präsident Pacher dann selber mitschaufeln darf, dann passt es eh. Das nur so als Bemerkung am Rande.

Kärnten hat im Jahr 2006 die größte Lärmschutzbauoffensive, die es überhaupt jemals gegeben hat. Wir investieren in Summe 22.876.080,-- Euro. Da werden insgesamt 48.136 m² Lärmschutzwände errichtet. Die größten Brocken sind mit 89,4 Prozent und 20.450.000,-- Euro die Lärmschutzmaßnahmen an Autobahnen. Das ist im Bereich des Packvollausbauers 5.660 m²; im Bereich Wolfsberg/Altendorf – der Herr Abgeordnete Schlagholz war da sehr massiv auch beteiligt – 10.000 m²; für einen Aufwand von 2.150.000,-- Euro. In Pörschach jetzt in Ausschreibung, weitere 2.000 m² für ein Bauvolumen von 1,5 Millionen Euro. Villach/Süd erste Tranche 2,1 Millionen Euro, 5.400 m² und das große Einhausungsprojekt in Trebesing mit 9,6 Millionen im heurigen Jahr und 9,6 Millionen im nächsten Jahr. Und im Liesertal werden insgesamt 15.000 m² Lärmschutzwände errichtet.

Das heißt, aus Nutzergebühren der ASFINAG werden in Kärnten 20.450.000,-- oder 38.000 m² Lärmschutzwände errichtet. Das ist auch ein großes Auftragsvolumen für die Kärntner Bauwirtschaft. Deshalb bin ich ja so überrascht, dass der Präsident der Wirtschaftskammer was dagegen hat, wenn die Kärntner Bauwirtschaft große Auftragsvolumen aus Mitteln der ASFINAG, ich sage immer, Geld aus Wien hat. Also, erstaunlich seine Haltung dazu.

9,34 Prozent der Aufwendungen – sprich 2.136.080,-- Euro oder 8.861 m² – werden auf Landesstraßen B errichtet, ebenfalls Bundesmittel. Und bescheidene 290.000,-- Euro, also 1,26 Prozent, werden auf einer Landesstraße errichtet.

Auch da muss ich festhalten, dass der Kollege Martinz in einer Regierungssitzung gemeint hat, man solle nicht so viele Lärmschutzwände bauen. Ein Land, das nicht dafür Sorge trägt, und wieder kann ich vom Herrn Bürgermeister Vouk – aus einer betroffenen Gemeinde – sicher auch von ihm Zustimmung haben. Wir müssen im Bereich der Lärmschutzmaßnahmen weiter eine Bauoffensive einerseits, aber auch eine Geschwindigkeitsbeschränkungsoffensive, wie wir sie zuletzt im Bereich Pörschach/Winklern oder im Bereich Velden/West durchgeführt haben, haben, weil wir nach dem Lärmschutzkataster jetzt schon wissen, wo neben baulichen Maßnahmen entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen zu verfügen sind.

Dörfler

Also wir verbessern jedenfalls die Anrainersituation wesentlich, wobei man festhalten muss, dass ein Sorgenkind des Lärms, das haben wir auch mit dem Präsidenten Ferlitsch letztens besprochen, der zunehmende Motorradlärm ist. Also das ist ein Problem, dass viele (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) Bürger des Landes kein Verständnis dafür haben, dass sie eine Wochenendruhe durch ein LKW-Fahrverbot haben und, dass viele Motorradfahrer sich nicht an entsprechend umweltfreundliche Fahrweisen halten. Und da ist es dringend notwendig, sie präventiv und informativ dazu einzuladen, vorsichtig zu fahren und das Gaspedal vielleicht am Österreich-Ring, den der Herr Mateschitz wieder bauen will, zu betätigen, aber nicht auf Kärntens Straßen. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Der Abgeordnete Vouk hat sich zu Wort gemeldet. Ich bitte diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Landesrat! Lärmschutzmaßnahmen im Bereich ÖBB, im Bereich von Autobahnen, selbstverständlich! Aufträge für die Bauwirtschaft, ganz selbstverständlich, ist klar, ist in Ordnung!

Frage: Die Wörtherseebürgermeister haben sich für eine 100 km/h-Beschränkung auf der Wörtherseeautobahn eingesetzt. Es gibt ja jetzt schon bereits Teilabschnitte aufgrund der EU-Umgebungs-Lärmrichtlinie.

Frage: Werden Sie diesen Antrag der Wörtherseebürgermeister unterstützen, dass zumindest in der Saison eine 100 km/h-Beschränkung durchgeführt, umgesetzt wird?

Landesrat **Dörfler** (F):

Ich glaube, man muss mit der Akzeptanz von Geschwindigkeitsbeschränkungen vorsichtig sein. Wir werden auch in den nächsten Wochen zusätzliche Informationstafeln aufstellen, wo ein Baby, das schlafen will, der Botschafter ist, damit es auch mehr Verständnis für Geschwindigkeitsbeschränkungen zum Thema Lärm gibt. Es ist ja natürlich so, dass teilweise Lärmschutzwände vorhanden sind und die Autofahrer dahinter kein Haus sehen. Klar, weil ja die Lärmschutzwand davor steht und trotzdem Grenzwerte überschritten werden.

Wie gesagt, es sind jetzt einmal zwei Abschnitte, wo wir jedenfalls wissen, dass wir durch bauliche Maßnahmen die Situation nicht lösen können, beschränkt worden. Aber wir werden auch im Rahmen der Verkehrstelematikentwicklung – generell zwischen Klagenfurt und Villach ist ja im Generalverkehrsplan das Projekt Verkehrstelematik vorgesehen – dass wir dann im Bereich der verkehrstelematischen Möglichkeiten auf verschiedene Lärm- und Verkehrssituationen, wie ja auch auf der Tauernautobahn, projektieren werden können.

Wir werden heuer einmal schauen, dass wir jedenfalls die zwei Beschränkungen sehr genau kontrollieren. Ich muss festhalten, dass wir letzte Woche zweimal kontrolliert haben, jeweils eine Stunde und das während des Tages und, dass erfreulicherweise die Akzeptanz der Geschwindigkeitsbeschränkung relativ gut ist. Dass wir aber feststellen müssen: Wir haben eine Überwachung in der Nacht gemacht von 22.00 Uhr bis 23.00 Uhr im Bereich von Velden West. Da gab es ein Fahrzeug mit 201 km/h, viele mit 180, viele mit 170, ein paar, Herr Köfer, mit 160 und einige, die sich sogar an 100 gehalten haben!

Das heißt, wir müssen diese Beschränkungen verschärft kontrollieren. Und an alle politisch Verantwortlichen und an die Medienvertreter: Das ist nicht „Abkassieren“, sondern wir müssen, wo es um Anrainerschutz geht, durch scharfe Kontrollen dafür Sorge tragen, dass diese Geschwindigkeiten eingehalten werden. Und wenn weitere notwendig sind, werde ich mich durchaus auch positiv dazu stellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Tauschitz, bitte sie zu stellen!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat Dörfler! Von welchen Firmen beziehen Sie Ihre Lärmschutzwände? *(Heiterkeit in der F-Fraktion.)*

Landesrat **Dörfler** (F):

Also ich beziehe überhaupt keine, wenn du einmal geschaut hast, wer die Auftraggeber sind. Mit 89,4 Prozent ist es die ASFINAG. Und die ASFINAG vergibt ihre Aufträge selbst! Es ist aber festzuhalten, dass Kärntner Firmen, jetzt Velox zum Beispiel, ein großes Projekt auf der Tauernautobahn erhalten hat, dass die Firma Katz & Klumpp eigentlich der größte Lieferant von Lärmschutzprojekten ist. Und, dass auch weitere Firmen jetzt versuchen, ich darf in Gnesau zum Beispiel Holzbau Leeb nennen, sich in dieses Projekt der Lärmschutzwand einzuklinken. Und, dass es in Zukunft auch um kreative architektonische Gestaltung gehen wird.

Wir stellen fest, dass zum Beispiel das Material Holz, das in erster Linie von der Firma Katz & Klumpp produziert wird, auf Autobahnen ungeeignet ist. Wenn man teilweise die Lärmschutzwände, die fünf sechs Jahre alt sind, an Kärntens Autobahnen beobachten muss, dann ist es so, dass diese Holzlattungen keine Haltbarkeit haben und, dass die Firma Katz & Klumpp sich da mit weiteren Entwicklungen auseinandersetzt. Dass vorwiegend die Firma Velox sehr innovativ vor allem auch in der Gestaltung ist.

Wichtig ist, dass es Kärntner Arbeitsplätze sind und wir legen größten Wert darauf, dass es Kärntner Produkte sind. Also man kann davon ausgehen, dass heuer, soweit ich informiert bin, 100 Prozent der Lärmschutzwände zu 100 Prozent in Kärnten produziert und geliefert werden. Das wird wohl hoffentlich deinen Präsident freuen, der sich ja so gegen Lärmschutzmaßnahmen ausspricht. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird vom Anfrager noch eine Zusatzfrage gewünscht? Wenn ja, dann bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Ja, auf Grund der Diskussion habe ich noch eine Zusatzfrage.

Herr Landesrat: Haben Sie für Ihre Umweltschutzmaßnahmen positive oder negative Reaktionen aus den betroffenen Gemeinden bzw. aus der Bevölkerung erhalten?

Landesrat **Dörfler** (F):

Also grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Prozess für die Entwicklung von Lärmschutzprojekten meistens oder fast zu 100 Prozent einerseits aus Neubauprojekten kommt, wo wir größten Wert auf entsprechende lärmschutzbauliche Maßnahmen bereits in der Projektentwicklung erarbeiten.

Und das Zweite ist, dass in allen anderen Bereichen Villach/Süd, Velden/West, Pörschach/Winklern und andere, sich im Regelfall ausschließlich Anrainer formieren, Unterschriftenlisten einbringen und sich organisieren. Und dass wir dann gemeinsam mit der Abteilung 7 – auch der Bürgermeister Mock zum Beispiel ist immer auch eingebunden, wenn es um die B 317 geht, oder der Max Koschitz – *(Abg. Lutschounig: Köfer geht schon wieder protestieren.)* dass wir dann gemeinsam mit den Bürgermeistern diese Anliegen der Bürger vertreten, entsprechende Lärmschutzgutachten entwickeln und dann bestrebt sind, schnell zu bauen. Auch wenn der Herr Wirtschaftspräsident das kritisiert. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die 9. Anfrage erledigt. Wir kommen noch zur Anfrage

Dipl.-Ing. Freunschlag**10. Ldtgs.Zl. 230/M/29:****Anfrage der Abg. Mag. Lesjak an Ersten Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Strutz**

Ich bitte die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Wir haben mehrfach und sehr oft heftig kritisiert, dass der Naturschutzbeirat Mittel zur Verfügung gestellt bekommen sollte, damit er seine Aufgaben erledigen kann, damit er seine Aufgaben insbesondere als Umweltschutz auch wahrnehmen kann.

Mit der Novelle 2005 zum Kärntner Naturschutzgesetz wurde in § 63 (3) die Regelung aufgenommen, dass dem Naturschutzbeirat zur Besorgung seiner Aufgaben die erforderlichen personellen, sachlichen und finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen sind.

Daher meine Anfrage an den Landesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz: Welche konkreten Mittel haben Sie im Sinne des § 63 (3) im Kärntner Naturschutzgesetz dem Naturschutzbeirat zur Verfügung gestellt?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es war meine erste Aktivität als Naturschutzreferent vor einem Jahr, einer langjährigen Forderung Rechnung zu tragen, den Naturschutzbeirat auch als Umweltschutz und damit als eine unabhängige und fachlich unumstrittene Kompetenz auch gesetzlich auszustatten, zu regeln.

Wie Sie bereits festgestellt haben, wurde mit dem Kärntner Naturschutzgesetz, das hier im Kärntner Landtag im August 2005 beschlossen wurde, rechtlich sichergestellt, dass der Kärntner Naturschutzbeirat sämtliche auch im Bundesgesetz dem Umweltschutz eingeräumten Rechte übertragen bekommen hat.

Gemäß § 63 (3) des Kärntner Naturschutzgesetzes sind die Kanzleigeschäfte des Beirates von der nach der Geschäftseinteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung mit den rechtlichen

Angelegenheiten des Naturschutzes beauftragten Abteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung zu führen.

Das haben Sie selbst beschlossen! Und im Beirat sind die zur Besorgung seiner Aufgaben erforderlichen personellen, sachlichen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt worden. Ich darf das für Sie näher erläutern.

1. Die Kanzleigeschäfte des Beirates werden von der Abteilung 8, dem Umweltschutzrecht und der Abteilung Naturschutz und Nationalparkrecht des Amtes der Kärntner Landesregierung erledigt. 2. Bereits vor Inkrafttreten dieser Novelle zum Kärntner Naturschutzgesetz habe ich am 10.5.2005 den geschäftsführenden Abteilungsleiter der Abteilung 8 ersucht, bezüglich der personellen Aufwertung unverzüglich einen entsprechenden Antrag an den Personalreferenten zu stellen. Und bis zu diesem Zeitpunkt waren in der Abteilung 8 zwei Personen, nämlich der Herr Mag. Schell und die Frau Patricia Pressl mit der Erledigung dieser Beiratsgeschäfte betraut. In weiterer Folge wurden seitens des Personalreferenten der Abteilung 8 zwei zusätzliche Personen, Frau Stefanie Aichholzer ab Mitte Juli 2005 und Frau Mag. Margit Schneider ab Oktober 2005 als personelle Verstärkung zur Verfügung gestellt. Frau Mag. Schneider wurde vom geschäftsführenden Abteilungsvorstand, Herrn Dr. Pilgram, mit Dienstanweisung vom 16.3.2006 von der Unterabteilung Naturschutz und Nationalparkrecht, welche auch die Kanzleigeschäfte des Naturschutzbeirates erledigen, abgezogen und der Unterabteilung UVB zugeteilt. In der Abteilung 8 des Amtes der Kärntner Landesregierung, Unterabteilung Naturschutz und Nationalparkrecht, welche gleichzeitig auch Geschäftsstelle des Naturschutzbeirates ist, sind nunmehr drei Personen tätig.

Die Erledigung der fachlichen Angelegenheiten des Naturschutzes, Frau Kollegin, erfolgt in der Abteilung 20 Landesplanung – fachliche Angelegenheiten des Naturschutzes des Amtes der Kärntner Landesregierung. Der Naturschutzfachliche Amtssachverständigendienst besteht aus sechs Personen, steht auch dem Naturschutzbeirat zur naturschutzfachlichen Begutachtung zur Verfügung. In Summe gesehen sind es neun Personen, die mit den Agenden des Naturschutzbeirates befasst werden können.

Die Mitglieder des Naturschutzbeirates beziehen

Dr. Strutz

darüber hinaus für ihre Tätigkeit ein Sitzungsgeld. Und ich darf auch darauf verweisen, dass für die im Bereich des Naturschutzes und für den Naturschutzbeirat tätigen Personen eine entsprechende Büroausstattung im Amt der Kärntner Landesregierung zur Verfügung gestellt wurde. Für die Befahrung bzw. auch für die Besichtigung durch die Beiratsmitglieder wird der Fuhrpark des Amtes der Kärntner Landesregierung in Anspruch genommen und für sie kostenlos zur Verfügung gestellt.

Ich möchte auch darauf verweisen, dass im Zuge des Neubaus des Verwaltungszentrums der bestehenden Geschäftsstelle des Naturschutzbeirates, eine eigene Servicestelle des Umweltschutzes für Kärnten angeschlossen und umgesetzt werden wird, sodass ich davon ausgehe, dass die von Ihnen geforderten Voraussetzungen optimal erfüllt worden sind, mit mehr finanziellem Aufwand, mit mehr Personal und auch mit den notwendigen Räumlichkeiten, die zur Verfügung gestellt werden. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall! Seitens der Sozialdemokraten? – Auch nicht! Seitens der ÖVP? – Auch nicht! Dann hat die Anfragerin, wenn gewünscht, noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Eine echte, unabhängige und weisungsfreie Umweltschutzwachtschaft hat ja den Zweck, dass sie die Behörde kontrolliert. Sie ist ja dafür eingerichtet. Eine Umweltschutzwachtschaft soll die Behörde in den Umweltfragen kontrollieren und beaufsichtigen. Und daher ist es wichtig, dass sie auch unabhängig und weisungsfrei ist.

Jetzt höre ich, dass der Naturschutzbeirat sich der Behörde bedienen muss, dass er den Abteilungen, sozusagen in den Abteilungen, nachfragen muss, damit er wirksam werden wird. Also, da kann es ja nicht sein, dass der Naturschutzbeirat im Sinne der Umweltschutzwachtschaft unabhängig und weisungsfrei sein kann, weil er sich ja der Mittel der Behörde bedienen muss.

Wie kann es also gehen, dass der Naturschutzbeirat jetzt tätig wird, im Sinne einer Umweltschutzwachtschaft, nämlich im Sinne auch der Kontrolle der Verwaltung?

Daher meine Zusatzfrage an den Herrn Dr. Strutz: Welche Mittel stellen Sie dem Naturschutzbeirat zur Verfügung, damit er unabhängig und weisungsfrei und wirklich sachlich arbeiten kann?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Frau Abgeordnete! Offenbar haben Sie meine Antwort nicht verstanden. Zum einen möchte ich die Mitglieder des Naturschutzbeirates in Schutz nehmen. Sie unterstellen ihnen, nicht unabhängig und nicht weisungsfrei zu sein. Das sind unabhängige Experten, die nicht von der Regierung oder von Fraktionen nominiert wurden, sondern von Naturschutzorganisationen. Ich gehe davon aus, dass sie daher unabhängig, weisungsfrei agieren. Es hat bisher noch kein einziges Verfahren gegeben, in dem ihnen diese Unabhängigkeit oder diese Weisungsfreiheit abgesprochen wurde. Es hat auch – sowohl von meinem Vorgänger, Landeshauptmann Jörg Haider wie auch von mir – kein einziges Verfahren gegeben, wo eine Weisung erteilt wurde bzw. in ein Verfahren eingegriffen wurde. Deshalb weise ich diese Unterstellung auf das Schärfste zurück! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Die Mittel, die dem Beirat zur Verfügung gestellt worden sind, habe ich Ihnen bereits erläutert. Wir haben das Personal aufgestockt zur Verfügung gestellt, wir haben die finanziellen Mittel aufgestockt zur Verfügung gestellt, und wir haben die Räume den Mitgliedern zur Verfügung gestellt, bis dahin, dass sie auch den Fuhrpark des Amtes der Kärntner Landesregierung für ihre Tätigkeit zur Verfügung haben. Bisher ist noch kein einziges Mitglied des Beirates an mich persönlich herangetreten und hätte sich über zu wenig Unterstützung beklagt. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Damit ist die Fragestunde zu Ende. Zwölf Anfragen konnten nicht aufgerufen werden. Ich frage die Damen und Herren Abgeordneten, wie sie diese Anfragen beantwortet haben wollen. Zur Anfrage 11 Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo: Anfrage an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, bitte!*) Mündlich, in der nächsten Sitzung. Anfrage 12 des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Holub: Mündlich, nächste Sitzung!*), Anfrage 13 der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz? (*Abg. Mag. Trodt-Limpl: Mündlich!*) Mündlich. Anfrage 14 der Abgeordneten Mag. Knicek an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz? (*Abg. Mag. Knicek: Mündlich, bitte!*) Anfrage 15 des Abgeordneten Trettenbrein an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz? (*Abg. Trettenbrein: Mündlich!*) Mündlich. Anfrage 16 des Abgeordneten Schwager an Landesrat Dörfler? (*Abg. Schwager: Bitte mündlich!*) Anfrage 17 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, bitte!*) Anfrage 18 der Abgeordneten Dr. Prettnner an Landesrat Dörfler? (*Abg. Dr. Prettnner: Mündlich!*) Anfrage 19 des Abgeordneten Vouk an Landesrat Mag. Dr. Martinz? (*Abg. Vouk: Mündlich, in der nächsten Sitzung!*) Anfrage 20 des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Holub: Mündlich, in der nächsten Sitzung!*) Anfrage 21 der Abgeordneten Mag. Lesjak an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaubnig-Kandut? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Anfrage 22 der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz? (*Abg. Mag. Trodt-Limpl: Mündlich!*)

Meine Damen und Herren! Bevor ich nun zur Tagesordnung komme, möchte ich zwei Geburtstagswünsche übermitteln. Es ist mir eine große Freude, unserem Herrn Zweiten Landtagspräsidenten, dem Präsidenten des Gemeindebundes zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren, den er vor wenigen Tagen gefeiert hat! Alles Gute! (*Beifall im Hause*) Wir wissen deine Arbeit zu schätzen! Du bist immer ein sehr konstruktives Mitglied dieses Landtages. Danke dir

auch für die gute Unterstützung und für deine langjährige Freundschaft! Ich wünsche dir im Namen aller hier auch Gesundheit und Zufriedenheit für die Zukunft! Ich habe dir auch etwas mitgebracht – wenn du heraus kommst! (*Der Vorsitzende überreicht dem 2. Präsidenten ein Geschenk mit einem orangen Mascherl.*) Das Band ist zufällig; ich habe es nicht eingekauft. (*Heiterkeit im Hause. – Abg. Lutschounig: Ist dir eh peinlich, gelt!*) Aber wir müssen das auch annehmen.

Ebenfalls möchte ich Herrn Abgeordneten Stark, der morgen seinen Geburtstag feiert, herzlich gratulieren! Alles Gute, bleibe gesund und dass du auch konstruktiv mitarbeitest! (*Beifall im Hause*)

So, meine Damen und Herren, ich komme nun zur Erstellung der Tagesordnung. Ich darf mitteilen, dass seit der Einladung zwei weitere Verhandlungsgegenstände eingelangt sind. Wir haben in der Obmännerkonferenz vereinbart, dass wir diese beiden Anträge heute auf die Tagesordnung bringen. Ich stelle den Antrag, die nun fünf Tagesordnungspunkte wie folgt abzuhandeln: Als Tagesordnungspunkt 1 einen Antrag betreffend den Entwurf eines Verfassungsgesetzes, Kärntner Landesverfassungsgesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird ./ mit Gesetzesentwurf, dann als Tagesordnungspunkt 2 den Antrag betreffend die Aufnahme von Bewerber/innen in den Landesdienst, Bericht gemäß § 11 Abs. 3 des Kärntner Objektivierungsgesetzes, als Tagesordnungspunkt 3 Ldtgs.Zl. 203-7/29, die Debatte zur Anfragenbeantwortung von Landesrat Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc, als Tagesordnungspunkt 4 Ldtgs.Zl. 184-5/29, die Debatte zur Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Schaubnig-Kandut zur schriftlichen Anfrage der Frau Abgeordneten Mag. Lesjak und letztlich Tagesordnungspunkt 5, Ldtgs.Zl. 144-5/29, Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaubnig-Kandut zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend Antidiskriminierung. Wer mit dieser Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Es wird auch so vorgegangen.

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 15-4/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Verfassungsgesetzes (K-LVG), mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Mag. Ragger. Gemäß § 17 Abs. 2 K-LTGO lasse ich über das unmittelbare Eingehen in die zweite Lesung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort!

Berichtersteller Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Dem vorliegenden Entwurf zur Änderung der Kärntner Landesverfassung liegt nachstehende Rechtslage zu Grunde. Die derzeitige Gesellschaftsstruktur der Kärntner Energieholding und Beteiligungs-GmbH ist zurzeit so ausgelegt, dass 63,85 % an der KELAG gehalten werden. An diesen 63,85 % besitzt das Land Kärnten 51 % und die RWE Energiekonzern 49 %.

Der derzeitige Stand des österreichischen Bundesverfassungsrechtes sieht unter anderem vor, dass die österreichische Elektrizitätswirtschaft im § 1 Abs. 1 Nachstehendes regelt: Vom Aktienkapital der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft, nämlich der Verbund-Gesellschaft, müssen mindestens 51 % von 100 im Eigentum des Bundes stehen. Im § 2 wird weiters festgelegt: „Von den Anteilsrechten an den in Anlage 3 angeführten Landesgesellschaften“, damit ist auch verbunden die KELAG „müssen mindestens 51 % von 100 im Eigentum von Gebietskörperschaften oder von Unternehmungen stehen, an denen Gebietskörperschaften

mit mindestens 51 % von 100 beteiligt sind.“

Die derzeitige beantragte Änderung der Kärntner Landesverfassung sieht insbesondere eine Aufnahme des Abs. 4 im Art. 41 der Kärntner Landesverfassung vor. Dies insbesondere deshalb, da bis dato nur eine spezielle Regelung festgelegt ist, im Art. 7 a Abs. 2 Z. 1 als umweltpolitische Maßnahme, mit folgendem Wortlaut aufgenommen ist: „Die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft sind zu schützen. Sie dürfen nur sparsam und pfleglich genutzt werden.“ Diese geltende Start-Ziel-Bestimmung wird durch eine neue, heute in Behandlung stehende und geplante Art. 41 Abs. 4 K-LVG bestehende Bestimmung ergänzt. Die bestehende Zielsetzung des Wasserschutzes wird durch diese Festlegung der Eigentumsverhältnisse des Landes Kärnten sinnvoll und notwendig konkretisiert.

Die vertraglichen Regelungen, die insbesondere mit der RWE abgeschlossen worden sind, haben unter anderem auch einen Optionsvertrag, der eine Call- als auch eine Put-Funktion zum Inhalt hat, zu Grunde gelegt. Diese Call- und Putoption sieht vor, dass bis zum Jahre 2009 der Konzern RWE die Möglichkeit besitzt, einen Vollkauf der KELAG durchzuführen.

Durch diese landesverfassungsgesetzliche Regelung soll eindeutig und hinkünftig, vor allem im Interesse unseres Landes sichergestellt werden, dass diese weitere Ausübung dieses Optionsrechtes nicht möglich erscheint.

Ich beantrage daher das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Wenn eine große Tageszeitung Österreichs hier in der Überschrift der heutigen Ausgabe meint: „Schicksalstage für unser Wasser“, dann muss man dieser Headline wohl oder übel zustimmen. Das heißt es ist einfach ein Gebot

Ing. Scheuch

der Stunde; ein Gebot der Stunde, letztendlich hier tätig zu werden, den Wiener Vorstandsdirektoren dem einen oder anderen Raubtierkapitalisten einen Riegel vorzuschieben und hier auch die Kärntner Vorreiterrolle weiterhin auszuüben. Denn an das möchte ich heute hier schon einmal erinnern: dass es keine Zeitung gewesen ist, die hier als Erste mahnend den Finger gehoben hat, dass es keine politische Partei gewesen ist, sondern dass es – wie halt so oft – der Kärntner Landeshauptmann letztendlich gewesen ist, der hier als Erster aufgezeigt hat, welches gefährliches Terrain hier betreten wird, bei einer etwaigen Fusion zwischen Verbund und ÖMV. Das ist so! (*Zwischenruf der Abg. Mag. Trannacher*) Ja? Letztendlich scheinen ja auch die Damen und Herren der SPÖ froh zu sein, dass wir so einen Landeshauptmann haben. Weil wie sonst könnten sie mehreren Anträgen, die hier gestellt wurden, dann auch zustimmen.

Fakt ist, um die Genesis auch richtig und (*Abg. Lutschounig: Glaubst du das, was du da sagst?*) auch vollständig zu erzählen, dass hier im Landtag dann weitere Beschlussfassungen zu diesem Thema stattgefunden haben, Herr Abgeordneter Lutschounig, falls Sie sich auch nicht daran erinnern sollten. Es ist natürlich hier ein Ausfluss einer konsequenten Haltung, die Kärntner Landesverfassung dahingehend abzuändern. Dafür hat es einen Sonderlandtag gebraucht, einen Sonderlandtag, der heute hier einberufen wurde.

Während eben die viel besagten Vorstandsdirektoren vielleicht schon in ihren Tintenburgen champagnisiert haben und auf die 100 Millionen Euro Gewinne pro Jahr angeprostet haben, hat es hier nach dem Kärntner Vorbild letztendlich auch über alle Parteigrenzen hinweg viele Menschen und verantwortungsvolle Politiker gegeben, die sich dem Vorbild Herrn Dr. Haiders angeschlossen haben. Ich stehe hier nicht an zu nennen: die Frau Burgstaller hat ja auch ihre Liebe für das Wasser entdeckt, den Herrn Abgeordneten bzw. Landesvater – ich hätte ihm jetzt beinahe Unrecht getan, weil er ist weit mehr als ein Abgeordneter – Pröll. Häupl hat sich auch zu Wort gemeldet. So beliebt wie der Kärntner Landeshauptmann in Kärnten wird er vielleicht nicht sein, aber er ist ein sehr beliebter Mann, und er macht das Gleiche wie unser Landeshauptmann. Endeffekt dieser Sache ist es, dass genau dieser beliebte Landeshauptmann auf Ersuchen des Kärntner Landeshauptmannes eine

Landeshauptmannkonferenz einberufen hat. Man wird morgen bei dieser Landeshauptmannkonferenz durchaus ermessen können, wohin die Reise geht.

Ich verstehe gar nicht die "Hühner-Abstimmung" von SPÖ und ÖVP. Sie sind ja für diesen Antrag, wie ich doch meine, bis jetzt. Also deswegen, glaube ich, würde ich eher sachlich argumentativ (*Lärm in der SPÖ-Fraktion. – Abg. Lutschounig: Herr Klubobmann, du tust schon viel hinmachen, mit deinen Reden!*) Wird auch nichts passieren, und wenn letztendlich der Abgeordnete Lutschounig meint, dass er sich seine Zustimmung noch einmal überlegen wird, dann braucht er sie nicht vor mir hier erklären, sondern vor den Wählerinnen und Wählern soll er das dann machen. Da habe ich auch kein großes Problem.

Letztendlich gibt es aber auch über die politischen Grenzen hinweg eine breite Abneigung gegen diese Fusion bei den Menschen in Kärnten und in Österreich letztendlich, weil einer aktuellen Umfrage zugrunde, 62,5 Prozent die Fusion Verbund/ÖMV sowieso ablehnen. Weil viele Menschen Angst haben, dass der Strompreis teurer wird und, weil – man höre und staune – 96,9 Prozent, Herr Lutschounig, Sie gehören dann sozusagen zu den verbleibenden wenigen, dafür sind, dass der Staat letztendlich 51 Prozent der Stromanteile hier hält, (*Beifall von der F-Fraktion.*) Anteile an den Gesellschaften hier hält. Warum sind die Menschen hier dafür? Ja natürlich, es geht um Wasserrechte, es geht um den Strompreis, es geht um Arbeitsplätze – wie wir heute im Ausschuss gehört haben – es geht aber auch um Betriebsstandorte, um Versorgungsautonomie im energetischen Bereich. Es geht auch um Randerscheinungen, wie die Tal-schaftsverträge. Was kann also das kleine Land Kärnten hier tun?

Wir können, und dazu haben wir einen gemeinsamen Initiativantrag im Ausschuss eingebracht, die Kärntner Landesverfassung ändern. Die Kärntner Landesverfassung dahingehend ändern, dass es eben ein klare Verpflichtung dieser 51 Prozent in Kärntner Hand, in öffentlicher Hand hier gibt. Und dazu gibt es letztendlich auch ein Gutachten eines sehr renommierten Verfassungsrechtlers und letztendlich auch Gesellschaftsrechtlers, dem Herrn Professor Dr. Hügel, der auch sämtliche rechtliche Bedenken

Ing. Scheuch

ausräumen konnte und letztendlich auch Haftungsfragen für uns positiv beantwortet wurden. Das ist, glaube ich, ein Maximum was Kärnten im „Abwehrkampf“ um das Kärntner Wasser hier zustande gebracht hat und was letztendlich auch eine Vorbildwirkung für andere Bundesländer sein könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden uns aber letztendlich auch anstrengen müssen, ein Lobbying auf Bundesebene weiterzutragen, ein Lobbying auch über die Parteigrenzen hinweg, dieser Idee, letztendlich die Bundesverfassung dahingehend abzuändern. Die 51-Prozent-Regelung auf 25 plus 1 herunterzustreichen, hätte eine fatale Auswirkung und würde letztendlich auch einen ökonomischen Landesverrat aus meiner Seite darstellen. Das heißt, ich möchte mich schließend – und das sage ich hier auch ganz offen – bei allen konstruktiven Abgeordneten der SPÖ, der ÖVP und unseren Freunden von Grün und FPÖ sind ja heute auf der Zuhörerbank im Ausschuss gesessen, aber ich habe leichtes Kopfnicken vernommen. Somit gehe ich davon aus, dass es auch hier letztendlich, diese wichtige Frage außer Parteistreit gestellt wird und es einen einstimmigen Beschluss heute hier im Landtag geben wird. Und dafür möchte ich mich ganz klar, auch im Namen meiner Fraktion, hier bedanken. Kärnten muss wasserreich bleiben und Kärnten muss die Wasserkraft, die ja auch Gegenstand einer Landesausstellung ist, weiter in eigener Verantwortung betreiben müssen. Das ist ein Gebot der Stunde für das wir uneingeschränkt hier stehen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg.KO Mag. Dr. Kaiser das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Regierungsbank! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen in den Abgeordnetenbänken! Meine Damen und Herren! Die SPÖ wollte, dass die Kärntner Energieholding BeteiligungsgmbH zumindestens 51 Prozent des Stammkapitals im Eigentum des Landes Kärnten hält. Und wir wollen, dass dies auch so bleibt. Daher haben wir, daher werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben. Und ich möchte mich gar nicht so sehr wie mein Vorredner auf einen Va-

terschaftsstreit einlassen, wer, wann, wo und in welcher Qualität was hier im Haus gemacht hat. Faktum ist, dass es der Anstrengung aller politischen Parteien bedarf, dass wir hier und heute zu einem vernünftigen, in der Zukunft dieses so wichtige Gut für uns sicherstellenden Beschluss kommen. Und das scheint derzeit auf dem besten Wege zu sein.

Ich verweise aber auch darauf, dass wir allzu oft in den letzten sechs Jahren auf landespolitischer Ebene – und so verstehe ich das Lob, das du ausgesprochen hast in Richtung der Regierungsbank und der Person Haider – dass wir einige Male antreten mussten als Landtage in Österreich, um den Pfusch den die Bundesregierung verbrochen hatte, auf Landesebene zu reparieren oder zu korrigieren. Und wenn der Name Haider heute schon so oft genannt worden ist, dann einbeziehe ich damit auch Erich Haider von Oberösterreich, der hier in dieser gesamten Causa bundesweit sehr wohl gemeint hat, dass auch ein Volksbegehren zur Sicherung der Wasserressourcen und darüber hinaus der wesentlichsten Rohstoffe und Energieträgern notwendig sein sollte. Und ich möchte mich auch nicht – das sage ich auch offen – in martialische Vergleiche, wie Abwehrkampf begeben. Was wir hier heute machen, meine Damen und Herren, ist eines. Wir machen eine grundgescheite Lösung innerhalb des Möglichen, das uns die Landesverfassung bietet. Und das ist das, wozu ich denke, uns allen gratulieren kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Erlauben Sie mir aber auch mit ein paar Punkten darauf einzugehen, weil wir heute sehr oft den Begriff „Wasserkraft“ und die Ressource Wasser nennen werden und es auch noch einige Male hören werden. Die Wasserpolitik des Landes ist untrennbar mit generellem Ressourcenschutz verbunden. Und, wenn ich das sage, dann ist das auch untrennbar verbunden mit einigen Namen der SPÖ-Politik in diesem Land, die vorausschauend in Bereichen, die wir heute schon als selbstverständlich nehmen, Leistungen gebracht haben, wie Ringkanalisation, die Maßnahmen getroffen haben, die heute eine der wichtigsten Kleinode dieses Landes, nämlich Naturressourcen wie Wasser schützen. Und hier sei es auch einmal erlaubt, Namen wie Wagner, wie Frühbauer, wie Schiller, Ihnen wiederum ins Gedächtnis zu rufen. Denn die waren, trotz manchen Unkenrufen, der damaligen Zeit zum Trotz,

Mag. Dr. Kaiser

die Vorreiter für eine Politik, auf der wir heute mit einer grundgescheiten Lösung aufbauen können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Ich möchte auch darauf verweisen, dass wir hier als Kärntner Landtag, und damit als Vertreter der Kärntner Bevölkerung, auch dem Willen der Bevölkerung – und jetzt zitiere ich österreichweite Befragungswerte – Rechnung tragen, wie beispielsweise zur Frage: Will man, dass die Wasserkraftwerke aus dem österreichischen Mehrheitsverhältnismum herauskommen? Zu 96,9 Prozent haben gesagt: Nein! Zu 66,7 Prozent sagten: Wir wollen ein Nein zur Übernahme von OMV und Verbund und 83,3 Prozent sagen: Sie befürchten weitere Strompreissteigerungen, wenn ausländische Beteiligungen zunehmen. Daher sind wir hier, aus meiner Sicht, politisch auf dem richtigen Weg und ich stehe auch nicht an, zu sagen, dass wir all unseren Einfluss dort geltend machen werden, wo derzeit andere Überlegungen – damit meine ich die Bundespolitik – zur Sprache kommen. Letztlich aber macht die entsprechende Verfassungsänderung oder den Zusatz zur Kärntner Landesverfassung, die Konstruktion unseres Elektrizitätsunternehmens, der KELAG, notwendig. Und ich glaube, dass Sie alle wissen, dass das Land Kärnten mit 51 Prozent an der Kärntner Energieholding BeteiligungsgmbH beteiligt ist, die wiederum knapp 64 Prozent an der KELAG hält. Mit diesen 64 Prozent und damit aufbauend mit den 51 Prozent, können wir den operativen, strategischen Bereich unseres Energieunternehmens in eigener Hand halten. Und das ist letztlich das Herauskommende, das Resultat dieser heutigen Verfassungsänderung, dass dies mit Zweidrittelmehrheit in der Kärntner Landesverfassung gefasst, aber auch nur immer dann mit Zweidrittelmehrheit, sollten jemals andere politische Überlegungen Platz greifen, daraus geändert werden kann.

Ich glaube daher, dass wir die Wichtigkeit des Landtages heute einmal mehr sehen. Und erlauben Sie mir, dass ich hier einen ganz kurzen Exkurs mir gestatten. Meine Damen und Herren! Sehr oft sind wir mit Debatten konfrontiert, in der Öffentlichkeit, über Medien, wo es heißt: Na, wie sinnvoll ist denn eigentlich in der heutigen globalisierten Zeit ein Landtag, eine regionale gesetzgebende Körperschaft? Und wir wissen, wie oft wir auch damit konfrontiert sind, dass eigentlich nur 21 Prozent aller Regionen

innerhalb der Europäischen Union eine regionale gesetzgebende Körperschaft haben. Heute – und ich möchte das fast historisch nennen – heute haben wir die Gelegenheit, entgegen anderer Absichten auf Bundesebene, entgegen ökonomischer, legitimer Interessen von internationalen Konzernen, hier als Kärntner Landtag eine Maßnahme zu setzen, die letztlich dafür Sorge trägt, dass eines unserer wichtigsten Güter, nämlich die Wasserkraft, die Energienutzung über einen landeseigenen Stromversorger, für uns gesichert wird. Und das ist der *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* wirkliche Verdienst des heutigen Tages und dieses Kärntner Landtages.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluss und stehe nicht an, den verantwortlichen Organen – zwei davon haben wir heute im entsprechenden Ausschuss, den der Kollege Ragger führt – im Kärntner Landtag gehört; den Geschäftsführer der Kärntner Energieholding und den Zentralbetriebsrat der KELAG zu danken, zu danken dafür, dass Sie – wie ich es mir auch als Politiker erwarte – in konstruktiver Form, gemeinsam mit der handelnden Politik dieses Landes, die Möglichkeit dieser Lösung aufgemacht haben, kongenial wie immer verbunden mit der Verfassungsabteilung. Und ich glaube, wir können auf das, was wir heute sonderlandtätig beschließen, doch stolz sein. Es ist ein Schritt zur Sicherung unserer Zukunft, weit über den Wirkungsbereich dieser Gesetzgebungsperiode hinaus. Ich danke Ihnen! *(Beifall von der F- und SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Mag. Grilc das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Vorfeld dieser heutigen Sitzung wurde in Wahrheit sehr viel Propaganda betrieben und auch manches aufgebaut, was in dieser Form bei genauerer Betrachtung sich ganz, ganz anders darstellt. Von der großen Sicherung des Kärntner Wassers war zunächst einmal die Rede und viele haben daran gedacht, es geht um Trinkwasser. Um das geht es zunächst einmal überhaupt nicht! Man ist dann darauf gekommen, es geht um die Sicherung der Wasserkraft. Das ist schon einmal etwas anderes. Und jetzt muss man auch das inso-

Mag. Grilc

ferne relativieren. Wenn Sie nämlich nachschauen, was gehört denn in Kärnten der KELAG im Hinblick auf die Wasserkraft, dann werden Sie einige Überraschungen erleben, denn auf der Homepage der KELAG stehen unter anderem die beiden großen Kraftwerkgruppen, Fragant und Korralpe. Und dann stehen drei kleinere Kraftwerke, nämlich Kamering, Forstsee und Freibach. Das ist es; - der Rest gehört dem Verbund. *(Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.)*

Das Zweite, was wir auch relativieren sollten und einmal nachdenken sollten. In Wahrheit hält das Land Kärnten tatsächlich rund ein Drittel an der KELAG, wir können mit den Zahlen jetzt jonglieren, denn von 63,85 Prozent halten wir 51 Prozent. *(Abg. Ing. Scheuch: Wir kontrollieren sie!)* Damit auch diese Ziffern noch einmal genannt werden. Wie auch immer, ich wollte damit darauf hinweisen, dass das Ganze, was im Vorfeld gespielt wurde, eigentlich aus meiner Sicht, aufgebauscht erscheint und teilweise auch bewusst Panikmache gemacht wurde in einer sehr, sehr sensiblen Frage, durchaus, dessen sind wir uns bewusst. Der heutige Tag ist ja auch kein Zufall, das wissen wir ebenso. Morgen treffen sich die Landeshauptleute und werden diese Frage weiterdiskutieren und das Entscheidende ist aber das Verhalten des Parlaments, der Nationalräte. Und, meine Damen und Herren, das sind unsere Kollegen aus allen Fraktionen, die morgen vielleicht einen Initiativantrag stellen oder vielleicht auch keinen. *(Abg. Ing. Scheuch: Unsere nicht! – BR Ing. Kampl: Wir werden sie zwingen!)* Also, insofern ist das zwar prophylaktisch und gewissermaßen in voreilender Entscheidung ... okay, wir werden sie zwingen. Dann gebe es aber durchaus auch den direkten Weg. Ich habe, zum Beispiel mit unserem Klubobmann Mag. Molterer, heute gesprochen und weiß darüber, was hier im Hintergrund beabsichtigt ist. Denn wir sind ja, bei Gott, nicht die Einzigen, die Bedenken haben. Also insofern ist ja ein Diskussionsprozess im Gange. Ich habe nur ein flaes Gefühl im Magen über die Art und Weise, wie es zu dieser heutigen Sitzung gekommen ist.

Und ich habe mich auch bewusst, und zwar entgegen meiner sonstigen Art, im Ausschuss nachhaltig am vergangenen Dienstag aufgeregt. Denn, das möchte ich schon auch hier dem Plenum noch einmal klar vor Augen führen! Das ist nicht die feine – unter Anführungszeichen –

„englische Art“, fünf Minuten vor einer Ausschusssitzung die ordnungsgemäß mit 30 Punkten einberufen wurde, zu sagen, machen wir schnell eine Änderung der Verfassung zum Schutz des Wassers! Klubobmann Dr. Kaiser nickt; das war so! Das war nicht nur für uns als ÖVP-Klub so, das war auch für die anderen Kollegen so. Und wir haben dann gesagt, da nehmen wir uns – wenn das schon wirklich so ein Thema ist – die Zeit und diskutieren das ordentlich aus. Das Angebot war eigentlich, morgen eine entsprechende Ausschusssitzung zu machen. Es soll aber nicht an diesen Daten scheitern. Wir sind heute ja trotzdem alle hier.

Aber ich sage nur: Dieses schnelle Drüberfahren führt ja meistens auch dazu, dass Dinge schlammig vorbereitet werden und im Nachhinein erst nicht nützen. Wir werden natürlich auf diese Beschlussfassung hier miteinsteigen und tragen diesen Beschluss mit. Allerdings ist da heute im Ausschuss klar zum Ausdruck gekommen, dass natürlich mit unserer Beschlussfassung noch nicht alle Dinge restlos geklärt sind, weil einfach auch rechtliche Dinge noch offen bleiben müssen. Eine dieser Fragen ist: Verzichtet der Bund zum Beispiel auf seine achtwöchige Einspruchsfrist? Was passiert in diesen acht Wochen? Wir beschließen es heute, mit heutigem Datum, Gültigkeit 22. Mai 2006.

Das ist unsere Entscheidung. Der Bund hat jetzt acht Wochen Zeit zu sagen, das ist in Ordnung. Er könnte auch darauf verzichten. Wir werden sehen, wie sich das entwickelt. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Scheuch.)*

Daher sage ich noch einmal: Unsere Einstellung dazu ist jene, dass man diese Dinge wirklich so auch in der Öffentlichkeit diskutieren sollte. Dass nicht plötzlich der Eindruck entsteht, jetzt kommen irgendwelche Räuber und nehmen uns irgendetwas weg. So ist es ja bitte nicht! Und nehmen Sie, um Gottes Willen, nicht den ohnedies einschlägig belasteten Ausdruck - historisch ganz anders geprägten Ausdruck - des Abwehrkampfes für etwas, was eigentlich damit bitte wirklich überhaupt nichts zu tun hat. Nur, damit ihr euch sozusagen wieder ein bisschen als die Retter Kärntens herausstreicht.

Denn, ich sage noch einmal, wir haben erstens einmal unsere Kontakte zu den eigenen Klubs im Parlament in Wien. Der Herr Landeshauptmann ist ja nicht ganz einflusslos, denke ich, auch im

Mag. Grilc

Hinblick auf die Regierungsmitglieder! (Abg. Ing. Scheuch: *Hast du deine im Griff? – Ich meine schon!*) Wir brauchen uns da gar nichts gegenseitig vormachen. Ich sage noch einmal: Wir alle haben unsere Kollegen draußen, daher bitte noch einmal in aller Sachlichkeit: Auch diese Dinge sollte man im Hinterkopf haben. Und eines stört mich auch an der ganzen Diskussion. (*Mehrere Zwischenrufe des Abg. Ing. Scheuch.*) Man schwingt sich zum Retter von Anteilen der Energieholding an der Kelag auf, bietet aber gleichzeitig, wenn man Geld benötigt, in anderen Bereichen Teile der Hypo wieder irgendjemandem an, damit er seine Kasse auffüllt. Also darüber werden wir ein anderes Mal reden.

Heute stimmen wir zu, aber mit all diesen Bemerkungen und Bedenken, die ich geäußert habe! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Bad St. Leonharder, die ja schon auf ihren Punkt warten. Ja, die letzten Tage – Warum sind wir eigentlich hier? Warum gibt es heute einen Sonderlandtag?

Ich habe am Sonntag, nicht nur zufällig, sondern auch absichtlich, die Sendung „Hohes Haus“ geschaut. Und da bin ich draufgekommen: Es gibt also am Dienstag eine Nationalratssitzung. Und in dieser Sitzung ist angedacht, einen Initiativantrag einzubringen, wobei eben diese kleine Elefantenhochzeit OMV und Verbund soweit abgesegnet und auch abgesichert werden soll, dass eben der Staat nicht mehr 51 Prozent an Energieträgern halten soll.

Jetzt schaut das im Moment nicht gleich so aus, als wenn das Auswirkungen auf Kärnten hätte. Hat es aber! Und zwar insofern, dass, wie man seinerzeit die Kelag verkaufte im Jahr 2001, man zwar gemerkt hat, jetzt ist die Hälfte der Kelag fort, die haben wir verkauft, wir haben vier Milliarden Schilling bekommen. Die sind ins Budget geflossen, mittlerweile auch schon wieder woanders hin. Aber, dass man gleichzeitig damals einen Optionsvertrag mit dem RWE-Konzern abgeschlossen hat, das wurde uns nicht

so laut mitgeteilt.

Das heißt, man hat damals eigentlich 99 Prozent der Kelag zum Kauf angeboten und hat gesagt: Naja, es gehen aber nur 49 Prozent, weil es ja ein Bundesgesetz gibt, gegen das wir nichts machen können. Und das verbietet uns den Gesamtverkauf. Aber, lieber Konzern, du kriegst von uns einen Optionsvertrag und natürlich, wenn dieses Gesetz fallen sollte, dann kriegst du die anderen 50 Prozent von uns. Und das steht in dem Vertrag drinnen. Und dieser Vertrag wurde abgesegnet – das sind einige Punkte – da hat es die Zustimmung des Aufsichtsrates und der Generalversammlung der Kärntner Energieholding gegeben. Damals war das ja ident mit dem Regierungskollegium – der Aufsichtsrat.

Das heißt, da hat aber der Landeshauptmann Haider mitgestimmt, da hat die Frau Schaunig mitgestimmt und auch der Landesrat Wurmitzer. Wir haben, das heißt, die Regierung damals – die Grünen waren ja Gott sei Dank noch nicht so weit, dass sie da mitstimmen mussten, hätten sie auch nicht gemacht, nehme ich einmal an – weil 100 Prozent des Wassers, was ich da sehe, hat man damals eigentlich schon verkauft! Und das kommt jetzt nicht aufs Tapet. Es kommt nicht auf das Tapet, dass wir heute da sitzen müssen und die Landesverfassung ändern müssen, weil wir morgen – „Worst-case-Szenario, morgen bestimmt der Nationalrat die 25-plus-1-Stimmregelung, hat nicht mehr 51 Prozent. Das Gesetz ist gefallen. In dem Vertrag steht drin, dass beide Vertragspartner sofort den Vertragspartner zu informieren haben, wenn das Gesetz nicht mehr in Kraft ist! Und dann hat man zumindest noch ein Jahr Zeit, dieses Angebot anzunehmen. Das heißt aber, „worst case“ wären wir morgen soweit gewesen, dass der Herr Landeshauptmann dem RWE-Konzern schreiben hätte müssen: das Gesetz ist nicht mehr da und euch gehört, wenn ihr wollt, wenn ihr es kaufen wollt, die ganze Kelag.

So schaut es aus! Und deswegen sind wir jetzt da, und deswegen tun wir jetzt mit vier Parteien da einen Riegel verschieben, damit das nicht passiert. Aber in Wirklichkeit ist aber die Frage? Warum hat man das damals gemacht? Warum hat man einen Optionsvertrag angeboten, wenn es im Ausschuss heißt: Naja, das war nicht so wichtig. Das hat man gemacht, damit es ein bisschen ein Kommitment ist. Ja, aber warum

Holub

macht man das? Es wird auch beteuert, es hat keinen Einfluss auf den Kaufpreis gehabt. Naja, soll sein! Aber man hat es getan, man hat damals einen unter Anführungszeichen „großen Fehler“ gemacht den wir jetzt korrigieren müssen.

Wenn ich mit den Protagonisten spreche und mir einer sagt, wir haben ja damals nicht im Entferntesten daran gedacht, dass das Gesetz fallen könnte, (*Abg. Ing. Scheuch: Der Bundesverfassung vertrauen.*) dann frage ich mich, naja, eben Bundesverfassung. Dann frage ich mich, was denkt sich der Gusenbauer, wenn er so Sachen macht? Wird da schon die große Koalition ausgehandelt? Warum tut er das? Bei jedem zweiten Abfangjäger fängt er an mit einer Volksbefragung. Aber wenn 51 Prozent der Energie verkauft werden, da gibt es keine Volksbefragung! Das denken sie jetzt in Oberösterreich an.

Nur, was passiert da wirklich, in was für einer Geschwindigkeit? Wenn es am Sonntag heißt, keiner findet diesen seltsamen Initiativantrag, keiner kennt ihn wirklich. (*Abg. Ing. Scheuch: Der ist schon am Donnerstag da gelegen!*) Es ist ja das BZÖ teilweise nicht einmal eingebunden gewesen. Es hat geheißt, es stimmen alle mit: ÖVP, BZÖ und auch SPÖ! Jetzt auf einmal heißt es, nein, nein, wir werden morgen wahrscheinlich nicht zustimmen. Wäre auch eine schöne Variante. Wäre eine schöne Variante – am Sonntag bitte anzuschauen, Sendung „Hohes Haus“ – eine Dreiparteieneinigung über diese Regelung, nicht mehr 51 Prozent. Gut! Also ich denke, wir könnten ja aus unseren Fehlern lernen. Nur, in Wirklichkeit machen wir jetzt da was zu, was wir vorher aufgemacht haben. Das heißt, wir sind jetzt nicht die Chefs der Wasserrettung und wir müssten eigentlich eine Kronzeitung von 2001 hochhalten, wo oben steht: „Murks“. Und den machen wir heute wieder gut, da sind wir gern dabei und wir danken! (*Einzelbeifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Markut das Wort.*)

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsglieder! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Wir diskutieren heute die Änderung unserer Landesverfassung und das ist keine

Kleinigkeit, denn so etwas passiert schließlich und endlich nicht bei jeder Landtagssitzung.

Im Hintergrund steht jedoch eine ganz andere Thematik, nämlich die Sorgen und die Ängste unserer Österreicherinnen und Österreicher gegen diesen Zusammenschluss unserer beiden größten Energieversorger in Österreich, nämlich der Verbundgesellschaft, die auf dem Sektor der elektrischen Energieversorgung hier führend ist und der OMV, die auf dem Sektor von Gas, Benzin und Öl einer der größten Energieversorger Europas ist. Und diese Sorgen und Ängste der Menschen bestehen zu recht.

Es wurden heute bereits einige Umfragen zitiert und aus denen geht hervor, dass mehr als 66 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher gegen diese Fusion dieser großen Energiekonzerne sind, weil berechtigte Ängste bestehen. Ich weiß nicht, Herr Landeshauptmann, ob Heuschrecken über unser Wasser herfallen werden und ob Heuschrecken überhaupt Wasser trinken, (*Landesrat Dörfler: Nein!*) das wissen wir nicht!

Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Bevölkerung hat andere Sorgen und andere Ängste. Es geht ihnen um den Ausverkauf der heimischen Wasserkraft, es geht darum, dass die Stromversorgung berechenbar und sicher bleibt. Es geht darum, dass die Bevölkerung letztendlich keinen Vorteil in dieser Lösung sieht, sie viel eher eine Geldbeschaffungsaktion des Finanzministers sieht, dass die OMV sich das Geld über den Kunden, ähnlich wie ja bei den Benzinpreiserhöhungen, wieder holen wird. Und es geht letztendlich auch um die Sorge der Menschen, dass die Strompreise das selbe Schicksal erleiden, wie die Benzinpreise in den letzten Wochen und Monaten. Und diese gigantische Marktkonzentration im österreichischen Energiebereich – Strom, Gas, Öl, Benzin und Diesel aus einer Hand, eigentlich eines großen Superenergiemonopolisten in Österreich – dies sind die wahren Ängste unserer Bevölkerung! Und davor, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir heute hier einen Punkt setzen und sagen: Wir in Kärnten denken anders und wir teilen diese Sorgen und Ängste eurer und unserer Landsleute! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Aber wir kennen unsere Energieversorger! Und wir wissen, welche Hintergründe und Hintergedanken sie haben. Hintergrund dieses großen Energiekonzerns ist, dass dieser neue Verbund

Markut

ein Player am Europäischen Markt sein wird. Im europäischen Wettbewerb ein neuer Energiekonzern, auf den wahrscheinlich so viele andere Konzerne in Deutschland, in Frankreich oder anderswo in Europa bereits warten, weil sie Überschüsse in den letzten Jahren aufgrund dieser Energiepreise geschaffen haben und eigentlich wir damit auch ein neues Übernahmeprojekt liefern.

Und es geht unserer OMV vor allem darum, dass wir als angrenzender Staat zu Norditalien – Norditalien mit einer Einwohnerzahl von 28 Millionen Einwohnern, mit einer hohen Kaufkraft, einer der höchsten in ganz Europa – und an Kärnten angrenzende Regionen wie Norditalien, wie Friaul-Julisch-Venetien, die Lombardei, Trentino-Südtirol, Emilia Romagna, auch letztlich das Piemont mit ihren großen Energiekonzernen und Energiestädten – sind weitgehend ohne Energie.

Italien ist eines der wenigen Länder Europas, die zu mehr als 80 Prozent von ausländischen Energieträgern abhängig sind. Hier kommt der Strom aus Frankreich, von Atomkonzernen. Hier kommt das Öl und das Gas aus Russland und das führt durch Österreich.

Die OMV ist zu 35 Prozent Besitzer dieser großen Pipelines – der Adria Wien Pipeline – die Ende der 60-iger, Anfang der 70-iger Jahre errichtet wurde, die von Kiew russisches Öl nach Triest transportiert. Drei Gasleitungen gehen durch Südkärnten, zwei durch meine Gemeinde. Ich bin selbst davon als Grundbesitzer betroffen – die TRAK I, die TRAK II und letztlich auch jetzt die gerade im Bau befindliche LOB II oder die TRAK III. Man sieht sie zur Zeit in Arnoldstein im Bau. 35 Prozent dieser Leitungen, die russisches Gas von Triest in den oberitalienischen Markt transportieren, sind im Besitz unserer OMV.

Und jetzt haben die Menschen berechtigte Sorgen und Ängste, dass mit diesem Monopolriesen im Energiebereich die Preise ins Uferlose steigen. Und, was hat das alles mit unserer heimischen Wasserkraft zu tun? Hier wurde heute versucht, Antworten zu finden. Wir haben in zwei Ausschusssitzungen darüber diskutiert und wir müssen eines sagen: Wenn dieser neue Energiekonzern entsteht, dann haben die Menschen auch Sorge um die regionalen Energieversorger, oder die Landesenergieversorger, wie es

die Kelag heute einer ist.

Und so glaube ich, stellen wir uns heute zu Recht mit der Änderung unserer Landesverfassung hinter diesen regionalen Energieversorger, hinter unseren Landesenergieversorger der Kelag, egal ob wir 31,5 Prozent daran halten oder 99,5 Prozent. Es sind tausende Mitarbeiter beschäftigt. Wir stellen uns letztendlich hinter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und im ureigensten Sinn hinter die Kunden unseres Landesenergieversorgers, hinter die Kärntnerinnen und Kärntner! Und deshalb ist es richtig, diese heutige geplante Änderung in der Landesverfassung zu beschließen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LH Dr. Haider das Wort.)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das was heute der Kärntner Landtag macht, ist eine Antwort auf einen Überfall, der durch den Bundesgesetzgeber geplant war, zu geben.

Denn nicht auf dem normalen Weg wird in Wien eine Verfassungsänderung von weitreichender Bedeutung vorbereitet, sondern mit einem Initiativantrag, den noch niemand kennt, der aber angeblich schon abgesprochen ist zwischen den Fraktionen. Und der, seit bekannt geworden ist, dass die OMV mit dem Verbund fusioniert werden soll, irgendwo durch den Raum geistert, weil beide können sich nur fusionieren, wenn diese 51 Prozent an den heimischen Kraftwerksgesellschaften abgegeben werden und damit die Verfassungsänderung durchgesetzt werden kann.

Das ist also der Anlassfall! Und als das bekannt geworden ist, habe ich den niederösterreichischen Landeshauptmann als Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz gebeten, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, um unsere Landesinteressen zu koordinieren.

Denn mit der Aufgabe des zweiten Verstaatlichungsgesetzes, mit dem Wegfall der Mehrheitsverpflichtung an den heimischen Kraftwerken, fällt auch die Mehrheitsverpflichtung für die Landeselektrizitätsgesellschaft. Das ist der Punkt! Deshalb habe ich gebeten, dass die Lan-

Dr. Haider

deshauptleute zusammentreten und es einmal geklärt wird, ob wir das als Bundesländer überhaupt wollen. Und wenn wir das als Bundesländer nicht wollen, dann haben wir ja, glaube ich, auch die Verpflichtung – und ich hoffe, das werden alle Landtagsfraktionen tun – unseren Nationalratsabgeordneten und Bundesräten für morgen klarzumachen und mitzugeben, dass sie im Parlament bei keinem Initiativantrag zustimmen dürfen, der diese Mehrheit beseitigt, sondern dagegen stimmen müssen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Ich glaube, das ist einfach eine ganz wichtige Initiative. Deshalb habe ich den Präsidenten gebeten, eine Sondersitzung zu überlegen, damit wir zeitlich richtig, rechtzeitig noch, bevor bundesgesetzliche Änderungen passieren, unsere Verfassung so adaptieren, dass wir unsere eigenen Kraftwerke, unser eigenes Wasser, unsere eigene Wasserkraft durch eine klare verfassungsrechtliche Regelung absichern. Das ist eigentlich der Sinn der heutigen Initiative. Der wird dann gelingen, wenn wir heute noch den Gesetzestext nicht nur beschließen, sondern ihn auch der Herr Präsident unterschreibt, das an den Minister in Wien schickt, der eine Einspruchsfrist hat. Ich darf die ÖVP-Abgeordneten ersuchen, nicht sozusagen heute ihre Arbeit zu beenden, sondern ihren Bundeskanzler anzurufen und zu sagen: „Lieber Freund, du hast die Gelegenheit, bereits am Donnerstag, bei der nächsten Regierungssitzung von der Einspruchsfrist abzusehen und dem Kärntner Antrag grünes Licht zu geben. Dann wird er rechtzeitig in Gesetzeskraft erwachsen, und wir haben dauerhaft unsere Wasserreserven in Kärnten gesichert und damit unsere Leistung hier im Landtag erbracht.“ *(Beifall von der F-Fraktion)*

Ich werde selbstverständlich auch den Herrn Bundeskanzler persönlich konsultieren, aber ich nehme an, dass von Parteifreund zu Parteifreund auch die Unterstützung nicht gar so schlecht wäre, wenn die gemacht wird. Denn im Grunde genommen waren die Bundesländer von dieser Initiative massiv überrascht. Der Herr Bundeskanzler hat kommuniziert, dass er selbst aus der Zeitung erfahren hat – wie immer? Also bleibt der schale Beigeschmack zurück, dass offenbar der rote Ruttenstorfer und der schwarze Haider im Verbund *(Abg. Lutschounig: Immer dieser*

Haider!) sich das ausgemacht haben und die Parteien geglaubt haben, das ist eh schon ein großer Deal, der da gelaufen ist. Ich glaube, dass man das, was auch mein Vorredner gesagt hat, einfach sehr ernst nehmen muss: Die Menschen haben wirklich die Sorge, dass nach den schlechten Erfahrungen, die sie mit der OMV gemacht haben, die ja einer der größten Preistreiber beim Benzin-, beim Diesel- und beim Gaspreis ist, was sich auch auf den Wirtschaftsstandort auswirkt, was sich auch auf die Sicherung der Arbeitsplätze auswirkt, dass wir kein Interesse daran haben können, unser Wasser sozusagen auch handelbar zu machen und letztlich Gesellschaften zu ermöglichen, an denen sich dann auch eine ausländische Mehrheit bilden kann, die dann über diese Reserven verfügt, die uns als schützenswert erscheinen lassen. Wenn also gesagt wird: Ja, auf der einen Seite schützen wir das Wasser – auf der anderen Seite hätte es ja schon 2001, als es die Verhandlungen mit der RWE gegeben hat, einen Optionsvertrag gegeben, der ja auch ermöglicht, durch die RWE, bis zum Jahr 2009, wenn sich die Gesetzeslage, so wie jetzt bevorsteht, ändern, dass sich dann ein ausländischer Konzern eine Mehrheit erwerben kann.

Ich glaube, dass hier dem Grünen Sprecher eine kleine Nachhilfe in der Faktenlage gegeben werden muss; eine Nachhilfe insoweit, als ich ihn erinnern darf - er war damals noch nicht da, aber er hat sich vielleicht schon politisch interessiert -, dass wir eine öffentliche Ausschreibung gemacht haben. Bei dieser öffentlichen Ausschreibung ist der Verbundkonzern als Bestbieter hervorgegangen. Der Zweitbeste war die RWE. Der Verbundkonzern wollte aber damals bereits zu sehr guten Preisen 51 % an der KELAG haben. Weil wir auch damals gesagt haben: „Wir wollen auf Nummer sicher gehen und so lange als möglich die Mehrheit selbst behalten!“, haben wir dieses bessere Angebot, das uns mehr als eine Milliarde mehr in die Kassen gebracht hätte, abgelehnt und haben mit der RWE das Geschäft gemacht. Wir haben der RWE zugestanden, dass wir gesagt haben: „Wenn sich das 2. Verstaatlichungsgesetz ändert, die Verfassung geändert wird, dann können wir uns eh nicht mehr wehren, dann habt ihr die entsprechende Option so wie der Verbund. Das ist der Hintergrund. Das heißt, es ist hier nichts

Dr. Haider

geheim gemacht worden. Es ist nichts ohne öffentliche Information gemacht worden. Lesen Sie in der „Kleinen Zeitung“ nach. Die Frau Elisabeth Tschernitz hat einen ausführlichen Artikel über Koalitionen in diesem Vertrag geschrieben. Ich nehme an, da kann man einmal davon ausgehen, dass das öffentlich abgehandelt worden ist. Wer sich dafür nicht interessiert oder der das nicht gelesen hat, ist selber daran schuld. Ich gehe aber einmal davon aus, dass die Regierungsmitglieder das gelesen haben. Wir haben sogar eine Regierungssitzungsunterbrechung von mehreren Stunden gehabt, weil damals Dr. Haider vom Verbundkonzern von Parteifreund zu Parteifreund beim Wurmitzer interveniert und gesagt hat: „Gebt uns doch den Zuschlag!“ Damals hat die ÖVP die Sitzungsunterbrechung von mehreren Stunden beantragt. Damals ist auch der Landtagsklub zu euren Beratungen zugezogen worden und man schlussendlich aber dann doch den Weg, zu dem BZÖ und SPÖ ja gesagt haben, gefolgt ist. Daher hat es einen einstimmigen Beschluss gegeben. Das hat man sehr genau überlegt und sehr genau erörtert, worum es hier gegangen ist. Ich denke, dass wir daher auch heute im Landtag das noch einmal sagen sollten. Es ist also hier keine Geheimaktion gewesen, sondern das steht in den offiziellen Verträgen, die die KELAG mit der RWE geschlossen hat. Das steht auch in unseren Dokumenten, die wir in der Regierung zur Beschlussfassung erhoben haben, drinnen.

Ich glaube auch heute nach wie vor, dass das ein kluger Weg war und dass wir selbst die Möglichkeit jetzt wahrnehmen, uns verfassungsrechtlich mit der Landesverfassung auch weiterhin die Mehrheit zu sichern. Das ist ebenso klug und richtig, den Menschen die Sicherheit zu geben. Wenn es um das Wasser geht, dann stehen wir gemeinsam zusammen. Dann ist das keine parteipolitische Frage, sondern alle helfen mit, diese Ressource zusammen zu sichern. Es kommt noch etwas dazu: Zum Unterschied von anderen öffentlichen Unternehmen handelt es sich bei der Energie und bei den Elektrizitätsunternehmen um klassische Unternehmen der Daseinsvorsorge. Das heißt diese Daseinsvorsorge ist auch in Österreich immer als öffentliche Aufgabe verstanden worden. Deshalb hat man auch gesagt: „Es kann nur die Mehrheit der öffentlichen Hand an diesen Unternehmen gehalten werden, um sie

nicht zum Spielball von Geschäftsinteressen zu machen, weil die Versorgung mit Energie, mit Wasser für die Menschen etwas ganz, ganz Wesentliches ist.“ Es sage mir keiner: Das hat nichts mit der Wasserversorgung zu tun. Vor ein paar Jahren haben wir die Diskussion gehabt, dass die KELAG unser Partner bei der zentralen Mittelkärntner Wasserversorgung sein sollte. Damals hat es also große Pläne gegeben, dass die KELAG diese Aufgabe auch zusätzlich machen soll. Was hätten wir denn dann gesagt? Dann wäre überhaupt Feuer am Dach, wenn auch die Wasserleitungen dann zur Disposition stehen.

Ich denke, dass wir hier einen richtigen und klugen Weg gegangen sind und den heute befestigen. Ich bin auch sicher, dass wir morgen in der Landeshauptleutekonferenz die Zustimmung von allen bekommen werden, quer auch durch die Parteienlandschaft. Es hat Tirol signalisiert, mit dabei zu sein, es hat Salzburg signalisiert, mit dabei zu sein; die Steiermark, Niederösterreich, Wien und Kärnten. Oberösterreich hat sich noch bedeckt gehalten. Ich weiß zwar nicht, was momentan ist, weil wenn ich heute die Presseaussendung hernehme: Der Herr Dr. Gusenbauer sagt, die Bedingung der Zustimmung der SPÖ zur Verfassungsänderung ist, dass das staatliche Kerneigentum von 25 plus 1 Prozent gegeben ist. Ich muss ehrlich sagen, enttäuscht bin ich, dass das nicht anders gesehen wird. Er meint, der oberösterreichische Parteivorsitzende Erich Haider, der am Dienstag vor dem Verlust der staatlichen Mehrheit an den Wasserkraftwerken gewarnt hat, sei mittlerweile auf Linie gebracht, denn die Sorgen seien völlig unbegründet. Das habe ich aus der APA ausgedrückt. Ich darf die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen bitten: Nützt die Gelegenheit und versucht noch, auch in eurer Bundespartei ein Umdenken einzuleiten!

Denn zumindest sollte eines bei der Verfassungsänderung – wenn sie schon kommen muss – gemacht werden: Dass die Autonomie der Länder zu entscheiden, welche Mehrheiten sie an ihren Kraftwerksgesellschaften haben wollen, erhalten bleibt und dass man eine Sonderregelung für die in der Austrian Hydro Power zusammengefassten Kraftwerke der Wasserkraft finden soll. Denn die dürfen wir nicht sozusagen in ausländische Hand hineinspielen! Das bedeu-

Dr. Haider

tet Kostendruck. Warum sage ich das? – Weil ja bei einer Pressekonferenz vor einigen Tagen der OMV-Generaldirektor und der Verbund-Generaldirektor gefragt worden sind: „Bedeutet das Preissteigerungen, wenn jetzt der Verbund hier integriert wird?“ Daraufhin haben beide übereinstimmend erklärt: „Wir sind in erster Linie unseren Aktionären verpflichtet. Natürlich werden wir uns bemühen, die Preise angemessen zu halten.“ Wörtliches Zitat. Das heißt Shareholder value. Zuerst müssen wir einmal schauen, dass wir durch hohe Preise möglichst viel Gewinne und Erträge erbringen, damit wir einen hohen Marktwert haben, damit unsere Aktionäre zufrieden sind – aber nicht, damit die Konsumenten, die Wirtschaft und die Kleinen, die versorgt werden müssen, zu günstigen Konditionen das Wasser, die Elektrizität, die Energie beziehen können. Deshalb haben wir auch nach 1945 diese Grundsatzentscheidung getroffen: Wasserkraft, Energieversorgung ist Daseinsvorsorge, ist öffentliche Aufgabe und darf nicht privaten Interessen geopfert werden! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Ich darf daher ersuchen, dass wir uns bemühen, dass diese Lösungen, die wir heute haben, wirklich möglichst rasch über die Bühne geht, dass man auch bei der Bundesregierung den Verzicht auf die Einspruchsfrist von acht Wochen durchsetzt. Dann haben wir für uns alles, so wie wir es haben wollen, entsprechend gesichert und werden damit einen, glaube ich, ganz entscheidenden Schritt setzen und vielleicht auch in Österreich morgen bei den Abgeordneten ein bisschen ein Umdenken im Parlament zu bewirken. Zumindest von der Kärntner Seite sollte Ablehnung signalisiert werden. Ich nehme an, dass auch die Landeshauptleute und Regierungsmitglieder der anderen Bundesländer ihren Abgeordneten sagen werden: „Das geht ja nicht, dass ihr in Wien anders abstimmt, als die Landesinteressen auch dokumentiert werden.“ Das wäre auch die Sternstunde, sage ich einmal, für den Bundesrat, einen solchen Deal entsprechend zu beeinspruchen und nicht mitzuvollziehen, damit also klar ist, dass da nicht zwei Generaldirektoren sich etwas ausmachen können, dass sie sozusagen im letzten Lebensabschnitt ihre Gehälter noch verbessern und Herren eines Großkonzerns sind, der aber langfristig im Grunde genommen den Konsumenten, den Bürgern dieses Landes und der

Wirtschaft und damit den Arbeitsplätzen auf den Kopf fallen würde.

Wir haben 2001, als wir die Partnerschaft mit der RWE gesucht haben, auch all diese Fragen geprüft. Ich glaube, dass es auch gut war, dass heute im Ausschuss der Betriebsratschef der KELAG zur Verfügung gestanden ist, der das bestätigen kann, dass auch die Schritte, die wir damals gemacht haben, der Vertrag, den wir geschlossen haben, im Einvernehmen mit der Belegschaftsvertretung vorbereitet, abgestimmt und gemacht worden sind - er lauscht ja jetzt aufmerksam dieser Debatte -, sodass das im Grunde genommen nur eine Fortsetzung unserer Beschlussfassung ist, die wir im Jahre 2001 bei den RWE-Verträgen gemacht haben.

Weil auch hier der Grünersprecher gesagt hat: „Es ist unverständlich, dass man sozusagen bei der KELAG eine Zweidrittelmehrheit-Absicherung macht, während man bei der Hypo wieder verkaufen will.“ oder hat das der Kollege von der ÖVP gesagt. Das ist nicht ganz unlogisch. Denn bei der Hypo geht es darum, dass wir den Wachstumsprozess, zu dem wir uns bekannt haben, im Rahmen eines Syndikatsvertrages mit der GRAVE, mit unserem zweiten Partner, vor Jahren, diesen Wachstumsprozess auch weiterhin aufrechterhalten. Denn kein weiteres Wachstum unserer Bank bedeutet im Grunde genommen auch Stillstand. Und Stillstand bedeutet auch Verlust von Arbeitsplätzen. Das muss uns bewusst sein! Wir wollen diesen Weg fortsetzen, das heißt wir brauchen, um in Osteuropa und Südosteuropa etwa das Leasinggeschäft auszubauen, 200 bis 250 Millionen frisches Kapital. Daher werden wir auch Aktionäre herein nehmen, weil wir ja auf Grund eines Syndikatsvertrages mit der Grazer Wechselseitigen ohnedies verpflichtet sind, bis zum Jahre 2014 unter allen Umständen die gemeinsame Mehrheit im Unternehmen zu erhalten. Also auch das ist ein richtiger vernünftiger Schritt, um die Wachstumsentwicklung dieses Unternehmens auch zu gewährleisten, ein weiteres Anwachsen der Arbeitsplätze sicherzustellen und letztlich auch zu signalisieren, dass unsere landeseigene Bank offenbar in Österreich in Diskussion geraten ist, aber es international eine hohe Wertschätzung gibt, weil es entsprechende Investoren gibt, die ein großes Interesse daran haben. Das letzte Wort mit der

Dr. Haider

Finanzmarktaufsicht ist noch nicht gesprochen. Denn es ist nicht ganz verständlich, dass man die Kärntner Bank prügelt, während im Nachbarland Steiermark, wo also auch eine Hypo ein Spekulationsproblem hat und 90 Millionen Wertberichtigung machen muss, dort, weil 75 % Raiffeisenanteil ist, an dieser Hypobank, nicht einmal ein Verfahren der FMA eingeführt wird. Die Anzeigen sind in die Schreibtischlade gekommen. (*Abg. Lutschounig: Aber die Bilanz war korrekt. Immer!*) Nein, die Bilanzen waren dort genauso. Genauso hat man versucht, den Verlust über mehrere Jahre unterzubringen. Genauso hätte man das der Hypo gewähren können, weil die Hypo sie im Jahr 2004 unterbringen muss, aber dass wir halt im nächsten Jahr einen umso höheren Gewinn hat, aber gleichzeitig schafft man ein Jahr lang ein schlechtes Bewusstsein.

Ich sage euch nur etwas: Vom Gesetz her gibt es das überhaupt nicht, dass ein Bestätigungsvermerk zurück genommen wird. Das, was hier passiert ist, von den Wirtschaftsprüfern, von der Finanzmarktaufsicht, ist ein Gesetzesbruch der österreichischen Gesetze, weil es keine Rücknahme erteilter Bestätigungsvermerke gibt. Wenn jemand zu bestrafen ist, dann ist es nicht das Management in dem Fall, sondern jene, die das Gesetz gebrochen haben, indem sie eine gültige Bilanz, die auch im Firmenbuch drinnen ist, nachträglich geändert haben (*Beifall von der F-Fraktion*) und damit ein Unternehmen ins Gerede gebracht haben, das aus seiner Ertragskraft auch einen möglichen Verlust ausgeglichen hat. Ich habe nicht gesehen, dass irgendwo geschrieben worden ist, dass die erste österreichische Kasse über ihre S-Bank 380 Millionen Euro bei SWAP-Verlusten gemacht hat, ein Minus gemacht hat und dass das ein Problem bei der Finanzmarktaufsicht gewesen ist.

Ich habe schon ein bisschen das Gefühl, dass da sehr politisch gemessen wird, in dieser Finanzmarktaufsicht, daher sollten wir auch den Mut haben, als erfolgreiche Eigentümer einer erfolgreichen Bank sich erfolgreich gegen diese Willkür zur Wehr zu setzen! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Es wurden die zwei Flaggschiffe des Landes Kärnten, wo das Land Kärnten noch einen Einfluss hat, jetzt gemeinsam diskutiert. Das ist eben die KELAG, mit den Anteilen des Landes, und die HYPO. Ich werde später noch darauf eingehen, weil bei beiden Flaggschiffen des Landes Kärnten natürlich auch Verschulden des Landes Kärnten an den Umständen zu bemerken sind. Aber eingangs einmal zu diesem Verfassungsgesetz. Selbstverständlich ist die Freiheitliche Partei durch mich vertreten bei diesen 97 Prozent Bewohnern Österreichs, die natürlich haben wollen, dass eine Mehrheit der Wasserkraft selbstverständlich in der öffentlichen Hand bleibt.

Ich habe mir eingangs gedacht, als sich der Abgeordnete und Klubobmann der ÖVP hier zu Wort gemeldet hat, dass er mit der Bundes-ÖVP Gespräche geführt hat, dass du uns das da ein bisschen erläutern würdest, und dass es uns vielleicht etwas leichter ums Herz wird, was morgen beschlossen werden soll. Außerdem höre ich Gerüchte, dass die SPÖ-Fraktion im Nationalrat dieser Bundesverfassungs-Gesetzesänderung eher keine Zustimmung geben wird. Also wir sind umgeben von Gerüchten bei solch einer wichtigen – nicht nur für uns Kärntner, sondern für Österreich – wichtigen Angelegenheit. Und der Bundeskanzler weiß angeblich von der ganzen Angelegenheit nichts. Das kann es ja nicht sein! Das macht die Sache sehr dubios und ich glaube, dass wir – und gerade der Herr Landeshauptmann – sagt immer, wie wichtig es ist, in der Bundesregierung vertreten zu sein, um für unser Land etwas zu bewegen. Und jetzt scheinen die BZÖ-Minister draußen ausgebremst zu sein. Den Aufruf von ihm habe ich wahrgenommen. Also, ich habe meine zwei Abgeordneten der FPÖ auf Bundesebene logischerweise dazu gebracht, und sie hätte es auch ohne meinem Anruf getan. Pösch und Rosenkranz werden dieser Verfassungsänderung auf Bundesebene selbstverständlich keine Zustimmung geben.

So, jetzt wirft sich die Frage auf: Warum sind wir in Kärnten jetzt in dieser misslichen Lage? Ich selber war ja damals schon im Landtag 2001 und viele der anderen Fraktionen auch; bei der ÖVP immerhin der Herr Abgeordnete Lutschou-

Schwager

nig und auch der Herr Klubobmann Grilc. Und jetzt ist die Frage: Naja, das war sicher noch das Bessere als einen Deal mit dem Verbund zu machen, gelt! Das ist ganz klar, weil beim Verbund wissen wir, was er macht. Wir haben das anhand der Draukraft gesehen, die ja nicht mehr vorhanden ist und die vom Verbund geschluckt wurde. Und so ähnlich wäre uns wahrscheinlich jetzt auch schon mit der KELAG gegangen, wenn wir irgendetwas Gemeinsames mit dem Verbund gemacht hätten. Deshalb war wirklich die bessere Lösung – ich war auch damals überzeugt davon – die Lösung mit der RWE. Es ist nur überhaupt die Frage aufzuwerfen: Ja, mussten wir überhaupt Anteile verkaufen? Warum hat das Land Anteile verkauft?

Wenn ich dann heute diese Option – heute sind mir ja schon die Haare gestanden – wenn ich diesen Optionsvertrag nochmals gelesen habe, der uns damals eher rosig erklärt wurde vom damaligen Finanzreferenten und Wirtschaftsreferenten Karl Pfeifenberger. Gestern hat er eh eine Seite in der Kleinen Zeitung gekriegt. Und er hat uns damals gesagt – das höre ich noch wie heute – dass er eben bis zum Jahre 2005 einen Finanzierungsplan gemacht hat und, wenn wir diese Anteile verkaufen, das Land bis zum Jahre 2005 schuldenfrei ist. Und jetzt komme ich wieder hin zur HYPO. Wir alle wissen, dass das nicht der Fall ist, dass die Anteile verkauft wurden. Unter Umständen, wenn wir Pech haben, noch eine Option schlagend werden kann und wir dann bei der KELAG null Einfluss haben und vielleicht noch ein bisschen ein Geld haben, was dann auch irgendwie seinen Weg geht. Aber ich bin mir sicher und ich glaube das auch nicht mehr, dass dann die Schuldentilgung rascher vor sich geht.

Und dasselbe ist mit den Anteilen der HYPO, gelt! Es kann schon sein, dass sich die Bank, dass die Bank ein Geld braucht, um wieder zu verbesserten Bedingungen, wie der Herr Landeshauptmann ausgeführt hat, in Osteuropa, Süd-Ost-Europa wirken zu können. Aber der Einfluss des Landes verringert sich. Und zum Schluss haben wir vielleicht eine gute Bank noch da in Kärnten, aber wir haben da beileibe nichts mehr zu reden. Dasselbe bei unseren Energieträgern und dasselbe beim Wasser. Und da nützt uns die ganze Propaganda nichts und die eine

Landesausstellung nach der anderen nichts, wenn wir hergehen und die Sachen nach der Reihe verscherbeln. Und das dürfen wir nicht tun! Und dagegen werden wir auftreten. Kein einziges Zehntelprozent an Anteilen darf mehr verkauft werden und auch von der HYPO ist die FPÖ sicher auf alle Zeiten dagegen, dass wir Anteile verkaufen. Und dieser Verfassungsänderung, die da vielleicht was verhindern kann, wird jetzt selbstverständlich die Zustimmung gegeben. *(Beifall von Abg. Holub.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

(Abg. Mag. Grilc: Jetzt kommt die Wahrheit! – Abg. Ing. Hueter: Nichts als die Wahrheit!) Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, diese heutige Debatte ist ja doch, für mich jedenfalls, gekennzeichnet für die Politik, symptomatisch für die Politik, die in Kärnten betrieben wird. An Heuchelei eigentlich nicht zu überbieten! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Meinst die ÖVP!)* Und es ist so, wenn hier der Herr Landeshauptmann dann aufsteht und als „großer Retter“ auch in dem Fall der KELAG und unseres Wassers, unserer Wasserkraft, auftritt. Dann kommt mir das so vor als wie jener, der das Haus angezündet hat und als Erster auch hier als Retter in Erscheinung tritt. Und das deshalb, weil ich genau unter seiner Federführung im Jahre 2001, meine geschätzten Damen und Herren, es auch eingefädelt wurde, dass die KELAG an die RWE verkauft wurde. Und die RWE ist auch kein heimisches Unternehmen, wenn Sie so wollen, ist ein deutsches, mit ihren Fühlern natürlich auch ausstreckend über halb Europa. Aber es soll so sein, es ist auch von allen politischen Parteien damals mitgetragen worden. Das muss ich auch in aller Deutlichkeit sagen. Aber dann heute aufzustehen und sozusagen sich als der große Retter aufzuspielen. Und eines ist klar, es ist heute eh schon gesagt worden. Rund ein schwaches Drittel der KELAG gehört dem Land Kärnten, alles andere gehört natürlich anderen, die hier natürlich auch ihren Einfluss geltend macht.

Und ich wollte es eigentlich heute vermeiden, dass es wieder zu einer HYPO-Debatte kommt,

Lutschounig

aber die Vergleiche und diesen Spagat den der Herr Landeshauptmann herstellt, der ist für mich nicht nachvollziehbar. Das sage ich in aller Deutlichkeit, meine geschätzten Damen und Herren! Denn hier ist es notwendig, dass man was unternimmt und schnell was unternimmt, in Sachen Wasserkraft in Sachen Rettung der Ressourcen der Kärntner. Aber auf der anderen Seite geht es darum, dass im selben Augenblick, auch von einer Kapitalaufstockung, von einer Eigenkapitalaufstockung bei der HYPO die Rede ist, wo auch offenbar große Eile angesagt ist, wo man versuchen muss, hier sehr rasch zu agieren. Und ich verstehe den Ausdruck des Kollegen Scheuch, wenn er hier meint „Raubtierkapitalismus“. Ich weiß nicht, wie er das sieht. Auf der einen Seite Raubtierkapitalismus, wenn es vielleicht auch um die RWE geht. Und, wenn es aber darum geht, dass große Investoren bzw. ein großes Konsortium, ein europäisches oder ein weltumspannendes, dann auch für 20, 25 Prozent der HYPO übernehmen sollen, dann ist das nicht Raubtierkapitalismus. Ich weiß nicht, wo er das dann einordnet.

Aber die Frage ist: Warum hat man jetzt auch diesbezüglich so eine Eile? Hat man etwa Angst vorm Börsengang, weiß man nicht, wann er stattfinden wird und wie hoch die Erträge sein werden? Oder ist der Druck der Inhaber der Wandelschuldanleihenverschreibungen so hoch, dass man das Geld eigentlich dazu brauchen wird? All diese Fragen stellen sich natürlich auch in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren! Um die können wir uns nicht umhinschwindeln. Und die nächste Frage wird sein: Oder wird das Geld gar für den Zukunftsfonds und deren Finanzierung gebraucht, weil hier auch vieles mit Fragezeichen versehen ist und das Geld bereits verbraucht bzw. verplant ist, um hier zumindestens die 250 Millionen Schilling, die hier verplant und verbraucht sind, ins Sichere zu bringen? Ich glaube, all diese Fragen müssen natürlich in diesem Zusammenhang auch gestellt werden. Aber, wie gesagt, wir als ÖVP wollen – auch, wenn Sie es so wollen – diese Willenserklärung heute, mit der Änderung des Verfassungsgesetzes, mit der Änderung der Verfassung, auch mithelfen, damit ja möglichst viele Anteile, auch von Kärntner Gesellschaften, natürlich in unserer Hand bleiben. Und wir wollen verhindern, dass es tatsächlich zu einem Ausverkauf der Heimat kommt. Aber, wenn man hier

mit einem Maß misst, dann bitte immer mit der gleichen Maßeinheit! Das möchte ich vor allem den Herrn Landeshauptmann bitten, damit man auch hier tatsächlich nicht Show-Politik hier in diesem Haus betreibt, sondern auch bei der Sachlichkeit bleibt. Und selbstverständlich wird die ÖVP diesem Antrag die Zustimmung geben. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Es gibt im Leben immer wieder Zufälle. Heute erleben wir so einen. Am Samstag ist der Teil der Landesausstellung feierlich eröffnet worden, der sich mit der Wasserkraft, genau vor Ort befasst. Und heute haben wir einen Sonderlandtag, diese Wasserkraft auch weiterhin für unsere Heimat zu sichern. In einer gewissen Weise ist Feuer am Dach, ein Feuer, das aber mit Wasser allein nicht zu löschen ist, sondern hier bedarf es doch einer Gesetzesänderung. Daher ist es wichtig und richtig, dass wir heute hier zusammengekommen sind, dass wir alles unternehmen, um diese Sicherung, in dem für uns möglichen Bereich, auch zu machen. Und, ich möchte gerade da anknüpfen wo mein Vorredner aufgehört hat.

Wir werden diese heutige Beschlussfassung dann für Kärnten in einem hohen Ausmaß sichern, wenn jeder einzelne von uns, auch seine Freunde im Wiener Parlament dazu bringt, es ebenso zu tun. Denn dann sind wir diese Probleme los. Denn der Schutz des Wassers, meine geschätzten Damen und Herren, ist auch der Schutz des Menschen. Schutz aller Wasserressourcen heißt also auch eine Überlebensfrage für die Menschheit, sowohl was das Wasser als Nahrungsmittel betrifft als auch als Ressource für die Stromerzeugung und damit für alle möglichen Bereiche, die da nachhängen. Ist der Schutz weg, sind wir nicht mehr Herr über das eigene Wasser, ist auch unser Schatz, unser „weißes Gold“ – oder wie einige ein bisschen pathetisch meinen – das „Blut der Erde“ nicht mehr in unserer Gewalt, es kann nicht mehr von uns alleine darüber verfügt werden. In Kärnten – und da lassen Sie mich ein bisschen in die Tiefe gehen – haben wir sehr hohe Wasserwirtschafts-

Dipl.-Ing. Gallo

ziele. Dazu gehört vor allem, die Wasserressourcen auch für künftige Generationen dauerhaft nutzbar zu halten. Dazu gehört eine regional möglichst ausgeglichene Wasserbilanz zu gewährleisten, eine weitgehend natürliche Beschaffenheit der Gewässer zu sichern und den Mensch und seinen Lebensraum vor Bedrohungen durch Wasser zu schützen. Und das, was uns heute beschäftigt, sollten wir auch – was die Folgen betrifft – doch ein bisschen vergegenwärtigen, denn die Nachteile dieser Fusion, dieser großen Lösung, die uns bedroht, sind beachtlich. Ich möchte sie in aller Kürze streifen. Denn, wenn es zu dieser Elefantenhochzeit kommt, ist der Verlust des öffentlichen Einflusses und auch die der Kontrolle dahin!

Auch ein Rückgang der Versorgungssicherheit ist möglich. Ein Arbeitsplatzabbau wird eintreten. Da können Sie also nicht nur Wasser, sondern auch Gift darauf nehmen! Für diese Monopolwirkung, die entsteht, sind hohe Kontrollkosten nötig. Und, was immer kommt, und wir erleben das beim Benzinpreis, steigende Gebühren und Kosten! Denn, jedes Monopol hat noch dazu geführt, dass es nicht billiger geworden ist, sondern teurer.

Es gibt schwierige Nachverhandlungen, wenn wir welche wollen. Denn wir erleben das bei den Talschaftsverträgen. Wenn jemand fest im Sattel sitzt, ist es fast unmöglich, ihn dazu zu bringen, freiwillig auf etwas zu verzichten. Es ist die Gefahr der „Rosinenpickerei“ bei solchen Monopolen sehr groß, dass man sich das behält, was also viel bringt und alles andere vernachlässigt, was nicht die Rosinen bedeutet. Und auch die ökologischen Interessen treten in den Hintergrund.

Ich habe bereits in der vergangenen Sitzung ein Beispiel erwähnt, das wir in Österreich haben. Das ist jenes der Ill-Werke in Vorarlberg. Damals hat man aus der finanziellen Not des Landes Vorarlberg diese Ill-Werke an die Deutschen verkauft, und konnte sie bis jetzt nicht mehr zurückkaufen! Das sollte uns ein warnendes Beispiel sein! Der Herr Klubobmann Dr. Kaiser hat von einem Pfusch der Bundesregierung gesprochen. Mag sein! Ich will das hier nicht bewerten. (*Einwand des KO Abg. Mag. Dr. Kaiser.*) Ja, es waren ja – schau – ich möchte das so beantworten:

Diese Elefantenhochzeit ist ja ein Ausfluss von rot und schwarz in Österreich, der Herr Landeshauptmann hat es gesagt. Davor haben die Menschen Angst, weil das Argument vom Kollegen Markut gekommen ist. Der rote Rutensdorfer hat mit dem schwarzen Haider gedealt. Und offensichtlich stehen alle parat. Nur keiner merkt es! So stellt sich das dar!

Ich bitte also, wenn du das als „Murks“ bezeichnest, diesen „Murks“ helfen zu verhindern, dadurch, dass die SPÖ im Parlament dasselbe macht, was die SPÖ hier in Klagenfurt im Landtag macht. Dann sind wir dieses Problem los. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wir sind ja bis jetzt ... (*Zwischenruf der Abg. Mag. Cernic.*) Ja, wir werden es natürlich auch machen! Der Landeshauptmann hat es ja schon zugesagt. Glauben Sie ihm! (*Dies löst mehrere Zwischenrufe aus der F-Fraktion aus.*) Wir sind ja – schau – bis jetzt gewarnt worden. Wir haben ja nicht den ersten Anschlag, den wir abzuwehren haben.

Ich erinnere daran: Vor einigen Jahren hat uns die EU-Wasserrahmen-Richtlinie beschäftigt, oder überhaupt ein Privatisierungswunsch der gesamten Daseinsvorsorge, wo nicht nur das Wasser dazugehört. Und ich verweise auf eine Studie, die im Auftrag - ich weiß nicht, von wem - von der Beratungsfirma E.T. Kearney gemacht worden ist, wo das Wort „Ausgliederung“, die „Ausgliederung“ als das magische Wort bezeichnet worden ist und, wo man gefordert hat, dass die österreichische Wasserwirtschaft dringend umstrukturiert werden soll, dass man eine Zentralisierung machen müsste, also wieder nur eine Monopolbildung. Auch das haben wir damals abgewehrt!

Wir haben bereits 2001 hier einen Antrag nach langen Diskussionen im Ausschuss durchgebracht, wo wir ähnlich allgemein formuliert haben, das was uns heute beschäftigt, bereits eingebracht haben, im Wissen, dass es immer wieder zu Wünschen auf den Zugriff unseres Wassers in allen möglichen Richtungen kommt. Ich möchte dem Kollegen Holub auch etwas sagen, weil du sehr entwaffnend wörtlich zitierend gemeint hast: „Gott sei Dank, waren wir damals nicht dabei!“ Ich verstehe das. Deshalb - und der Herr Landeshauptmann hat das ja schon ein bisschen erklärt, wie das mit dem Optionsvertrag wirklich war. Es ist sehr leicht, dann, wenn man nicht dabei war, das Ganze als „Murks“ zu kritisieren. Ich schätze die konstruktiven Beiträge

Dipl.-Ing. Gallo

von euch. Daher wäre ich dir sehr dankbar, wenn auch du auf die Grünen im Parlament einwirken wirst, dass sie hier mitziehen, wie es die meisten Bundesländer wollen. (*Abg. Holub: Schon passiert!*) Die ÖVP hat ein bisschen das Problem, glaube ich, die Linie zu finden, denn die Verrenkungen sind beachtlich. Aber nehmen wir das Positive heraus! Und dafür bin ich sehr dankbar, dass sie hier heute mitstimmen. Und das Nicken des Kollegen Grilc zeigt mir, dass er auch auf Bundeskanzler Schüssel und den Minister, der zuständig ist - Bartenstein - einwirken wird, dass wir hier einen sehr guten Weg beschreiten.

Ich glaube, und damit komme ich gegen Ende meiner Ausführungen, wir sollten das tun, was Konfuzius gesagt hat: „Bewältige eine Schwierigkeit, und du hältst 100 andere von dir fern!“ Das sollte uns ein Leitspruch sein und es sollte nicht dazu kommen, was im Oberkärntner Raum kolportiert wird. Es gibt da ein Oberkärntner Heimatlied. Ich möchte Ihnen nur zwei Strophen bringen, die erste und die vierte. In der ersten heißt es: „Dort, wo Kraftwerk schon an Kraftwerk grenzt, der Staueen Wasserfläche glänzt, wo Staumauern sich fest umschließen, Hochspannungsmasten aus dem Boden sprießen, wo kein Bach mehr stürzt von Felsenwand, dort liegt mein verkaufte Heimatland.“ Und die letzte Strophe: „Wo Frauen und Männer kämpfen fest, um zu bewahren noch den Rest, wo man mit Mut die Grenzen schreibt, damit uns etwas erhalten bleibt. Hell klingen wird's von Bergeswand, wenn ich erhalt mein Heimatland“. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Strophe muss sein! Und gesungen wird auch im Landtag! Das ist ja sehr schön. Aber ich frage mich, wo die Landtagssitzung eigentlich stattfindet, ob hier herinnen oder vorne draußen, weil viele offenbar abgewandert sind!

Im Unterschied zum Klubobmann der SPÖ, Peter Kaiser, möchte ich schon darauf hinweisen, wer, wann, was im Landtag gemacht hat. Es war im Mai 2001, als der Landeshauptmann, aber auch der gesamte Landtag, zugestimmt hat, dem

Verkauf der Kelag einstimmig zugestimmt hat mit der Option, dass die RWE auch noch beim Rest einsteigen kann, wenn der Staat tatsächlich seinen bestimmenden Einfluss auf die Energieversorgung aufgibt. Jetzt ist diese Stunde eingetreten, jetzt ist es eingetreten, dass das ELWOG geändert werden könnte. Und jetzt müssen wir natürlich alle Kraftanstrengungen aufbieten, damit wir dem einen Riegel vorschieben, wissend, dass die RWE natürlich auf Schadenersatz klagen wird, dass uns von daher sehr, sehr viele Kosten entstehen werden.

Damals im Mai 2001, wo war denn damals der Abwehrkampf gegen den Wasserausverkauf, Herr Klubobmann Scheuch? Wer hat denn damals den Raubtierkapitalisten den Riegel vorgeschoben? (*Abg. Ing. Scheuch: 51 Prozent!*) Niemand hat das gemacht! Man hat die Kelag in den Rachen der Raubtierkapitalisten geschoben, mit der Folge, dass hunderte Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Das wird Ihnen der Betriebsrat auch bestätigen können. Dieser Fußtritt in die Globalisierung hat Arbeitsplätze gekostet. Und das hat nicht dazu gedient, dass die Wasserkraft erhalten bleibt!

Ich möchte auch noch darauf eingehen, und im Unterschied zum Klubobmann Grilc betonen, dass es keineswegs eine Propaganda ist oder eine Panikmache in dieser Angelegenheit, keineswegs! Ich habe hier eine Presseaussendung vom Wirtschaftsausschuss des Parlaments vom 17.5.2006:

Vor ein paar Tagen hat im Parlament der Wirtschaftsausschuss getagt. Der Obmann Reinhold Mitterlehner hat informieren lassen, er hat den Wirtschaftsminister Martin Bartenstein sowie die Generaldirektoren der OMV und des Verbunds, Wolfgang Rutensdorfer und Hans Haider eingeladen, die zur „geplanten Fusion“ dort Stellung genommen haben, sehr, sehr ausführlich Stellung genommen haben. Dann heißt es weiter in dieser Presseaussendung: „Die Überlegungen für eine Zusammenlegung der OMV und des Verbunds als gleichwertige Partner seien von den Generaldirektoren der beiden Unternehmen Wolfgang Rutensdorfer und Hans Haider ausgegangen, sagte Bundesminister Martin Bartenstein den Abgeordneten darüber“.

Also, das war schon ausgemacht zwischen diesen beiden Generaldirektoren. Das ist ausgepackelt gewesen und hat den Sinn gehabt, (*Abg.*

Mag. Lesjak

Dipl.-Ing. Gallo: Hab ich eh gesagt!) im Wirtschaftsausschuss auch alle Abgeordneten davon zu überzeugen, dass das eine gute Sache ist. Es soll ein mitteleuropäischer Energiechampion entstehen. Wieso überlegt sich der Verbund eigentlich nicht, auf alternative Energieträger hinzugehen? (*Zwischenruf des Abg. Ing. Scheuch.*) Wieso überlegt er sich nicht eine Energiewende einzuleiten, dass man hier alternative Wege beschreitet und nicht diese Wege, die wir hier – ja wissend, dass die die falschen Wege sind – auch noch feierlich beschreiten?

Und dann möchte ich auch noch aus dieser Presseaussendung zitieren. Da ging es dann um die Auswirkungen der Fusion für die Österreicher. Ein gewisser Abgeordneter Johann Moser, SPÖ, sprach von einem „vernünftigen Deal für Österreich“ und wollte von den Generaldirektoren mehrere Fakten wissen, was die Fusion für den Standort Österreich usw. bedeutet.

Dann, ein gewisser Abgeordneter Karl-Heinz Kopf von der ÖVP sah „gut nachvollziehbare Synergiepotentiale zwischen Strom und Gas“. Dann ein Herr Abgeordneter Peter Maritzi hielt fest, „dass es bei dieser Fusion nicht nur darum gehen könnte, dass die Generaldirektoren glücklich gemacht werden, sondern auch Vorteile für die Energiepolitik entstehen“. Der Abgeordnete Maximilian Hoffmann, F, sah „Verbund, OMV und Politik vor der Aufgabe stehen, das Fusionsprojekt, dem er positiv gegenüberstehe, (*Abg. Ing. Scheuch: Der Landeshauptmann aber auch!*) in der Öffentlichkeit vernünftig darzustellen“. Also man soll das ja ordentlich der Bevölkerung verkaufen, ja ordentlich was vorgaukeln, damit niemand die Wahrheit erfährt! Abgeordneter Hannes Bauer, SPÖ, würdigte das Fusionsprojekt „als Schritt in Richtung einer Vorwärtstrategie, die viel Kraft zur Expansion freisetzen werde“ und so weiter und so fort.

Ich möchte betonen, dass wir tatsächlich die Einzigen waren, die davor warnen, und die immer gesagt haben: Es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Wasserkraft veräußert wird! Die Mehrheit der Wasserkraft muss in der öffentlichen Hand bleiben, muss der Staat bei sich behalten! Sonst passiert dieser Ausverkauf des Wassers und der Wasserrechte an die Global Players und dann passiert genau das, dass man den Raubtierkapitalisten Vorschub leistet. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bawag!*)

Und wie hast du gesagt, Klubobmann Scheuch? – Ökonomischer Landesverrat! (*Abg. Ing. Scheuch zeigt ein Schriftstück hoch!*) Das war erst vor fünf Jahren! Habt ihr damals ökonomischen Landesverrat betrieben? Die Grünen waren weder damals noch heute dafür, dass so etwas passiert. Wir wissen auch, die RWE wird klagen. Diese ganzen Schwierigkeiten kennen wir. Dennoch halten wir es für wichtig und für sinnvoll, dass wir dieses Verfassungsgesetz dahingehend ändern, dass die Wasserkraft geschützt wird! (*Abg. Ing. Scheuch: Der Landeshauptmann war auch dafür!*) Danke schön! (*Einzelbeifall von Abg. Holub.*)

(*Der Vorsitzende erteilt LR Ing. Rohr das Wort.*)

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Man hat die Botschaft drübergebracht und jetzt hat man sich dann schon davongeschlichen zu den nächsten Terminen.

Aus meiner Sicht müssen wir uns schon bewusst sein, dass die heutige Beschlussfassung mit Verfassungsmehrheit im Kärntner Landtag (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) eine wichtige und einzige Notwehrmaßnahme ist, um die Mehrheit des Landes Kärnten an der Kärntner Energieholding abzusichern. Aber damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sind noch lange nicht die Bestrebungen, (*Abg. Ing. Scheuch: Das stimmt!*) die auf der Bundesebene vorhanden sind – mit Fusion OMV und Verbund und die entsprechenden gesetzlichen Änderungen im ELWOG, dass sozusagen die Öffentlichkeit die 51 Prozent Mehrheit an den Energieversorgungsunternehmen aufgibt – noch lange nicht erledigt.

Wir haben zwar im Interesse des Kärntner Energieversorgers Kelag, im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kelag, hier, denke ich, die notwendige Verständigung im Landtag gefunden, damit wir das gesetzlich, verfassungsmäßig verankern, dass der Schutz der Aufrechterhaltung der 51-Prozent-Mehrheit an der Kärntner Energieholding gewährleistet erscheint. Allerdings denke ich, der überwiegende Teil der Wasserkraft in Kärnten wird durch eine Verbundtochter genützt. Und wenn der Deal auf der

Ing. Rohr

Bundesebene dann trotzdem zustande kommt, dann denke ich, sind wir in Kärnten genau auch den Gefahren ausgeliefert, dass nämlich auf einmal ausländische Investoren, Geldanleger und Spekulanten mittel- und langfristig über unsere Strompreise bestimmen und diktieren werden, wie tief die Kärntner Bevölkerung in die Taschen zu greifen hat!

Daher haben wir alles zu tun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dem Einhalt zu gebieten und natürlich auf der Ebene der Fraktionen im Parlament alles zu unternehmen, um die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass sie diesem Deal nicht parlamentarisch auch noch den Segen geben!

Aber eines möchte ich schon auch sagen, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gibt ja eine Bundesregierung! Und es gibt eine Bundeskoalition! Und dort gibt es entsprechende Koalitionspartner! Und wenn man schon so vehement auch Einfluss nehmen will auf das, was sozusagen von der ÖVP, natürlich als der Lobbying-Partei der Privatunternehmer und der Aktionäre, im Schilde geführt wird, dann denke ich mir, gibt es natürlich auch die Rute im Fenster! Von der habe ich in den ganzen Ausführungen heute, auch der BZÖ-Regierungsmitglieder und des Herrn Landeshauptmannes, nichts gehört! (*Abg. Trettenbrein: Wollen nicht zustimmen!*) Na, ist ja völlig egal. Ich meine, die ÖVP-Abgeordneten werden sich auch bei ihrer eigenen Bundesregierung und beim eigenen Bundeskanzler entsprechend rückversichern, ob das auch die entsprechende politische Deckung findet, bevor sie im Parlament die Hand heben werden. Ich glaube, soviel Realisten müssen da alle sein! Daher denke ich, ist der Appell schon gut. Aber ich denke auch, dass die Regierungspartner auf der Bundesebene sehr wohl auch die Verpflichtung haben, sich ernsthaft über diese Dinge zu unterhalten. Weil es am Ende immer darum geht, erstens Herr im eigenen Haus über die Ressource zu bleiben und zweitens auch nachhaltig und sozialverträglich die Preisgestaltung am Energiemarkt und am Wassermarkt, mittelfristig sicherzustellen.

Denn, wenn man den Aktienspekulanten ausgeliefert ist, die werden nur ein Interesse haben: Die Bevölkerung soll zahlen! Das ist denen völlig egal! Wenn die Gewinne entsprechend in zweistelligen Prozentzahlen in die Höhe schnell-

len, dann denke ich mir, werden die ihr Interesse befriedigt sehen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ein bisserl verwundert bin ich natürlich schon auch über den Sinneswandel des Herrn Landeshauptmannes, der jetzt ja sagt: „Wasser müssen wir schützen, in jeder sich nur möglich bietenden Form.“ Als ich im Jahr 2003 auftragsgemäß, auch auf Grund eines Regierungsbeschlusses aus dem Jahr 2000, vorgeschlagen habe, die Kärntner Wasserstiftung ins Leben zu rufen, um letztlich Herr im eigenen Haus über das Wasser in Kärnten zu bleiben, hat der Landeshauptmann gesagt: „Das brauchen wir alles nicht, weil im Zuge des Wasserrechts und in seiner Funktion als mittelbare Bundesverwaltung, was das Wasserrecht betrifft, ist das sowieso geschützt genug.“ Wenn er heute draufkommt, dass das anders ist – na bitte, dann werden wir ja morgen in der Regierung sehen, wie ernst den Mitgliedern des BZÖ in der Kärntner Landesregierung das ist, weil morgen wird von mir neuerlich die Kärntner Wasserstiftung in der Kärntner Landesregierung eingebracht. (*Zwischenruf von KO Abg. Ing. Scheuch*) Selbstverständlich, das hängt auch damit zusammen, ob ich über Wasservorkommen, Quellen, Ressourcen verfügen kann oder nicht. Natürlich zielt das in erster Linie darauf ab, dass das auf die Trinkwassersicherheit im Land abgestellt ist und dort mit dem Interesse verbunden ist – genauso wie bei der Stromerzeugung -, dass man sich nicht irgendwelchen privaten Mächten und Interessen ausliefert, sondern dass man sozial verträgliche Preise zustande bringt und sichert.

Ich bin dem Landtag, das muss ich auch als Energiereferent sagen, dankbar, dass er zumindest von Kärnten aus ein entsprechendes Zeichen mit offensichtlich einem einstimmigen Beschluss, der heute hier im Landtag zustande kommen wird, setzt, damit die Sicherheit beim Kärntner Energieversorger (an der Kärntner Energieholding) gewährleistet ist, dass wir dort die entsprechende Mehrheit haben. Aber die Geschichte, wenn es darum geht, dass die großen Monopolisten versuchen, sich zu verschmelzen, ist noch lange nicht zu Ende. Wir müssen da sehr auf der Hut sein! Alle Fraktionen im Hohen Haus sind gefordert, auf der nationalen Ebene hier ihre Meinung massiv kund zu tun, dass nicht ein Ausverkauf der Heimat droht, nicht eine Belastung auf die Bürger zukommt, die unge-

Ing. Rohr

ahnte Ausmaße annimmt und die letztlich insgesamt die Lebensbedingungen und den Wohlstand im eigenen Land gefährdet. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger**
(F):

Artikel I

Die Kärntner Landesverfassung – K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996, zuletzt in der Fassung des Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. 12/2006 wird wie folgt geändert:

Dem Artikel 41 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Von den Anteilsrechten an der Kärntner Energieholding BeteiligungsGmbH müssen mindestens 51 % des Stammkapitals im Eigentum des Landes Kärnten stehen.“

Artikel II

Dieses Verfassungsgesetz tritt am 22. Mai 2006 in Kraft.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen. – Berichterstatter:)

Landesverfassungsgesetz vom 22. 5. 2006, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird

Der Kärntner Landtag hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Kopf und Eingang werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte um die dritte Lesung! – Berichterstatter:)

Dem Entwurf eines Verfassungsgesetzes, mit dem die Kärntner Landesverfassung (K-LVG), LGBl. Nr. 85/1996, zuletzt in der Fassung des Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. 12/2006, geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Somit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. – Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 22-29/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend die Aufnahme von Bewerber/innen in den Landesdienst; Bericht gemäß § 11 Abs. 3 des Kärntner Objektivierungsgesetzes (Zeitraum: November 2005 bis Jänner 2006)

Berichterstatter ist der Abgeordnete Ragger. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger**
(F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Ich darf für den Berichtszeitraum vom November 2005 bis Jänner 2006 berichten, dass in einem einzigen Fall nach den Bestimmungen des Kärntner Objektivierungsgesetzes von der Aufnahme von Bewerbern/Bewerberinnen in den Landesdienst abgegangen wurde.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Es liegt keine Wortmeldung vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird mehrheitlich angenommen. – Berichterstatter.)

Der vierteljährliche Bericht über die Aufnahme von Bewerbern/Bewerberinnen in den Landesdienst für den Zeitraum November 2005 bis Jänner 2006 gem. § 11 Abs. 3 des Kärntner Objektivierungsgesetzes, LGBl. Nr. 98/1992 idGF.,

Mag. Ragger

wird unter Wahrung des Grundrechts auf Datenschutz zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt. – Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 203-7/29:

Debatte zur Anfragebeantwortung von Landesrat Dörfler zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc betreffend Umfahrung Bad St. Leonhard

In der Landtagssitzung vom 11. Mai 2006 wurde diese Anfrage von Landesrat Gerhard Dörfler mündlich beantwortet. Es wurde mehrheitlich beschlossen, die Debatte zu dieser Anfrage in der nächsten Sitzung durchzuführen. Zu Wort hat sich der Abgeordnete Holub gemeldet.

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. – Der Redner hält einen Trassenplan umgekehrt in den Händen.)* Corpus Delicti, das ist die Geschichte, um die es sich jetzt dreht und eigentlich schon ungefähr, na ja, über ein Jahr lang. *(LR Dörfler: Er kennt sich nicht aus! – Abg. Ing. Scheuch: Aber zuerst war es verkehrt!)* Sehen Sie, dort ist Norden, da ist Süden. Siehst. Er kennt sich nicht aus? – Ein bisserl kennt er sich schon aus, weil ich mittlerweile unten war.

Die Geschichte ist die: Normalerweise mische ich mich ja nicht in die Arbeit des Verkehrsreferenten ein, *(Abg. Ing. Scheuch: Ist auch besser so!)* weil ich ja denke: Grundsätzlich gilt ja der Vertrauensgrundsatz. Jeder weiß, was er tut, und ich werde mich da nicht einmischen. In dem Fall ist es aber schon ein paar Monate her, dass sich einfach die Leute bei mir gemeldet haben und sich aufgeregt haben. *(Abg. Trettenbrein: Wer denn?!)* Ja, einige. Einige haben auch angerufen,

dass da etwas nicht in Ordnung ist. Dann hat es die unwahrscheinlich vielen Lokalaugenscheine gegeben, wo ich mit ein paar Rührigen und dem ehemaligen Klagenfurter Bürgermeister und seinem Schlafsack durch die Gegend gezogen bin. Es ist übrigens ein violetter Schlafsack, weiß nicht, an was angepasst? An die Krawatte, denke ich. Es war auch sehr ulkig und wirklich sehr rührig. Wir sind dort alles abgegangen, haben einige Bürgerinitiativen getroffen und haben eben auch die Probleme zu Gehör und zu Gesicht bekommen, was in Bad St. Leonhard abläuft.

Die Geschichte ist die: Es gibt eben jetzt diese eine Umfahrungsvariante, die auch in einem Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 2003 befürwortet wurde. Nur so richtig wussten damals noch alle noch nicht: Wie wird es werden und wie sehr beeinträchtigt uns das alle und betrifft uns das alle? Jeder hat natürlich auch nach dem Florianiprinzip gesagt: „Bei mir nicht, bei den anderen schon!“

Jetzt habe ich mich nach den ersten Lokalaugenscheinen mit Landesrat Dörfler telefonisch auseinander- und in Wirklichkeit zusammengesetzt. Er hat mir eben auf dem kurzen, schnellen Weg, muss ich ehrlich sagen – was ich von anderen nicht gewohnt bin –, sehr schnell in die Planung eingeweiht, sofern ich das eben auch verstehen kann; was nicht immer sicher der Fall ist. *(Abg. Trettenbrein: So ist er, unser Landesrat! – Beifall von der F-Fraktion.)* Ich habe ihm auch geglaubt, wie er mir gesagt hat: „Das ist die einzig mögliche Variante. Die anderen haben wir geprüft, und die sind ein Schmarren, die sind zu teuer. Und da ist eigentlich alles in Ordnung.“ Ich habe gesagt: „Gerhard, sind damit alle Menschen dort zufrieden?“ – Er hat gesagt: „Ja, wir werden schon schauen.“ Ich habe gesagt: „Ich hätte gerne, dass dort so wenig wie möglich Menschen insultiert werden. Das war eben auch nicht der Fall, *(LR Dörfler: Schön bei der Wahrheit bleiben!)* weil ich habe Anrufe von Leuten gekriegt, wo mir gesagt worden ist: „Da plant jemand einen Selbstmord, weil ihm der Hof wegverkauft wird.“ Auf der anderen Seite haben sie gesagt: „Ich halte den Lärm nicht aus, da ist ein Bahnübergang.“ Drittens hat es geheißen: „Die Schwefelquelle ist in Gefahr!“ Dann hat es wieder geheißen: „Ja, wird überhaupt DDr. Wagner sein Bad dort bauen, wenn dort so knapp diese Umfahrung vorbeiführt?“ – Es sind

Holub

auf jeden Fall sehr viele Fragen aufgetaucht, die wir dann immer wieder hinterfragt haben und zu denen es einfach für mich zu wenig Antworten gegeben hat.

Natürlich habe ich dann auch im Zuge dessen die Grünen in Wolfsberg informiert, weil ich ja nicht immer dort wohnen kann. Die haben sich auch dieser Sache angenommen. Im Zuge dessen hat es natürlich auch eine Umfrage gegeben, wobei dann wieder eine andere Variante zur Möglichkeit stand. Da sieht man an der Umfrage: „Sind Sie an diesem Thema interessiert, und sind Sie auch für oder gegen eine Prüfung einer möglichen Tunnelvariante, sprich nicht Tunnel aber eher Unterflur-Ost?“ Da haben sich doch immerhin 88 % dafür ausgesprochen. Also ich würde sagen: Warum prüft man das nicht?! Wenn ich dann Gerhard Dörfler frage, dann sagt er: „Ja, Tunnelvariante ist geprüft worden – ist nicht machbar.“

Das ist die Geschichte. Nichts anderes wollen wir vom Herrn Landesrat, als dass er uns zeigt, wie das nicht machbar ist und wie diese Tunnelvariante geprüft wurde, damit wir dann einfach nachvollziehen können, auf Grund welcher Parameter er seine Entscheidungen getroffen hat. Aber das ist ja das Problem: Dass wir einfach sagen: „Wir wollen das wissen.“, aber Gerhard Dörfler gibt es das nicht. Deswegen stehen wir jetzt auch da, weil es eine Anfrage von der ÖVP gegeben hat und wir gebeten haben: Lasst und darüber diskutieren. Legen wir die Sachen auf den Tisch. Setzen wir uns zusammen! Wie sehr gefährdet ist die Schwefelquelle? Wie sehr gefährdet ist die Kurbadgeschichte? Und gibt es unter Umständen auch eine andere Variante, weil unser lieber ehemaliger Abgeordneter Dr. Ullrich Habsburg ja auch nicht so dahergewachsen ist. Er war ja immer in der Straßenplanung, vier Jahre lang auf der TU Graz tätig und hat dort gearbeitet. Wenn der sagt: „Diese Variante ist auch möglich, ist sicherlich auch nicht so teuer.“, dann müssten wir das einfach in Relation stellen. Auch die zweite Frage, die sich für mich stellt: Wie viel ist bei der jetzigen Unterflurvariation West noch von dem Gemeinderatsbeschluss übrig, den es damals gegeben hat, nämlich einstimmig – bis auf eine Stimme, glaube ich. Das sind die Geschichten.

Deswegen habe ich gesagt: Setzen wir uns zusammen damit auseinander, schauen wir uns das

an! Gibt es eine andere Möglichkeit. Soweit mir gesagt worden ist, ist die Habsburger Variante nie geprüft wurde. Die Frage ist auch: Wie kommen jetzt die Bürger dazu, wie können die Bürger ihr Recht einfordern? Es steht auch im Kärntner Straßengesetz: „Es muss Rücksicht auf die Nachbarn genommen werden, auf die Umwelt und auf den Lärm.“ Wir haben im Landtag neue Gesetze verabschiedet. Wir haben jetzt strategische Lärmkarten zu erstellen und und und. Es gibt eben auch ein Umweltinformationsgesetz. Deswegen würde ich allen raten, die sich interessieren: Bitte, stellt einfach dort einen Antrag oder geht zur Abteilung und sagt: „Es steht mir Einsicht zu, wie weit das Projekt vorangekommen ist. Sagt mir bitte, wo sind die Unterlagen. Gebt sie mir.“ Dann muss dort von der Abteilung auch ein Bescheid verfasst werden, der sagt: „Nein, ist mir wurscht, ihr kriegt das nicht – oder ich gebe es euch gerne.“ Das ist die Geschichte. Wir haben Gott sei Dank EU-Recht bei uns. Da gibt es die Möglichkeit, Einsicht zu haben. Warum probieren wir nicht die Demokratie aus. Nichts anderes machen wir jetzt da. Und das wollen wir haben.

Ich will für Bad St. Leonhard die beste Lösung haben, dass dort das Bad gesichert ist, dass die Schwefelquelle nicht angegriffen ist, dass sich dort keiner entleiben muss, weil ihm der Hof abgekauft wird. Mittlerweile sind schon 22 Gebäude im Gespräch, die abgelöst werden. Das kann ja auch nicht so wenig kosten. Also gehen wir einmal bitte her und denken wir über andere Sachen nach! Weil hier und da hat Landesrat Dörfler in seiner charmanten Art auch eine Motorsäge in der Hand. Deswegen fährt er da drüber. Deswegen: Reden wir einfach drüber! Danke! *(Beifall von der Abg. Mag. Lesjak und der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Markut das Wort.)

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren aus Bad St. Leonhard! Herr Bürgermeister! Sie sind heute wegen diesem Tagesordnungspunkt in erster Linie nach Klagenfurt gekommen. Das ehrt uns als Abgeordnete sehr! Ihr habt wahrscheinlich beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt einmal miterlebt, dass es einen Unterschied zwischen materiellen Behand-

Markut

lungen in den Gemeinderäten und im Kärntner Landtag gibt.

Heute steht hier eine Diskussion uns ins Haus, die wir eigentlich schon sehr lange führen. Es geht um die Umfahrung von Bad St. Leonhard im Lavanttal: eine Stadtgemeinde mit 5.000 Einwohnern, die drittgrößte Gemeinde in unserem Lavanttal, ein historisch gewachsener Ortskern, der durch die Obdacher Bundesstraße geteilt ist. Es tut sich viel in diesem Ort. Täglich bevölkern hier nahezu 400 Kinder diese Stadt: Hauptschulstandort, Volksschule, Kindergärten. Es wurde in den letzten Jahren ein Altersheim und ein Pflegeheim errichtet. Die Menschen suchen sich hier gerne ein Zuhause. Es ist eine unserer besten Wohngegenden im Lavanttal, weil auch Arbeitsplätze vor der Haustür sind. So hat es in den letzten Jahren, neben dieser urbanen Entwicklung im Siedlungsbau, auch einen massiven Aufschwung im wirtschaftlichen Bereich gegeben.

Unter Bürgermeister und unserem langjährigen Dritten Präsidenten Sigi Penz, und jetzt schon in der zweiten Periode mit Bürgermeister Simon Meier, wurden hier enorme Anstrengungen im Bereich der Betriebsansiedelungen durchgeführt. Und die lassen sich auch sehen. Und ich möchte hier nur drei Paradebetriebe nennen, die weit über das Lavanttal hinaus bekannt sind. Einer der größten Holzverarbeitenden Betriebe Mitteleuropas, die Stora Enso, die Firma Geißlinger die Schiffskupplungen baut, eines der wenigen Produkte weltweit und die Schleifmittelfabrik Hermes, die einige hundert Arbeitsplätze in dieser nicht gerade reich gesegneten Region betreibt. Und schließlich und endlich gibt es auch noch hier eine Schwefelheilquelle die schon seit vielen Jahren die Stadtväter beschäftigt. Und es zeichnet sich jetzt auch diesbezüglich eine Lösung ab. Soweit zur Ausgangssituation.

Täglich 6.000 Fahrzeuge, überwiegend Schwerverfahrzeuge, queren und befahren diese Obdacher Bundesstraße. Aufgeteilt ist dieser Verkehr auf rund 50 Prozent Durchzugsverkehr und rund 50 Prozent Ziel- und Quellverkehr, das heißt, hausgemachter Verkehr. Und seit 2004 wird nunmehr bereits mit einem Investor hier für diese Schwefelheilquelle ein längeres Gespräch geführt – und es gibt diesen privaten Investor – dem mittlerweile die Stadtgemeinde Bad St. Leonhard ihre in der Zwischenzeit erworbene Schwefel-

heilquelle verkauft hat. Und jetzt geht es auch darum, diesem Investor zusätzlich zu helfen, denn er plant hier einen großen Heil-, Kur- und Thermenbetrieb und er ist gewillt, in den nächsten Monaten bereits mit dem Bau zu beginnen.

Und so kann man sagen: In diesem engen Tal, in diesem Lavanttal ist es nicht so leicht jetzt von einem urbanen Stadtkern hinaus eine Durchzugsstraße als Umfahrung anzubieten. Die Stadtväter, Gemeindevertreter mit der Bevölkerung diskutieren bereits seit einigen Jahren. Gemeinsam mit dem Land Kärnten wurden Varianten erörtert und es wurde im Dezember 2003, mit einem nahezu einstimmigen Gemeinderatsbeschluss, mit nur einer Gegenstimme – und auch die war verständlich – eine Trassenwahl getroffen, wo die Gemeinde und die Gemeindevertreter auch noch zusätzliche Bedingungen daran knüpfen. Man hat sich für die Umfahrung im Westen der Stadt Bad St. Leonhard entschieden.

Und zusätzlich zu diesen bereits jetzt vorgelegten Planungen hat der Gemeinderat entsprechende Beschlüsse gefasst; und die gilt es jetzt umzusetzen! Und so, wie es der Kollege Holub, mein Vorredner vorhin erwähnt hat, er will die beste Lösung für die Menschen in Bad St. Leonhard. Kollege Holub, wir alle wollen die beste Lösung! Vor allem die Gemeindevertreter, der Bürgermeister mit seinen Stadt- und Gemeinderäten ist der Bevölkerung verpflichtet. Sie wollen die beste Lösung. Zunächst einmal die Umfahrung, zunächst einmal den Schutz der betroffenen Anrainer. Denn in einem engen Tal, wo in der Mitte der Stadtkern liegt und sich die Siedlungsentwicklung an den Hängen dieser Stadt und dieses Geländes ergeben hat, gibt es immer Betroffene. Das ist ein Faktum, das dürfen wir nicht wegleugnen. Und es geht darum, den bestmöglichen Schutz dieser Betroffenen zu finden. Und mit diesen Verbesserungsmaßnahmen gibt es bereits einige Diskussionsvorschläge. Es wurde diese Trasse erörtert und es geht jetzt letztlich noch darum, dass ein entsprechender Lärmschutz – und das ist die größte Plage des Verkehrs, neben der allgemeinen Umweltbelastung – ist es für die Betroffenen vor allem der wahrnehmbare Lärmschutz. Und vor allem geht es auch darum, der Stadt ihre Entwicklungschancen nicht zu nehmen. Denn die heutige Stadtregierung hat es in der Hand, die Jahrhundertchance, nämlich die Umfahrung

Markut

Bad St. Leonhards zu errichten und auch die über viele, viele Jahre diskutierte brachliegende Schwefelheilquelle zu nutzen.

Und jetzt geht es darum, zunächst einmal eine kurbadgerechte Umfahrung zu errichten, die den bestmöglichen Schutz für Leib, Leben und vor allem der Umwelt betrifft. Und es geht darum, dass der Betreiber und Investor dieser Schwefelbadquelle bis 30.6.2006 vom Land Kärnten verlangt, eine Sicherstellung dieser kurbadgerechten Umfahrung. Das wird seit 2003 also geplant, intensiv diskutiert, viele Varianten wurden untersucht und es geht jetzt darum, letztendlich die Feinabstimmung vorzunehmen. Und ich bin heute hier nicht nur als Abgeordneter des Lavantales heraußen, sondern auch in meiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur und Verkehr. Und wir haben in einer der letzten Ausschusssitzungen mit dem Landesrat gemeinsam und den Vertretern der Bürgerinitiative und dem Bürgermeister eine Vereinbarung getroffen. Wir werden nach Vorlage der letzten Querungen – und es ist viel passiert – es ist mit den Anrainern im Hammerweg eine Lösung getroffen worden; es steht in der Badstraße eine Lösung ins Haus, und jetzt geht es letztendlich noch um den Bereich, wo sich die Stadt in Zukunft hinentwickeln kann. Und das ist der Bereich der unteren Stadt. Und hier geht es schlicht und einfach um die Sorge der Menschen in diesem Gebiet, wohin die einzige Siedlungserweiterung der Stadtgemeinde Bad St. Leonhard in den nächsten Jahren erfolgen kann, mit einem entsprechenden Lärmschutz jetzt mit zu erreichen.

Und ich sage jetzt ganz deutlich: Wir werden in der nächsten Ausschusssitzung am 22. Juni die Pläne vorliegen haben, die Berechnungen vorliegen haben, die Kostenrechnungen vor allem. Wir werden die Varianten des Amtes prüfen, des Landesrates, und wir werden die Varianten und die Wünsche der Stadtgemeinde und der Bürgerinitiative prüfen. Und ich bin überzeugt davon, dass wir in großer Einmütigkeit hier eine Lösung finden werden. Wir werden nicht die billigste Lösung fordern, wir werden die optimalste Lösung zum Schutze der Bevölkerung fordern. Denn, was wir jetzt brauchen, ist ein Ende der Diskussionen und das Anbieten von Lösungen für die Bevölkerung von Bad St. Leonhard. In diesem Sinne, glaube ich, werden wir gemeinsam auch in diesem schwierigen Bereich eine

Lösung finden. Denn es gibt eigentlich gar kein Problem das man nicht lösen kann, wenn man es lösen will. Wir sind gewillt, dies mit der Bevölkerung, mit der Stadtgemeinde, zu lösen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Liebe Mitbürger und lieber Herr Bürgermeister von Bad St. Leonhard! Von unserer Seite ist es ein klares Bekenntnis. Wir wollen diese Umfahrung, wir werden diese Umfahrung bauen und wir werden diese Umfahrung so bauen, dass wir sie mit der Bevölkerung bauen können. Mir nutzt es nichts, wenn die Grünen jedes Mal mit einer anderen Variante kommen, jedes Mal jammern, dass das oder das besser wäre, wenn wir letztendlich gewisse Vorgaben so einzuhalten haben und, wie wir es auch heute vom Abgeordneten Markut gehört haben, eine klares, relativ enges Zeithorizontfenster bewältigen müssen. Wir müssen darauf zurückkommen, dass wir vor allem in den letzten Jahren deswegen sehr stark blockiert gewesen sind, weil nicht klar gestellt war, ob und inwieweit es zu Gefährdungen oder Beeinträchtigungen dieser berühmten Quelle, dieser Schwefelwasserquelle in Bad St. Leonhard kommen kann.

Das hat natürlich zur Folge gehabt, dass wir in unserer Bauzeitkoordination, in unserer Bauzeitplanung, in unserer Trassenführungsverordnung natürlich nach hinten geworfen worden sind, und erst, nachdem das Gutachten von Dr. Bäk festgestellt war, konnten wir die einzelnen Varianten prüfen. Es muss ganz klar sein – und das ist ja eben der Grund zur Bekenntnis auch dazu – dass wir vor allem auch unserem Landesrat die Brücke machen müssen. Denn, ich glaube es nicht, dass es bis jetzt einen Verkehrslandesrat gegeben hat, der mit solcher Akribie und mit solcher Genauigkeit und mit so vielen Gesprächen mit Bürgern, in Auseinandersetzungen, dieses Thema derart perfekt aufgearbeitet hat. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Und eines muss auch ganz klar sein. Natürlich wird es nie zu hundert Prozent erfüllbar, dass wir es jedem einzelnen gerecht machen können. Einer wird immer sagen: „Nein,

Mag. Ragger

ich möchte etwas anderes!“ Aber, wir müssen im Großen und Ganzen eine klare Bekenntnis zur Gesundheit, dass wir keine Lärmbeeinträchtigung haben, dass wir nicht gefährdet sind, vor allem, dass unsere Bürger in Bad St. Leonhard nicht gefährdet sind, darstellen. Und das ist auch die Aufgabe unseres Landesrates, das ist auch die Aufgabe unseres Hauses, hier klare Weichenstellungen zu machen.

Wir haben ein budgetäres Rahmenkorsett festgelegt, wir müssen das auch in unserem Budget in den nächsten Jahren beschließen: Und eines sei ja gewiss. Weil 35 Millionen Euro ist ja kein Pappenstiel, das gehört sehr ausgewogen und ganz klar budgetiert und definiert. Wir sind auch in unseren Bereichen, in diesen Abschnitten – Hammerweg, wie wir es heute gehört haben, und Badsiedlung sehr weit gekommen. Wir haben auch in der Badsiedlung eine sehr gute Mischlösung in Aussicht. Und gerade vorher hat es noch eine Besprechung auch gemeinsam mit dem Landeshauptmann gegeben, wo wir auch letztendlich vor allem im unteren Bereich der Stadt, wo die Siedlungsentwicklung hinkünftig stattfinden wird, eine klare Gegenüberstellung der Kosten durchrechnen werden, eine klare Gegenüberstellung der Kosten analysieren werden. Und wenn es am Ende des Tages herauskommt, dass wir durch die Einsparungen, die wir am Hammerweg haben, durch etwaige Einsparungen, die wir vielleicht in der Badsiedlung haben, letztendlich uns eine Einhausung leisten werden können, dann werden wir es auch machen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und noch eines sei gewiss. Wenn ich der private Investor wäre, nämlich der Dr. Wagner, dann wird mir eines heuer klar sein – und da wird mir der Abgeordnete Kaiser sicher zustimmen – die Förderkulisse läuft aus. Wenn er nicht bis 31. Dezember dieses Jahres nochmals einen Antrag beim KWF bzw. aus dem Konjunkturpaket eingebracht hat, wird er dieses Fördermittel für die zweite Baustufe verlieren! Und ich glaube nicht, wenn er ein wirtschaftlich denkender Mensch ist, dass er sich das entgehen wird lassen. Daher ist es für uns auch wichtig, dass wir in diesem Zeithorizont das relativ rasch abhandeln, das relativ klar abhandeln, um letztendlich eine gute Umfahrung für Bad St. Leonhard zustande bringen. Denn eines ist ja auch klar, nämlich, dass Stora Enso zusätzliche 770 Arbeitsplätze schafft und letztendlich dieser Dr. Wagner, auch wenn er die

zweite Baustufe vielleicht gleich mitmacht, hundert Arbeitsplätze schafft, ist ein regionalpolitischer Impuls, den wir im Lavanttal, im nördlichen Bereich des Lavanttales dringendst brauchen! Dringendst! Und da ist für mich außer Frage, dass wir hier über die Parteigrenzen hinweg, auch mit den Abgeordneten der SPÖ ganz klar uns dazu bekannt haben, das zu machen.

Manchmal kommts mir vor, die Grünen, sie sind manchmal sowie die Minnesänger im Mittelalter. Sie gehen mit ihren Schalmeien durchs Land, aber letztendlich haben die Minnesänger auch oft nur Pest und Cholera gebracht. Deswegen, ich erinnere daran ... *(Heiterkeit und Beifall in der F-Fraktion.)* Kommen Sie zurück zur Sachlichkeit, das haben wir Ihnen auch immer gewährleistet. Und ich glaube, gemeinsam können wir dieses Jahrhundertprojekt, vor allem in Bad St. Leonhard verwirklichen und auch uns im Lavanttal etwas Gutes tun. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Auch sehr geehrter Herr Bürgermeister! *(Abg. Trettenbrein: Tu nicht Schwarzmalen!)* Ich möchte jetzt ganz bewusst auf die Worte meines Vorredners eingehen, wie Pest und Cholera. Also da, glaube ich, sind wir ganz am falschen Weg. Wir sind dazu da, hier Lösungen zusammenzubringen. *(Abg. Mag. Ragger: Nona, nit!)* Diese Vergleiche haben bitte mehr einen Bleifuß als sonst was. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)* Ich glaube, es geht schon um die Art und Weise, wie man ein Thema angeht und es ist ja nicht Bad St. Leonhard die einzige Gemeinde in Kärnten, wo ähnlich wird über Verkehrsprobleme diskutiert. Also, ich kann das übers ganze Tal weitertun. Also die Eigenart unseres Herrn Landesrates ist zum Teil schon zu hinterfragen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Er ist kein Schwarzer!)* Das hat mit schwarz oder mit blau/orange überhaupt nichts zu tun! Ich sage noch einmal. Ich unterstelle dem Herrn Landesrat überhaupt nichts, aber ich will eines haben. Ich möchte eigentlich schon haben, dass man sachlich an ein Thema herangeht, dass man wirklich alle Varianten prüft und dann mit

Ing. Hueter

der Bevölkerung, mit dem Gemeinderat, zu einem sachlichen Konsens kommt.

Ich bin selber Bürgermeister und ich weiß, dass auch ein Gemeinderat, der vor Ort ist, am besten wissen wird, was für eine Gemeinde gut ist. Und das hat der Vorredner Markut sehr auf den Punkt gebracht. Es ist eine wirtschaftliche Belebung – es leben 6.000 Leute dort in diesem Siedlungsgebiet – und hier muss man versuchen, die beste Möglichkeit aller einfließen zu lassen und dann eine Variante zu suchen, die den größten gemeinsamen Nenner ergibt. Es wird keine Variante geben, wo alle hurra schreien und alle sagen werden: Das ist sie! Aus, fertig! Wenn es diese Tunnellösung oder diese Tunnelvariante gibt, mit der Untersuchung, (*Abg. Trettenbrein: Warst schon einmal in Bad St. Leonhard!?*) wo der Herr Landesrat gesagt hat, die soll geprüft werden, sie ist aber aus Kostengründen nicht zu realisieren, ist auch aus geologischen Gründen nicht durchzuführen. Mag sein! Die Kosten haben wir bis heute noch nie definitiv am Punkt gebracht und wir wissen auch bis heute noch nicht, ob das überhaupt machbar ist. Ich halt zumindestens nicht!

Deshalb, glaube ich, gehe ich vom Beschluss Dezember 2003 aus. (*Abg. Trettenbrein: Mußt das einmal durchlesen. – Abg. Mag. Ebner: Weilst nicht mitgefahren bist zur Besichtigung! – Unruhe in der F-Fraktion. – Lärm im Hause.*) Dort, wo der Gemeinderat fast einstimmig gesagt hat, diese Variante West 4A ist für die Gemeinde Bad St. Leonhard die beste; wird sie sein. Und dort haben sie auch in dem Beschluss ganz klar verankert, dass sie gesagt haben, die Hälfte davon soll in Unterflurtrasse ausgeführt sein und die zweite Hälfte bestmögliche Lärmschutzmaßnahmen. Ja! Jetzt hat man in der Zwischenzeit weiter verhandelt, hat auch die Schwefelwasserquelle in dieses ganze Konzept miteingearbeitet und man ist draufgekommen, dass eben gewisse Bereiche nicht mehr so sind wie im Dezember 2003.

Deshalb, glaube ich, ist es auch ganz wichtig – und der Kollege Markut hat es gesagt – die untere Stadt die muss wirklich maximal geschützt werden. Das ist, glaube ich, der Hauptkern worum es jetzt noch geht. Wenn man hier eine gemeinsame Lösung wieder mit dem Gemeinderat und dem Herrn Landesrat zusammenbringt, stehen wir natürlich dahinter. Aber auch von unse-

rer Seite ganz klar: Die maximale Lärmschutzbedingung für diesen Siedlungsbereich in der unteren Stadt; dann kann man auch mit dieser Variante leben. Und ich glaube, in Summe ist alles gesagt worden. Es soll für die Gemeinde Bad St. Leonhard wirklich die optimalste Variante gefunden werden unter Einbeziehung der Bevölkerung. Dann gibt es natürlich auch von unserer Seite dazu ein Ja und eine Zustimmung. Danke! (*Einzelbeifall Abg. Tauschitz.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Nur ganz kurz! Ich bitte von dieser Stelle den Abgeordneten Markut, auch bei der nächsten Ausschusssitzung die Bürgerinitiativen einzuladen, die anderer Meinung sind als der Landesrat. Das ist die Geschichte! Letztens hatten wir nur einen hier! Wenn wir wirklich das breite Spektrum der Probleme hören, werden wir es von dieser Stelle auch lösen können. Und statt Pest und Cholera, sage ich eher, die Grünen sind ein gesundes Immunsystem gegen „Drüberfahren“. Danke! (*Einzelbeifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.*)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat! Lieber Herr Bürgermeister und Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde Bad St. Leonhard! Ich möchte ganz kurz etwas zum Schluss aufwerfen, was mir in der Debatte hier etwas abgegangen ist. Es hat zwar jeder davon gesprochen, dass gütliche Lösungen gefordert sind und Lösungen mit der Bevölkerung. Und der Herr Landesrat hat immer wieder betont, dass so viele Untersuchungen gemacht wurden.

Herr Landesrat! Ich fordere Sie auf, legen Sie die Untersuchungen auf den Tisch! Alle! Und zwar im Detail! Auch die Tunnelvariante, von der Sie immer sprechen, dass Sie Untersuchungen haben! Wir haben sie bis heute im Detail nicht gesehen. Und ich meine jetzt nicht innerhalb eines Berichtes, einen Zweizeiler, wo drinnen steht, dass die Tunnelvariante geprüft wur-

Tauschitz

de, aber nicht machbar ist. Sondern ich hätte gerne die Details! Ich glaube, das sind Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Bad St. Leonhard schuldig, das sind Sie diesem Hause hier schuldig! (*Abg. Trettenbrein: Wir sind ja gar nicht schuldig!*)

Und deswegen bitte ich Sie, ich fordere Sie auf: Legen Sie alle Prüfungen wirklich auf den Tisch! Das ist die Grundlage, von der aus wir dann vernünftig weiterreden können. Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.*)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Vor etwas möchte ich warnen, dass wir unter Umständen mit einer Tunnelvariantendiskussion wieder am Punkt Null beginnen. Das würde fatal sein für die Umfahrung und, so meine ich auch, für die anstehenden Projekte, (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) die ja zur Entscheidung herantreten. Warum Tunnelvariante? Denn es kann ja nicht von ungefähr sein, warum man von Anbeginn an diese Variante nicht mutwillig, sondern aus Kenntnis, aus Faktenlage heraus nicht näher getreten ist. Und dafür wird es ja Begründungen geben!

Und, dass man jetzt wieder beginnt von vorne oder von hinten aufzurollen, ist der Sache mit Sicherheit nicht dienlich. Wenn hier heraußen von einigen Rednern die beste Lösung für Bad St. Leonhard andiskutiert wird, dann sagen wir: Ja, vielleicht, nicht! Es ist ja rhetorisch, was wir da jetzt herinnen einmal fordern. Das ist rhetorisch! Wir müssten eigentlich mit dem konfrontiert werden, was die Bürger vor Ort wollen, dann wüßten wir, was das Beste ist. Nämlich, das wurde vor kurzer Zeit im Foyer draußen präsentiert, was die St. Leonharder, die Betroffenen, selbst wollen. Das scheint mir die beste Lösung zu sein. Und da muss man halt eine Variante, letztendlich die Variante mit den besten Möglichkeiten herausfinden, die am bürgernähesten ist, und die an die Wünsche der Bürger am nächsten herankommt.

Bad St. Leonhard ist übrigens, und das nur als Sidestep auch noch einmal gesagt, eine wirt-

schafflich florierende Gemeinde. Die einzige Gemeinde im Lavanttal – die soviel ich weiß – einen positiven Pendlersaldo hat. Das heißt, dort arbeiten mehr Leute drinnen, pendeln mehr ein zum Arbeiten als auspendeln. Und noch muss man sagen, ist natürlich Wachstum vorhanden und ist zu fördern, weil wir noch Jobs brauchen. Daher muss man das halt beim gesamten Projekt, Herr Landesrat, auch miteinberechnen, und die Entwicklungschancen immer im Hinterkopf haben, die sich hier im Oberen Lavanttal auftun ... Aber das tust du ja ohnedies. Aber bei den ganzen Entwicklungen muss man halt auch die Wohn- und Lebensqualität der Bürger vor Ort mitberücksichtigen.

Daher ist auch - wenn Zeitdruck gegeben ist - darf der Zeitdruck nicht dazu führen, dass unter Umständen Machbares nicht gemacht wird. Wir wissen schon, bis 31.12.! Dann gibt es eine andere Förderkulisse! Aber, daher muss man trotz dieses Wissens, uns nicht der Meinung hingeben, dass wir jetzt alles mit Zeitdruck machen müssen und unter Umständen einiges vergessen oder einiges nicht machen was wir machen könnten. Was meine ich damit? Dieses „Jahrhundertprojekt“ sollte, und so glaube ich, nicht letztendlich ausschließlich an den Kriterien des Rechnungshofes ausgemacht werden.

Denn das, was machbar ist - und in der Diskussion hat es sich ja herausgestellt, dass wir den Vorstellungen und dem Engagement des Herrn Landesrat näher kommen können, das sage ich einmal so, und mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, dass wir vielleicht doch zu einem - das hat ja auch der Abgeordnete Ragger schon angesprochen - zu einem Projekt oder zu einer Ausführungsvariante kommen. Wenn Einhausung, oder wie auch immer man das nennt, dann es letztendlich das ist, was die Bürger sich vorstellen. Und das ist dann das Beste für Bad St. Leonhard! Nicht das, was wir rhetorisch hier meinen, sondern das, was die Leute vor Ort wollen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Es liegt noch eine Wortmeldung vor! Ich freue mich über die Redefreudigkeit zu diesem Tagesordnungspunkt, über die Kompe-

Dipl.-Ing. Freunschlag

tenz, die jetzt auch der Herr Landesrat vortragen will. Ich erteile dir das Wort!

Landesrat **Dörfler** (F):

Lieber Herr Bürgermeister mit deinen Gemeindevorantwortlichen, Anrainern, Bürgerinitiativenvertretern! Hoher Landtag! Ich bin ja irgendwie gerührt, wenn alle für sozusagen das maximal Machbare sind. Das war ohnedies immer mein Ziel. Es gibt kein Umfahrungsprojekt in Kärnten, das mit einem derartigen Voraufwand, vor allem auch an Bürgerbeteiligung, erarbeitet wurde. Ich darf einmal den Zeitplan nennen.

Am 14. April 2002 gab es die Grundsatzbesprechung, nachdem mir der Bürgermeister geschrieben hat, dass eine Umfahrung dringend notwendig ist für die Stadt St. Leonhard. Am 28. Oktober 2002 gab es dann den tatsächlichen Projektstart, weil ja einige Monate Erkundungsvorarbeiten nötig sind. Am 14. Jänner 2003 gab es die erste Arbeitssitzung mit der Grundlagenanalyse und der Variantenvorstellung. Am 24. Feber 2003 war die zweite Arbeitssitzung wieder mit verschiedenen Details. Am 14. Mai 2003 war die dritte Arbeitssitzung. Am 8. September 2003 war die Begehung, also wir haben das Projekt sehr genau vor Ort erörtert. Am 6. Oktober 2003 waren die Abstimmung und Besprechung vor dem Gemeinderatsbeschluss. Am 19. Juli 2005, das Problem war, dass wir ein Jahr das Quelleinzugsgebiet und –schutzgebiet nicht untersuchen konnten, weil der damalige Besitzer nicht bereit war, diese Untersuchungen, diese Erkundungsbohrungen zuzulassen. Das heißt, das Projekt hat ein Jahr verloren. Da kann man weder das Land noch die Gemeinde dafür verantwortlich machen, weil es rechtlich nicht möglich war.

Herr Abgeordneter Holub, nicht ich habe unprofessionell gearbeitet, wie du unrichtigerweise behauptest. Auf deine Vorwürfe werde ich hier noch näher eingehen.

Faktum ist, dass traurigerweise dieses Projekt dadurch ein Jahr verloren hat. Wir haben dann am 19. Juli 2005 eine vierte Arbeitssitzung absolviert. Am 14. Oktober 2005 war die fünfte. Am 10. Dezember 2005 wurde in einem vollen Kulturhaus der Bevölkerung in einer sehr emoti-

onellen Art und Weise, es ist nicht immer einfach, allen recht tun zu können, dieses Projekt dann den Bürgern vorgestellt. Ich habe dann bei dieser Vorstellung den einzelnen Abschnittsanrainern zugesagt - nachdem der Herr Holub immer seine Gesandten, die sich nicht auskennen, hinschickt, die Protestierer mitnehmen, die dort nicht wohnen, die keine politische Funktion haben - dass ich selbstverständlich mit der Gemeinde gemeinsam in alle Abschnitte gehe und die betroffenen Bürger einladen werde. Und das haben wir getan am 13. März 2006 Hammerhaus, am 30. März 2006 Begehung Badsiedlung, am 11. April 2006 Abschnitt Untere Starten, am 11. Mai 2006 Begehung Abschnitt Florianisierung.

Bis Ende Mai werden nun die Restdetails vorliegen, sodass dann die Gemeinde in der Lage ist, im Juni einen entsprechenden Entschluss zu fassen. Ich möchte nämlich auch vor der Sommerpause noch in der Landesregierung dieses Projekt beschließen. Und nun zu den grünen Vorwürfen, Märchen, Bösarbeiten! Da gibt es eine Dame, die ja heute auch hier sitzt – die glaubt, sich bestens auszukennen – die unglaubliche Flugzettel im Ort verteilt, um die Bürger zu emotionalisieren. Der Abgeordnete Holub redet immer davon, ja das Bad müssen wir retten. Während seine Vorortsprecherin alles tut, um die Bevölkerung scheinbar wissentlich – ihr behauptet ja unwissentlich – falsch zu informieren: „Nein zur zerstörerischen Dörfler-Trasse“. Es gibt keine Dörfler-Trasse! Es gibt eine von Fachleuten erarbeitete Umfahrungsstrasse West, die mit 22 zu einer Stimme vom Gemeinderat beschlossen wurde. Das ist also eine Stadt-Land-Variante und nicht eine Dörfler-Variante.

„Ja zur umweltschonenden Tunnellösung“. Auf die werde ich, Herr Abgeordneter Tauschitz – du bist immer der „Oberscharfrichter“ des Landtages – natürlich auch die entsprechenden Antworten geben, damit du beruhigt sein kannst. Diese Variante wurde ausreichend geprüft. „Zerstörung des Ortsbildes“, schreibt man da. Ja, derzeit ist das Ortsbild schwer gestört und ist kurz vor der Zerstörung. Denn jede Fuhre Holz zur Stora Enso bringt zwei weitere mit sich: LKW über den Hauptplatz voll hin, leer zurück, Hack- schnitzelwagen leer hin, voll zurück, Bretterwagen leer hin, voll zurück!

Das heißt, im Regelfall ist das so, dass eine Fuh-

Dörfler

re zwei weitere auslöst und im Grunde drei Leerfahren über den Hauptplatz gehen. Das ist ja das Problem von Bad St. Leonhard, dass wir hier ... Gott sei Dank – und da kann man dem Bürgermeister und den Gemeindeverantwortlichen gratulieren, nun die Umfahrung bauen. Und ich glaube auch, dass das Land immer ein guter Partner war. Ich darf an die Beschlusslage zur Werkserweiterung Stora Enso erinnern, dass es eine gute Wirtschaftslage gibt, die natürlich einen hausgemachten Verkehr bringt. Das haben wir schon gehört heute, mehr Ein- als Auspendler, aber es sind halt auch eben Verkehre.

Zerstört ist momentan der Hauptplatz, das ist ein Faktum! Aber die Trasse wird nichts zerstören. „Viel mehr Lärm, mehr Feinstaub!“ heißt es. Also der Dame in Grün sind die Menschen völlig wurscht! Wir werden jedenfalls, und das ist das Ziel, die Lärmschutzmaßnahmen so setzen, dass wir kurortgerechte Umfahrungsqualität haben. Das heißt, man muss wissen, dass die Lavant je nach Wasserführung zwischen 35 und bis zu 45 Dezibel Geräuschpegel erzeugt. Und, dass wir das hohe Ziel haben, im Bereich aller Abschnitte der Umfahrung, 35 bis 40 Dezibel Lärmschutzwerte zu erreichen. Wenn Sie wissen, dass die Lärmschutzgrenzwerte derzeit 50 bei Nacht und 60 bei Tag sind, ist das ein eindeutiges Zeichen dafür, dass wir mit 10 bis 15 Dezibel weniger eine kurortgerechte Umfahrung zustande bringen.

„Die Trasse gefährdet verschiedene Quellen“, heißt es. Das ist ja unerhört! Der Landesgeologe hat die gesamte Trasse untersucht, mehrmals untersucht. Es gibt im Quelleinschutzgebiet eine zweite Untersuchung. Da verunsichert man wesentlich oder nicht wesentlich, jedenfalls ganz absichtlich behaupte ich, die Bevölkerung, um zu meinen, die Trasse gefährde verschiedene Quellen. Und jetzt kommt es! „Todesstoß für die Wiederbelebung des Kurortes“. Wir planen eine kurortgerechte Umfahrung mit den betroffenen Anrainern, mit der Stadt Bad St. Leonhard. Und die Lady in Grün schreibt: „Todesstoß für die Wiederbelebung des Kurbades“. (*Zwischenruf von 3. Präs. Lobnig: Unerhört so etwas!*) Das sind so vertrauensbildende Maßnahmen, Herr Abgeordneter Holub, da kann man so richtig den Menschen die Sicherheit geben, dass das, was heute im Landtag besprochen wurde auch von dir vor Ort völlig anders dargestellt wird – vom Todesstoß schreibt man: Das ist wirklich ein

unerhörter politischer Umgang und du wirst einmal einen Verantwortlichen an die Kandare nehmen müssen! Solche Bevölkerungsverunsicherungsflugblätter, die kannst du dir sparen! Schade um das Porto, alles Unwahrheit! Die Lavant müsste verlegt werden. (*Vorsitzender: Darf ich einmal den Fotografen auf der Tribüne ersuchen, hier nicht zu fotografieren. Weil wenn Sie runterfallen, bin ich schuld. Außerdem haben wir einen professionellen Fotografen da, wenn sie was wollen, nicht!*) Ist ein junger Journalist! (*Vorsitzender: Na, ich sage es nur! Weil es sind ja Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten. Und wenn Sie sich soweit drüberbeugen, vielleicht die Gefahr besteht, dass sie herunterfallen. Bitte!*)

Also Unwahrheit über Unwahrheit, bewusst falsche Information der Bevölkerung! Alle Abgeordneten im Landtag haben sich heute für das Projekt ausgesprochen. Und da versucht man, die Bevölkerung falsch zu informieren! Und jetzt, Herr Abgeordneter Holub, ich meine, dass ist ja das Größte! Du versuchst zu behaupten, dass 23 Gebäude abgelöst werden müssen. Wer hat dir denn das Märchen erzählt? (*Abg. Trettenbrein: Er kann nicht zählen!*) Wir sind nicht im Kabarett, wir sind im Landtag! Und dieses Projekt ist nicht dazu geeignet, mit Falschmeldungen zu operieren. In der Tat geht es um vier Objekte, die jedenfalls abgelöst werden müssen. Und ich habe schwierige Verhandlungen mit den Anrainern am Hammerweg geführt, und alle sind meine Zeugen, die dabei waren – du warst ja nie dabei – (*Abg. Holub: Karl Markut war dabei!*) du tust dir ja lieber wahrscheinlich dann in Klagenfurt irgendwelche Berichte bringen lassen. Du hättest ja gerne einmal dabei sein können, waren alles öffentliche Begehungen. Zu behaupten, dass 23 Häuser abgelöst werden, ist unwahr, ist eine Lüge! Das muss ich festhalten. Und vielleicht kann man im Kabarett ein bisschen Schmähs machen und vielleicht ein paar Unehlichkeiten verbreiten. Im öffentlichen Leben, im Umgang mit derartigen Projekten - heute mehrmals schon „Jahrhundertprojekt“ genannt - kann man so damit nicht umgehen!

Ich habe allerdings dann auf Wunsch der Anrainerschaft – im Bereich Hammerhaus war der Wunsch – drei Ablösen – dann habe ich gesagt, man kann über die ganze Siedlung, das sind zehn Objekte, auf Wunsch der Bürger sprechen, Herr Abgeordneter Holub! Und wenn du immer von

Dörfler

Bürgervertretung sprichst, und ich es tue, dann komm nicht mit falschen Zahlen! Entweder kannst du nicht rechnen oder hast du bewusst, wissentlich die Bevölkerung versucht, falsch zu informieren. Und das ist zurückzunehmen! Es geht in der Tat um vier Objekte und es kann um zehn Objekte gehen, wenn es das ist, was ursprünglich mit den Anrainern vereinbart wurde, dass es eine Gesamtablöse gibt.

Und das ist ein Umgang, den man so nicht im Raum stehen lassen kann! Und jetzt komme ich auch noch zu diesen Tunnelträumen – oder es gäbe keine Variantenuntersuchungen! Wir haben kartonweise Variantenuntersuchungen! Und ich darf nur die geologische Stellungnahme aus dem Jahr 2003 von unserem Landesgeologen Dr. Bäck, zuständiger Referent Reinhart Rohr erwähnen. Ich denke, der Umweltreferent wird keinen Bericht an mich zugehen lassen, der nicht den Tatsachen entspricht.

Herr Abgeordneter Holub, genau zuhören, ganz genau zuhören zum Thema Variante 3, Tunnelvariante! Hier sagt der Herr Dr. Bäck, zuständig der Referent Rohr, sehr unverdächtig, würde ich behaupten: „Der Tunnel mit einer Gesamtlänge von etwa 1.570 Metern kommt zum Großteil in quartären Lockersedimenten (Wildbachschutt) bzw. abschnittsweise Übergang der quartären zu den jungtertiären Schichten zu liegen.“ Das heißt ich müsste einen Tunnel auf einen Schotterhaufen bauen. Er schreibt dann weiter: „Im Übrigen liegt die Trasse in Lockergesteinen. Da nördlich im Bereiche der Tunneltrasse eine Besiedlung gegeben ist, ergibt dies eine zusätzliche Erschwernis bei der bergmännischen Anfahrung in den Lockergesteinen. Im Bereich der Variante 3 ist auf Grund der Untergrundbedingungen, hydrogeologischen Verhältnissen und Bebauung im Trassenbereich für die Lockergesteinsstrecken ein sehr hohes Baugrundrisiko gegeben. Daher ist eine geringe Zielerfüllung möglich.“

Herr Abgeordneter Tauschitz, ich hoffe, dass auch deine Anfrage damit beantwortet ist. Herr Abgeordneter Holub lasse den Herrn Ullrich nicht weiter von einem Tunnel reden! Faktum ist, dass er geologisch schwerst bis nicht möglich ist. Faktum ist auch, dass er auch von den Kosten damit nicht einschätzbar und umsetzbar ist. Deshalb hat sich der Gemeinderat mit dem Land dazu entschlossen, diese Westvariante baureif zu machen. Ich hoffe, dass damit die

Tunnelfragen eindeutig und klar beantwortet sind.

Das andere ist die Nutzwertanalyse, die in allen Aspekten entsprechend aufgearbeitet wurde. Herr Abgeordneter Holub, da wurden alle möglichen Varianten und alle möglichen Fachbereiche untersucht, vom Grashalm bis zum Fisch in der Lavant. Daraus ist dieses Projekt Umfahrung West auf dieser Trasse entstanden. Wir werden in den nächsten Wochen, bis 1. Juni jedenfalls, eine Variantenvertiefung noch vorlegen, weil es darum geht, im Bereich der Unteren Stadt eine Kostengegenüberstellung vorzunehmen. Derzeit ist es so, dass eine Einhausung 7,6 Millionen Euro Mehrkosten verursachen würde. Das sagt das Planungsbüro Kronawetter. Das sagt auch ein Gutachten der Firma Ertl, Horn & Partner. Es hat heute die Bürgervertretung der Unteren Stadt - ein Gegengutachten, kann man nicht sagen - aber eine Gegenpreiserhebung vorgelegt. Wir werden auch dies noch einmal überprüfen. Denn eines: 50 Dezibel sind die gesetzlich maximalen Richtwerte. Und wir streben 35 bis 40 an. Die können wir mit hoch absorbierenden Lärmschutzwänden jedenfalls erreichen. Jetzt schon würden wir mit den zwei Meter hohen Lärmschutzwänden im Gesamtbereich der Unteren Stadt die Grenzwerte jedenfalls klar unterschreiten. Aber ich habe immer – und dazu stehe ich und dazu steht, wie ich heute gehört habe auch der Landtag – gesagt, dass wir eine kurortgerechte Umfahrung in allen Bereichen anstreben. Das wird jedenfalls auch im Bereich der Unteren Stadt möglich sein.

Herr Abgeordneter Holub, ich würde wirklich in Zukunft bitten, nicht mit irgendwelchen Sprechblasen an die Öffentlichkeit zu gehen und Menschen zu verunsichern. Du bist herzlich eingeladen, nimm dir einmal die Zeit, bei einer Bürgerbegehung mit dabei zu sein! In Klagenfurt am Wörther See zu sitzen und zu dozieren, uns die Arbeit überlassen und dann zu den Zeitungen laufen, Unwahrheiten zu verbreiten. Vier Häuser sind es, die notwendig sind – und du machst 23 daraus. Das ist nicht seriöse Politik! Weil wenn ich von einem Tunnel reden würde, würdest du wieder behaupten: „Den Tunnel brauchen wir nicht, weil wir in die Erde kein Loch hineinbohren dürfen.“ Es gibt kein Projekt, das die Grünen wirklich wollen. Das ist ein Faktum. Ich habe schon die grünen Spaten verboten, weil das ärgert mich ein bisserl. So gut mir die Farbe grün

Dörfler

gefällt, aber ein grüner Spaten für einen Spatenstich, das bedeutet: Man darf nichts machen.

Ich darf schon auch an die Umfahrung Völkermarkt erinnern, wo dein zuständiger Gemeinderat den dringlichen Antrag gestellt hat – weil auf einmal wollte er auch auf der Seite der Guten sein und der Sieger und der Macher sein – und in einem schwierigen Prozess mit einem dringlichen Antrag mein Umfahrungsprojekt eingefordert hat. Es wird so sein: (*Lärm im Hause*) Auf Grund der Bevölkerungsverunsicherung wirst du in Bad St. Leonhard, nehme ich an, nie einen Gemeinderat haben, weil die Bevölkerung schon weiß, wem sie vertrauen kann. Sie kann dem Verkehrsreferenten vertrauen, der wirklich in einem schwierigen Prozess gemeinsam mit der Gemeinde, gemeinsam mit den Planern, gemeinsam mit den betroffenen – unterstrichen „betroffenen“, Herr Abgeordneter – Anrainern versucht, mit Unterstützung des Landtages das bestmögliche Projekt umzusetzen.

Ich möchte, und das werde ich auch, gemeinsam mit euch erhobenen Hauptes über den Hauptplatz in St. Leonhard gehen, weil es ein gutes Projekt, ein Jahrhundertprojekt sein wird. Ich ersuche in Zukunft von derartigen Falschmeldungen abzusehen und auf der Seite der Vernunft zu stehen und nicht einen billigen Populismus zu machen und Falschmeldungen zu verbreiten! Denn „Zerstörung“, „Todesstoß“ für das Kurbadprojekt? – Wir kämpfen dafür, gemeinsam mit der Stadt, dass wir bis 1. Juni das Projekt beschlussreif machen, und deine Sprecherin des Bezirkes schreibt vom „Todesstoß“. Sie schreibt ja auch einen Leserbrief, das muss ich auch noch festhalten. Das ist ja unerhört, wie man mit dem Projekt umgeht: „Derzeit donnern 10.000 Fahrzeuge über den Hauptplatz.“ Es sind zirka 7.000. Sie schreibt dann: „Für eine Umfahrung, wo täglich 50.000 Fahrzeuge oder mehr mit größeren Geschwindigkeit fahren werden ...“ Blah, blah, blah. 50.000 Fahrzeuge. Ich meine, rechnen, Herr Abgeordneter, müssen deine Leute schon lernen. Das ist einmal die Grundvoraussetzung, weil aus 7.000, 8.000 Fahrzeugen 50.000 zu machen, das habe ich zwischen Villach und Klagenfurt. Das ist unerhört! Und genau das ist das unterschwellige Verunsichern von Menschen, die ein Recht auf ein Jahrhundertprojekt, auf die kurbadgerechte Umfahrung haben. Das sind Dinge, wo ich meine, dass seriöse Politik im Landtag nicht dazu

führen darf, dass man mit derartigen Zahlen agiert, sondern, Herr Abgeordneter, du bist ja immer auch ein kritischer Geist in diesem Hause. Bei der Wahrheit zu bleiben, das ist halt auch eine Voraussetzung! Bei den anderen immer kritisch sein und selbst mit Zahlen operieren, die jenseits von irgendeiner Realität sind: Das ist nicht der Beitrag zu einem Jahrhundertprojekt. Ich würde mir wünschen, dass es eine neue Qualität gibt, bei Projekten. Du hast mich angerufen. Ich habe dich sofort zurück gerufen. Wir haben binnen Stunden einen Termin ausgemacht. Ich habe den Abgeordneten Holub sogar am Ostersonntag angerufen, lange nicht erreicht, weil er arbeitet nicht so viel wie ich. Ich arbeite am Ostersonntag. Wir haben uns in der Woche nach Ostern getroffen. Du hast selber gesagt: „Ist eh alles klass!“ Es ist noch nicht alles klass, aber es wird passen. Wir sind der Bevölkerung in St. Leonhard eine gute Lösung schuldig! (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt. – Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 184-5/29:

Debatte zur Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend Errichtung einer Anlaufstelle für Opfer von Zwangsprostitution und illegalem Frauenhandel

In der Landtagssitzung vom 11. 5. 2006 wurde diese Anfrage von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut mündlich beantwortet. Es wurde einstimmig beschlossen, die Debatte zu dieser Anfrage in der nächsten Sitzung durchzuführen. Das geschieht heute. Zu Wort hat sich die Frau Abgeordnete Lesjak gemeldet.

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr stolz, dass eine schriftliche Anfrage von uns hier die Zustimmung für eine Debatte gefunden hat! Letztesmal haben alle Parteien der Debatte zugestimmt. Ich bin sehr froh, dass ein Thema von uns hier ausführlich debattiert werden kann! Es handelt sich tatsächlich um ein dringendes Problem: Der illegale Menschenhandel, der Frauenhandel und die Zwangsprostitution sind in Kärnten ein massives Problem geworden, in den letzten Jahren. Hier besteht auch ein massiver Handlungsbedarf; ein Handlungsbedarf, der von der zuständigen Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut ausgeübt werden soll. Umso verwunderlicher ist es, dass die zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin nicht hier ist – im Unterschied zum Herrn Dörfler, der sich wenigstens dieser Debatte stellt. Die zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin interessiert es offenbar nicht, was da debattiert wird. Sonst wüsste ich nicht, wie ich ihre Abwesenheit hier interpretieren sollte.

Der Menschenhandel, der Frauenhandel ist europaweit zum zweitlukrativsten Bereich geworden; hinter dem Waffenhandel. Er ist sogar noch lukrativer als der Drogenhandel. Hier wird ganz, ganz viel Geld verdient, hier wird mit üblen Mitteln gearbeitet. Das Schlepperwesen treibt sein Unwesen in ganz Europa! Und Kärnten ist davon ganz massiv betroffen. Das geht unter anderem ja auch aus dieser Anfragebeantwortung hervor: Kärnten ist das drittstärkste Bundesland, wo am meisten illegale Prostituierte usw. durchgeschleust werden.

In der Anfragebeantwortung werden wir zunächst darüber belehrt, in wessen Kompetenz das eigentlich fällt. Da heißt es: „In der Landeskompetenz befindet sich das Verbot illegaler Prostitution, nach dem Kärntner Prostitutionsgesetz. Dieses Gesetz regelt auch das Verbot illegaler Prostitution, und somit sei die Zuständigkeit für illegale Prostitution und Zwangsprostitution gegeben. Also das ist schon einmal ein guter Anfang, dass zumindest diese Zuständigkeit anerkannt wird.

Dann heißt es: „Die Thematik Frauenhandel, illegale Immigration ist landeskompetenzrechtlich nicht eindeutig zuordenbar. Vor allem auf

Grund der Tatsache, dass zu jenem Zeitpunkt des Unterstützungserfordernisses betroffener Frauen ein Delikt dieser Art noch nicht nachweisbar ist.“ Also was soll das eigentlich bedeuten? Das ist ein großes Fragezeichen, das da bei mir auftaucht. Was heißt das, dass ein Delikt dieser Art nicht nachweisbar ist, wo wir wissen, aus den Medien, aus Studien usw., dass hier zahlreiche Delikte vorliegen und dass das ein ganz dringendes Problem ist.

Später heißt es dann auch in der Anfragebeantwortung, dass das Projekt-West und auch ein Schlepperbericht des Bundesministeriums gezeigt haben, dass jährlich in Kärnten rund 4.880 Personen aufgegriffen werden. „Mit dieser Anzahl“, Zitat „befindet sich Kärnten an dritter Stelle in der Bundesstatistik. 27,2 % aller rechtswidrigen Übertritte und Aufgriffe erfolgen über die Grenze von Italien nach Kärnten. Über 4.000 rechtswidrig Eingereiste verbleiben in Kärnten.“ Über 4.000! Das muss man sich vorstellen! Was passiert eigentlich mit diesen Frauen? Wo sind denn die? – Die sind in ganz Kärnten irgendwo verteilt, in Hüttenberg, in Spittal, in Eberndorf. Irgendwo. (*Abg. Ing. Scheuch: Nein, in Spittal sind sie nicht!*) Es gibt Dörfer und Städte und Gasthäuser und Pensionen. Dort sind die Frauen untergebracht. Sie werden dort versteckt, und es wird dort von vielen Frauen Gebrauch gemacht. Das ist ein dringendes Problem, und darüber sollten wir wirklich sehr, sehr ernsthaft reden!

Dann wundert mich, dass als Nächstes in der Anfragebeantwortung Folgendes zu lesen ist: „Insbesondere sei jedoch auch auf den erforderlichen Schutz und die Informationspflicht für die einheimische Bevölkerung Bedacht zu nehmen, zumal von dem Aspekt der gesundheitlichen Gefährdung illegaler Prostitution sowohl die Kunden, aber auch deren Familien betroffen sein können.“ Ach, wie arm sind denn die betroffenen Kunden und die Familien, die dann betroffen sind? Die Männer, die betroffen sind, weil sie zu den Prostituierten gehen und dann vielleicht mit Krankheiten nach Hause kommen. Da wird so getan, als wenn die Männer und die Familien die Opfer wären von der illegalen Prostitution. Von den betroffenen Frauen ist da überhaupt nicht die Rede. Ich finde, das ist eine Frechheit und das ist beschämend, von der Landeshauptmann-Stellvertreterin eine derartige

Mag. Lesjak

Antwort zu bekommen! Das ist wirklich beschämend!

Weiter heißt es: „Das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz wurde von allen Regierungsmitgliedern beschlossen und unterschrieben.“ Das wissen wir ja auch. Wir haben das ja hier einstimmig auch beschlossen. Und dann, was mich wundert: „In der Referatseinteilung gibt es keine definitive Zuordnung des Gesetzes zu einem Regierungsmitglied, woraus sich schließen lässt, dass dieses Gesetz die Zuständigkeit aller Regierungsmitglieder trifft – oder keiner Regierungsmitglieder.“ Also offenbar fühlt sich da ja überhaupt niemand zuständig. Ich glaube schon, dass das eine große Schwäche in der Legislative ist, wenn sich hier auf einmal kein Regierungsmitglied zuständig fühlt! Ja, die Exekutive. Ausreden, dass dafür keiner zuständig ist, sind da, in der Anfrage, wirklich genug vorhanden.

Dann wird endlich auf unsere Anfragen eingegangen. Wir fragen als Erstes, welches Konzept es zum Aufbau und zur Organisationsstruktur einer Anlaufstelle gibt, und was bereits umgesetzt wurde. Die Antwort ist: „Die Anlaufstelle bzw. Helpline wird von einem privatrechtlichen Verein aufgebaut und geführt; von der Ausländerinnenberatung.“ Dann heißt es weiter: „... dass es ein Netzwerk von Experten gibt, Sicherheitsdirektion“ usw. und so fort, was ja auch sehr gut ist und was auch notwendig ist und offenbar auch sehr effektiv ist. Aber es beantwortet meine Frage nicht. Ich habe nach einem Konzept gefragt, nach Struktur und Organisation. Was muss diese Anlaufstelle alles können? Wie muss sie ausgestattet sein? Welche Struktur und Ressourcen benötigt sie? – So eine Anlaufstelle benötigt psychosoziale Betreuung, psychotherapeutische und juristische Betreuung, die den Frauen zur Verfügung gestellt werden müssten.

Wir wissen von der zuständigen Verantwortlichen von der Ausländerinnenberatung, dass bis heute kein Büro vorhanden ist, damit die Anlaufstelle aufgebaut werden kann. Diese Frau von der Ausländerinnenberatung muss schauen, dass sie halt irgendwo verbleibt und schaut, dass sie diese Anlaufstelle aufbaut.

Die Frage 2 – und das finde ich, ist auch impertinent – lautet: Wann wird die Anlaufstelle die Arbeit aufnehmen? Die Antwort lautet: „Die Helpline bzw. die Anlaufstelle hat am 1. 6. 2005 ihre Arbeit aufgenommen.“ Ich habe recher-

chiert. Im Februar dieses Jahres, im Februar 2006, gab es noch keine Helpline. In der Anfragebeantwortung steht drinnen, die Helpline hätte am 1. 6. 2005 Arbeit aufgenommen. Im Februar gab es diese Hotline noch nicht! Also da muss ich mich schon fragen: Was ist eigentlich der Kompetenz der zuständigen Landeshauptmann-Stellvertreterin?! Hat sie bewusst die Unwahrheit hergeschrieben oder hat sie das einfach nicht gewusst? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Beides!*) Ich finde es eigentlich ungeheuerlich!

Dann wird die Frage beantwortet, welche finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden: „Im Jahr 2006 gab es 30.000 Euro und im Jahr 2005 5.000 Euro.“ Was soll man mit dem Geld machen?! Was kann man denn mit dem Geld anstellen? So eine Anlaufstelle – und wir haben uns auch erkundigt und uns informiert – muss wirklich gut ausgestattet sein, muss ganz gute und professionell ausgebildete Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen haben, bei diesen vielen Frauen, damit dieses Problem aufgefangen werden kann, damit da wirklich geholfen werden kann. Das ist zu wenig! Das ist für eine echte, verantwortungsvolle Politik einfach ein Tropfen auf den heißen Stein und kann, beim besten Willen, wirklich nicht diesem Problem Einhalt gebieten!

Dann zur Frage 6: „Wo und für welchen Zeitraum werden traumatisierte Frauen, als Opfer der Zwangsprostitution, des illegalen Frauenhandels zur Stabilisierung untergebracht werden?“ Das wollten wir wissen. Was macht man denn mit diesen Frauen?

Die Antwort lautet: „Der Zeitraum der Unterbringung der Opfer kann sich nur nach den gegebenen gesetzlichen Vorgaben richten. Zur Beantwortung dieser Frage ist Landeshauptmann Dr. Jörg Haider der dafür zuständige Referent der Kärntner Landesregierung.“ Das heißt, wenn ich das richtig verstehe, wenn Zwangsprostituierte Frauen traumatisiert sind – und das sind sie, das sind alle, natürlich sind die traumatisiert – dann ist sie nicht zuständig. (*Abg. Ing. Scheuch: Deswegen ist sie auch nicht da!*) Also, wenn die Zwangsprostituierten traumatisiert sind, dann sagt sie: „Das ist nicht mehr in meiner Kompetenz!“ Ja, was soll denn das bedeuten? Dann wirft sie ihre Verantwortung weg und sagt: „Das ist einfach die andere Kompetenz!“ Vorher hat sie aber erklärt, sie sei zuständig! Also ich kann

Mag. Lesjak

mir nicht vorstellen, was da wirklich der Hintergrundgedanke war, für diese Art von Anfragebeantwortung. Wir wissen das aus Medienberichten, wir haben uns aber informiert, wie das Schlepperwesen funktioniert. Die fahren hinunter in den südosteuropäischen Raum, sind sehr sehr gut organisiert, arbeiten mit System. Dort werden von Frauen, von sozusagen ausgebildeten Frauen die schön angezogen sind, fesch hergerichtet sind, die Frauen gehen dort in die Discos, in die Lokale, locken die jungen Mädchen an und sagen und versprechen ihnen dann, in den Westen zu kommen, Altenpflegerin zu werden, Tänzerin zu werden etc, etc. Die Mädchen fallen auf diese Tricks natürlich herein, weil sie glauben, da ist das große Glück im Westen, vertrauen sich diesen Schleppern an, kommen mit. Und kaum sind sie über der Grenze werden die Pässe eingesammelt und dann wird ihnen gesagt, dadurch, dass sie jetzt den Transport erhalten haben, sind Schulden, sind Kosten entstanden und sie müssten diese Schulden abarbeiten.

Die Frauen glauben das natürlich auch. Sie haben ja überhaupt keine Möglichkeit, da auch noch wegzukommen. Dann werden sie in Kärnten, in Italien – wo auch immer – also durch Kärnten geht eigentlich die Schleuse durch, viele werden ja weitergebracht, aufgeteilt auf verschiedene Standorte, und verbleiben auf einem Platz nur sehr kurze Zeit, damit sie sich dort nicht mit anderen Frauen zusammentun und Beziehungen herstellen, damit sie sich irgendwie stärken und da herauskommen. Wir wissen das von der Ausländerinnenberatung vom Verein „ASPIS“ etc., dass diese Frauen wirklich psychisch und seelisch massiv geschädigt sind. Sie sind traumatisiert! Es ist ganz, ganz schwer für diese Frauen, da jemals wieder herauszukommen aus dieser Situation. Noch dazu haben wir eine Rechtslage die es diesen Frauen wirklich sehr schwer macht, da herauszukommen. Da ist es in Italien etwas besser. Bei uns ist es ja so, wenn so eine Frau aufgegriffen wird, kommt sie in die Schubhaft und ab in die Heimat! Die hat nicht einmal die Möglichkeit, auf ein korrektes, faires Asylverfahren. In Italien ist das nicht so, die haben eine andere Gesetzeslage in Italien, sie können in der Schubhaft sagen, Asyl, und dann kriegen sie ein Asylverfahren und werden dort integriert.

Also, hier haben wir noch einen ganz, ganz großen Handlungsbedarf, nicht nur in der Bundes-

verantwortung, sondern ganz besonders auch in der Landesverantwortung. Wir brauchen diese Anlaufstelle, die muss gut ausgestattet sein. Wir brauchen die Hilfe für diese Frauen und wir brauchen vor allem auch zuständige Landespolitikerinnen, die sich dieses Problems annehmen. Ich sehe, dass die Landesrätin untätig wird und diesen Frauen ihrem Schicksal überlässt. Und das ist eigentlich nicht zu akzeptieren. Und ich fordere die Landesrätin – die mich leider nicht hört – auf, hier endlich zu handeln! Danke schön! *(Beifall von der F-Fraktion und Abg. Holub.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth das Wort.)

Abgeordnete **Warmuth (F):**

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nach der sehr erregten Wortmeldung meiner grünen Kollegin, darf auch ich mich zu Wort melden und festhalten, dass es wirklich Besorgnis erregend ist, was sich hier in Kärnten abspielt. Besorgnis erregend ist der Schlepperbericht 2005, der ausweist, dass jährlich etwa 5.000 Personen aufgegriffen werden. Mit dieser Statistik befindet sich Kärnten bundesweit an dritter Stelle. Ein Drittel aller rechtswidrigen Übertritte und Aufgriffe erfolgen über die Grenze von Italien nach Kärnten. Über 4.000 der rechtswidrig Eingereisten verbleiben in Kärnten; auch sehr Besorgnis erregend! Daher ist auch auf den erforderlichen Schutz und die Informationspflicht für die einheimische Bevölkerung Bedacht zu nehmen, zumal von dem Aspekt der gesundheitlichen Gefährdung illegaler Prostitution sowohl die Kunden als auch die Familien betroffen sein könnten. Außerdem: Das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz wurde in der Landesregierung beschlossen und unterschrieben! Hier besteht natürlich dann eklatanter Handlungsbedarf und zwar der Frauenreferentin.

Nur, was passierte bisher? Soziale Kälte herrscht in dieser Thematik. Ich bin besorgt, dass seitens der Frauenreferentin Dr. Schaunig eine grobe Ignoranz dieser heiklen Thematik vorherrscht. Die heutige Abwesenheit beweist dies auch. Ich orte hier die Unfähigkeit und die mangelnde Sensibilität, mit dieser Thematik verantwortungsvoll umzugehen. Tatsache ist, dass im Sozialreferat von Dr. Schaunig jährlich zig Millio-

Warmuth

nen an Rücklagen gebildet werden, dass hier aber eine große Vernachlässigung des Themas Anlaufstelle für Opfer von Zwangsprostitution und illegalem Frauenhandel stattfindet. Meine Vorrednerin hat das sehr eindrucksvoll mit Fakten und Zahlen bewiesen. Und auch ich habe mich hier schlaugemacht und konnte recherchieren, dass dies alles der Wahrheit entspricht. Frau Sozialreferentin: Ich fordere Sie auf, hier endlich die notwendigen Maßnahmen zu setzen, denn die Ankündigungspolitik ist für Kärnten einfach zu wenig! Ich fordere Frau Schaunig auch auf, für unser Land, für die Frauen und für die Sicherheit jener Menschen zu arbeiten, die es im Leben besonders schwer haben. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Und noch etwas: Ich fordere Frau Dr. Schaunig auch auf, endlich den Schwarzen Peter zu unterlassen und dies immer wieder dem Herrn Landeshauptmann zuzuspielen. Sie sind als Frauenreferentin für die Frauen verantwortlich! Und ich sage eines: Wir in Kärnten müssen eine effiziente Anlaufstelle schaffen! Ich fordere Frau Schaunig auf: Arbeiten Sie oder treten Sie zurück! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

(Abg. Ing. Scheuch: In Vertretung von der Frau Schaunig! – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die Kurve ist nicht mehr zu kratzen!) Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Verbliebene im Hohen Haus! (Abg. Ing. Scheuch: Uns sind die Frauen wichtig, deswegen sind wir da!) Dem Herrn Scheuch sind die Frauen wichtig, das ist sehr tüchtig, dass Ihnen die Frauen wichtig sind! Ich halte es für sehr bedenklich, dass wir hier eine Debatte führen sollen über Zwangsprostitution und, dass hier eine Debatte über die Soziallandesrätin geführt wird. (Mehrere Einwände von Abg. Ing. Scheuch.) Barbara, also ich sehe keine Notwendigkeit da, mit jemandem persönlich derart ins Gericht zu gehen. Wenn du Probleme mit ihr hast, dann sage ihr das bitte ins Gesicht! Gehst zu ihr und sagst ihr, (Abg. Mag. Lesjak: Deswegen haben wir den Landtag! – Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch. – Lärm und Unruhe im Hause.) und sagst ihr das ins Gesicht. Und wenn wir eine Debatte über Zwangsprostitution führen,

dann haben wir ... also, dann sollten wir die nicht so polarisieren und ausschließlich auf die Landeshauptmann-Stellvertreterin reduzieren, (Abg. Mag. Lesjak: Sie ist ja zuständig! – Weitere Zwischenrufe aus der F-Fraktion.) die heute übrigens einen Termin wahrnimmt, nämlich einen Termin zur Eröffnung der Kulturwoche der Kärntner Slowenen, der zeitgleich jetzt stattfindet; (Abg. Ing. Scheuch: Ah, das ist wichtiger! Da hat sie überhaupt keine Kompetenz ... - Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe in der F-Fraktion. – Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause.) und klonen ist derzeit in Österreich also noch nicht erlaubt. (Es folgen weitere Einwände aus der F-Fraktion. – Lärm im Hause.) Also, es ist in derart hoher Funktion schwierig, überall anwesend zu sein, wenn die Zeit dahinschwindet. (Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo. – Abg. Ing. Hueter: Lässt Sie mal reden!)

Zum Thema Zwangsprostitution, das ich jetzt zur Debatte nützen möchte – ich möchte übrigens auch nur sagen, dass die Frau Landesrätin in ausreichender, umfangreicher Form die Fragen beantwortet hat, die ihr gestellt wurden. Es sind auch hier finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden. Ich glaube, 30.000,- Euro ist nicht nichts! Ich meine, ich weiß nicht, wo lebt ihr, wenn 30.000,- Euro heute nichts mehr sind? Ich meine, seid ihr alle schon abgehoben? *(Abg. Mag. Lesjak: Was ist das 30.000,- Euro!?)* Aber Zwangsprostitution; ich halte es für eine sehr, sehr bedenkliche Entwicklung unserer Gesellschaft, dass auch hier die Nachfrage das Angebot regelt. Weil ich halte es für sehr bedenklich, dass diese intimen menschlichen Bedürfnisse auf einer marktwirtschaftlichen Art und Weise geregelt werden. Und ich halte es für extrem bedenklich, dass für diese Tätigkeiten Frauen missbraucht werden, Frauen in misslichen Situationen missbraucht werden und auch teilweise Kinder zur Zwangsprostitution genötigt werden, weil sie einfach keinen anderen Weg haben, im Leben durchzukommen, weil sie keine andere Chance haben, irgendwie zu finanziellen Mitteln zu kommen.

Und ich halte es auch – also, das möchte ich hier anbringen; wir haben ja jetzt demnächst ein GTI-Treffen am Wörthersee – für sehr bedenklich, hier ein Frauenbild zu schaffen, weil in dieser Broschüre, die fürs GTI-Treffen ausgegeben wird, steht drinnen: Was ihr auf keinen Fall vergessen dürft! Das ist ein Schild: „Titten raus!“

Dr. Prettner

Titten-Raus-Schild! (*Abg. Ing. Scheuch: Was hat denn die Frau Schaunig dazu gesagt!?*) Also eine Reduktion der Frauen auf Titten-Raus. Ich meine, das sagt schon alles über ein gesellschaftliches Bild. Und dieses gesellschaftliche Bild, in dieser Gesellschaft leben wir leider. Ich möchte aber auch aus medizinischer Sicht doch eingehen auf die Krankheiten, die auch bei illegaler Prostitution übertragen werden können. Ich meine, das darf auch nicht bagatellisiert werden, dass in dieser Hinsicht Krankheiten keine Grenzen kennen, keine Staatsgrenzen, sondern, dass es durch Geschlechtsverkehr einfach aus einer ganz simplen Tatsache, weil es zur Übertragung von Körperflüssigkeiten kommt, zur Übertragung von vielen, vielen, vielen Krankheiten kommt. Letzte Woche haben wir den Aids-Ball gehabt, wir haben gehört, dass derzeit 6.000 Aidserkrankte in Österreich leben. Und, dass es nicht nur Randgruppen betrifft und spezifische Gruppen, sondern im Speziellen auch Familien, also auch Frauen und Männer betrifft, die ein völlig normales Leben führen, weil einfach Keime eingeschleppt werden. Und es gibt (*Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause.*) auch nicht nur die traditionellen unter den Geschlechtskrankheiten, diese Erkrankungen, die hier übertragen werden können, sondern generell Erkrankungen, die durch Körperflüssigkeiten übertragen werden. Zum Beispiel die Leberentzündung, wo da eine hohe, hohe Durchseuchungsrate besteht von der man überhaupt nicht spricht. Und insofern zu bagatellisieren, dass hier keine Opfer sind, halte ich auch nicht für richtig.

Tatsache ist, dass sich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin dieses Problems angenommen hat, Tatsache ist, dass eine Anlaufstelle geschaffen wurde und, dass dafür auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Und wie gesagt: Es war im Jahr 2005 5.000,- Euro und für dieses Jahr 2006 wurden 30.000,- Euro dazu budgetiert. Es ist die Frau Sorker-Pasterk mit der Umsetzung dieses Problems betraut und ist natürlich noch nicht alles im Idealfall und alles so, wie es sein sollte, aber es ist ja alles im Aufbau. Und ich möchte auch dazu sagen, dass vor allem dieses – auf dieses Aufenthaltsrecht möchte ich eingehen – dass das Aufenthaltsrecht unbedingt zu ändern ist. Nämlich, es werden die Frauen aufgegriffen, und wie das meine Vorrednerinnen schon gesagt haben, sie kommen dann in Schubhaft, sie haben auch keine Möglichkeit,

sich zu rechtfertigen sondern sie werden abgeschoben. Und hier appelliere ich an den Landeshauptmann, den humanitären Aufenthalt für Frauen zu schaffen, um ihre Existenz zu sichern und ihnen Perspektiven für die Zukunft zu gewähren. (*Abg. Ing. Scheuch: Den Landeshauptmann! – Haltet den Dieb!*) Und die Arbeit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin ist in Ordnung, sie kann ruhig weiterarbeiten. (*Abg. Ing. Scheuch: Haltet den Dieb!*) Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

So, Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die Thematik ist sicherlich sehr ernsthaft zu führen. Und ich glaube, wir sollten also bei diesem Ernst bleiben. Ich möchte doch sagen, dass hier nicht marktwirtschaftliche Methoden Platz greifen, sondern kriminelle, verbrecherische Methoden. Das ist, glaube ich, der richtige Ausdruck. Und wenn ich mir die Entwicklungen in der Gesellschaft ansehe und auch diesen Life-Ball oder wie der in Wien heißt, dann ist mir schon als normaler Bürger vorgekommen, dass das eine sehr unnatürliche, abgehobene und exzessive Lebensweise ist, die dort öffentlich praktiziert wird und natürlich stimuliert. Also, ich muss ehrlich sagen, ich bin erschüttert, welcher Aufwand dort betrieben wird, welche Exzesse dort öffentlich dargelegt werden. Dann braucht man sich nicht wundern, wenn dann die gesamte Gesellschaft glaubt, sie müsse da ebenfalls bei derartigen Exzessen dabei sein. Also, da glaube ich, sollten wir uns ein bisschen zurücknehmen und uns einmal wirklich die Frage stellen, was ist denn überhaupt noch unsere Gesellschaft? Was sind ihre Schwerpunkte? Wo leben wir denn überhaupt? Leben wir am Boden oder sind wir derart abgehoben, dass wir die Tatsachen nicht mehr sehen oder das, was eigentlich das Leben ausmacht. Das ist meine Beurteilung aus der Ferne. Vielleicht bin ich altmodisch.

Aber ich glaube, wir sollten diese Themen auch in der Zukunft ernster nehmen. Und schade, dass diese Diskussion nicht in einer anderen Form stattfinden kann. Es gibt sicher Mängel, es gibt Notwendigkeiten, den richtigen Zugang zu finden und viele Dinge, die hier noch zu lösen sind. Deswegen glaube ich, ist so eine Diskussion

Dipl.-Ing. Freunschlag

auch einmal wichtig, dass sie geführt wird und vielleicht wird es in der nächsten Zeit in dieser Frage noch einige andere Diskussionen geben können. Nun es gibt keine weitere ... (Abg. Dipl.-Ing. Gallo meldet sich zur tatsächlichen Berichtigung. – Der Vorsitzende gibt nach kurzer Verzögerung dazu das Mikrofon frei.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Frau Abgeordnete Prettner hat die Frau Landesrätin mit der Mitteilung entschuldigt, dass sie heute bei der Eröffnung der slowenischen Kulturwoche wäre. Die Kulturwoche der Kärntner Slowenen, richtig gesagt, wird heute in einer Woche in St. Paul eröffnet. Ich nehme zur Kenntnis, dass, wenn diese Mitteilung richtig sein soll, die Frau Landesrätin eine Woche früher losgefahren ist. (*Heiterkeit und Lärm im Hause. – Einsetzender Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

So, damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt. Bitte? (Abg. Mag. Dr. Kaiser meldet sich zur Geschäftsordnung.) Was, Herr Abgeordneter Dr. Kaiser, zur tatsächlichen Berichtigung?

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Die Information, die die Frau Kollegin Prettner gegeben hat, stammt von mir. Ich nehme zur Kenntnis, dass es nicht die Kärntner Kulturwoche ist, sondern die Eröffnung der Ausstellung in der Galerie Kärnten, zu der der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Strutz geladen hat mit der Künstlerin Tanja Pruschnig, wie ich es dir vorher bereits gesagt habe. Dort hat die Frau Landesrätin Schaunig bereits vor eineinhalb Monaten zugesagt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ja, der Hohe Landtag hat die Berichtigungen gehört!

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

Ldtgs.Zl. 144-5/29:**Anfragebeantwortung von Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak betreffend Antidiskriminierung**

Herr Schriftführer, ich ersuche um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

Bezugnehmend auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak darf ich Ihnen vorerst Folgendes betreffend Zuständigkeit und Referatszugehörigkeiten in der Kärntner Landesregierung mitteilen:

Zuständigkeiten für die Themen Menschenhandel, Frauenhandel, illegale Prostitution und Zwangsprostitution. Die gesetzlichen Regelungen zur Förderung der Prostitution – (*Der Schriftführer sucht in den Unterlagen!*) – das war das Falsche.

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

Für die Anfrage der Abgeordneten Mag. Barbara Lesjak und des Abgeordneten Rolf Holub sind aufgrund der Tatsache, dass Antidiskriminierung eine Querschnittsaufgabe im Land Kärnten darstellt, je Fragestellung unterschiedliche Regierungsmitglieder bzw. die Kärntner Landesregierung als Kollegialorgan (§ 1 K-GOL) zuständig.

Das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz regelt Diskriminierungen im ausschließlichen Kompetenzbereich des Landes und sieht einerseits die Ahndung von Diskriminierungsfällen und andererseits Präventivmaßnahmen in Form des sozialen Dialoges vor. Antidiskriminierung ist eine Querschnittsaufgabe und umfasst folgende sechs Schwerpunktthematiken: Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Ausrichtung. Die Zuständigkeit für die einzelnen Antidiskriminierungsthematiken obliegt sohin dem mit der jeweiligen Thematik gemäß Referatseinteilung beauftragten Regierungsmitglied.

Die Antidiskriminierungsstelle arbeitet gem. §32 K-ADG unabhängig und ist an keine Weisung gebunden. Sie hat mit dem gem. § 32 (7) K-

Mag. Weiß

ADG ihr zur Verfügung zu stellenden Personal- und Sachmittel die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Festzustellen ist, dass dem Referat für Frauen- und Gleichbehandlung, welches durch die Bestellung der Frauen- und Gleichbehandlungsbeauftragten zur Leiterin der Antidiskriminierungsstelle die Thematik der Antidiskriminierung zur gesetzlichen Umsetzung übertragen wurde, kein Personal und kein Budget zur Verfügung gestellt wurde. Die Beratung von Diskriminierungsopfern und bereits aktiver Vereine wird daher derzeit durch die Frauen- und Gleichbehandlungsbeauftragte des Landes Kärnten mit fachlicher Unterstützung durch eine per Dienstzettel beschäftigte Juristin, welche bisher ausschließlich für juristische Frauenfragen eingesetzt wurde, unter Kürzung der bisherigen Aktivitäten im Bereich der Geschlechtergleichstellung und Frauenförderung „nebenbei“ erfüllt, um zumindest für akut von Diskriminierung Betroffene als Anlaufstelle zur Verfügung stehen zu können. Die unsichere, zeitbegrenzte Beschäftigungsform des Dienstzettels ist jedoch nicht geeignet, kontinuierliche Arbeit im Spezialbereich des Abbaues von Benachteiligungen und Diskriminierungen zur Umsetzung der Gesetze (K-LGBG und K-ADG) dauerhaft zu gewährleisten und notwendige administrative Aufgaben durchgängig zu erfüllen.

Daher scheitert diese gesetzliche Vorgabe an den bestehenden amtsinternen strukturellen Verpflichtungen und der Tatsache, dass Präventionsarbeit im Aufgabenbereich der Landesverwaltung nicht vorgesehen ist, was sich insbesondere im Bereich der personellen Ausstattung widerspiegelt. Die vorgenannte Zuständigkeit der Verwaltung für Personal und Budget sowie die Bindung an die vorgegebenen Amtsabläufe wirken sich daher insgesamt äußerst ungünstig auf die Arbeit der Antidiskriminierung aus.

Von der vorliegenden Anfrage ist aufgrund der Querschnittsverpflichtung für die Antidiskriminierungsaufgabe das gesamte Regierungskollegium betroffen und sind im speziellen Fall das jeweils thematisch zuständige Regierungsmitglied bzw. Regierungsmitglieder gesondert angeführt.

Zur Anfragebeantwortung:

Bezugnehmend auf die genannte Landtagsanfrage darf ich Ihnen folgende Anfragebeantwortung übermitteln:

Zur Frage 1:

Wie viele Fälle von Diskriminierung betreffend die ethnische Zugehörigkeit bzw. Herkunft wurden der Antidiskriminierungsstelle, die seit Dezember 2005 mit dem Referat für Frauen und Gleichbehandlung „verknüpft“ tätig ist, seit Beginn dieses Jahres bekannt und welche Hilfestellung wurde den Betroffenen konkret zuteil?

Klärung der Kompetenz für die Frage 1 der Landtagsanfrage:

Damit befindet sich die Thematik der ethnischen Herkunft bei dem gemäß Referatseinteilung für „Ausländerfragen“ zuständigen Regierungsmitglied der Kärntner Landesregierung, dem Landeshauptmann von Kärnten.

Die Antidiskriminierungsstelle des Landes Kärnten verfügt weder über budgetäre Mittel noch über personelle Ressourcen. So war in Ermangelung der erforderlichen Mittel bisher noch keine öffentliche Information und Bewerbung dieser Stelle möglich. Es sind daher seit Dezember 2005 noch keine Fälle von Diskriminierungen betreffend die ethnische Zugehörigkeit bzw. Herkunft an die Antidiskriminierungsstelle herangetragen worden.

Zur Frage 2:

Wird es einen „Jahresbericht über Diskriminierungsfälle“ in Kärnten geben?

- a) Wenn ja, ab wann?
- b) Wenn nein, mit welcher Begründung?

Klärung der Kompetenz für die Frage 2 der Landtagsanfrage:

Diese Anfrage betrifft das gesamte Regierungskollegium.

Ein Jahresbericht über die an die Antidiskriminierungsstelle herangetragen Diskriminierungsfälle in Kärnten wird im Rahmen der jährlichen Tätigkeitsberichte des Referates für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen bis März des Folgejahres erstellt werden. Mit einer ersten Berichtslegung wird in Entsprechung personeller Ressourcen voraussichtlich im März 2007 zu rechnen sein.

Zur Frage 3:

Welche konkreten Maßnahmen werden über die dafür spezifisch eingerichtete Antidiskriminierungsstelle gesetzt, um der sensiblen Problema-

Mag. Weiß

tik der ethnischen Diskriminierung zu begegnen?

Klärung der Kompetenz für die Frage 3 der Landtagsanfrage:

Diese Anfrage betrifft das gemäß Referatseinteilung für „Ausländerfragen“ zuständige Regierungsmitglied der Kärntner Landesregierung, den Landeshauptmann für Kärnten.

Eine Maßnahmenetzung von Seiten der Antidiskriminierungsstelle zum Abbau von Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft richtet sich nach dem dafür zur Verfügung gestellten Personal und Budget. In Ermangelung der erforderlichen personellen und budgetären Ressourcen ist eine Maßnahmenetzung zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich.

Zur Frage 4:

Wird es eine flächendeckende, kärntenweite Aufklärungskampagne gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, welche als bewusstseinsbildende Aufgabe in die Kompetenz der Antidiskriminierungsstelle fällt, geben?

- a) Wenn ja, wann wird diese Kampagne stattfinden?
- b) Wenn nein, warum gibt es keine effizienten bewusstseinsbildenden Aktivitäten gegen ethnische Diskriminierung?

Klärung der Kompetenz für die Frage 4 der Landtagsanfrage:

Diese Anfrage betrifft in Zusammenhang mit einer Aufklärungskampagne gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit das gemäß Referatseinteilung für „Ausländerfragen“ zuständige Regierungsmitglied der Kärntner Landesregierung, den Landeshauptmann von Kärnten.

Eine flächendeckende, kärntenweite Aufklärungskampagne gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von Seiten der Antidiskriminierungsstelle ist derzeit wie oben bereits dargelegt aus budgetären und personellen Gründen nicht möglich.

Zu Frage 5:

Bis wann wird es auf der Homepage des Referates für Frauen und Gleichbehandlung, mit dem die Antidiskriminierungsstelle „verknüpft“ ist, inhaltlich fundierte, leicht zugängliche Informationen zur konkreten Hilfestellung im Sinne des Diskriminierungsverbotes geben?

Klärung der Kompetenz für die Frage 5 der

Landtagsanfrage:

Diese Anfrage betrifft das gesamte Regierungskollegium, voran den für den inneren Dienst zuständigen Landeshauptmann von Kärnten und mich als für Frauenfragen zuständige Referentin.

Die Antidiskriminierung ist eine Querschnittsaufgabe im Land Kärnten und stellt der Inhalt der Homepage des Referates für Frauen- und Gleichbehandlungsfragen die Darstellung der ausschließlichen Aktivitäten im Bereich der Frauenförderung des Landes dar. Diese Frauenfördermaßnahmen sind vorwiegend Präventionsmaßnahmen zum Abbau von Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit.

Inhaltlich fundierte, leicht zugängliche Informationen über die gesamte Antidiskriminierung zur konkreten Hilfestellung im Sinne des Diskriminierungsverbotes sind somit auf der Homepage des Landes Kärnten zu positionieren. Eine Umsetzung wird im Ausmaß der zeitlichen, personellen und budgetären Ressourcen erfolgen.

Zur Frage 6:

Wird das Referat für Frauen und Gleichbehandlung bzw. die Antidiskriminierungsstelle, mit der es „verknüpft“ ist, eine Studie zur Erfassung rassistischer Übergriffe in Kärnten in Auftrag geben, um auf deren Grundlage konkrete, lösungsorientierte Gegenstrategien zum Antirassismus zu entwickeln, die in Form von Empfehlungen an die Landesregierung und an den Landtag adressiert werden?

Klärung der Kompetenz für die Frage 6 der Landtagsanfrage:

Diese Anfrage betrifft in erster Linie das gemäß Referatseinteilung für „Ausländerfragen“ zuständige Regierungsmitglied der Kärntner Landesregierung, den Landeshauptmann von Kärnten.

Zur Beauftragung einer Studie zur Erfassung rassistischer Übergriffe in Kärnten stehen der Antidiskriminierungsstelle derzeit keine budgetären Mittel zur Verfügung.

Resümee:

Zur Erfüllung des Antidiskriminierungsgesetzes und des Kärntner Landes-Gleichbehandlungsgesetzes ist die Umsetzung der für den Stellenplan 2006 angemeldete Personalausweitung um fünf Planstellen für das Referat für Frauen- und

Mag. Weiß

Gleichbehandlungsfragen zur Erfüllung der Arbeit im größten Antidiskriminierungsthema, der Geschlechtergleichstellung und der Administration des Referates dringlichst erforderlich. Durch die thematische Ausweitung sind unter Nutzung der für allgemeine Büroorganisation angemeldeten Planstellen nunmehr weitere drei spezialisierte Landesbedienstete für die zusätzlichen Schwerpunktbereiche der Antidiskriminierung, Behinderung, Religion und Weltanschauung,

ethnische Herkunft (Rassismus) sowie Alter und sexuelle Identität unumgänglich.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt. Wir kommen zum Einlauf. Ich ersuche zu berichten.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der heutige Einlauf umfasst 4 Anträge, 1 schriftliche Anfrage.

A) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 87-9/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Maßnahmen zur Harmonisierung der unterschiedlichen Wohnbauförderungssysteme mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, welche die – aufgrund unterschiedlicher landesgesetzlicher Bestimmungen nach den Wohnbauförderungsgesetzen 1994 und 2000 – bestehenden unterschiedlichen finanziellen Belastungen von Darlehensnehmer weitgehend ausgleichen.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

2. Ldtgs.Zl. 142-6/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Einführung von Niederflurzügen für den flächendeckenden Regionalverkehr mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefor-

dert, mit den ÖBB in Verhandlungen zu treten, und für Kärnten die Einführung bzw. den langfristig gesicherten Betrieb von modernen Niederflurzügen, welche barrierefreies Reisen ermöglichen, mit dem Ziel der Attraktivitätssteigerung der Bahn im Kontext einer neuen ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Mobilität für Kärnten zu forcieren.“

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zu.

3. Ldtgs.Zl. 298-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Aufhebung der Geflügelpest Bio-Sicherheitsverordnung 2006 und Förderung der Kärntner Geflügelhalter mit folgendem Wortlaut

Der Kärntner Landtag wolle beschließen;

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. in Verhandlung mit der Bundesregierung zu erreichen, dass die Bio-Sicherheitsverordnung, BGBl. II, Nr. 189/2006, für Kärnten aufgehoben wird und

2. ein Kärntner Abgeltungsprogramm für entstandene Verluste an die Freiland- und Bio-Geflügelhalter auszuarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zuweisung: Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalpark

Mag. Weiß

4. Ldtgs.Zl.169-6/29:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Sicherung der heimischen Wasserkraft mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass der Einflussbereich auf die heimische Wasserkraft mehrheitlich in der öffentlichen Hand bleibt.

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa

B) Schriftliche Anfrage:

Ldtgs.Zl. 126-5/29:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten der Grünen an die Kärntner Landesregierung betreffend grenzüberschreitendes UVP-Verfahren KKW Paks

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung erledigt und auch der Einlauf der ersten Lesung vollzogen.

Ich danke für die Mitwirkung und schließe die 28. Sitzung des Kärntner Landtages und wünsche eine gute Nachhausefahrt! (*Beifall im Hause.*)

Ende der Sitzung: 19.13 Uhr